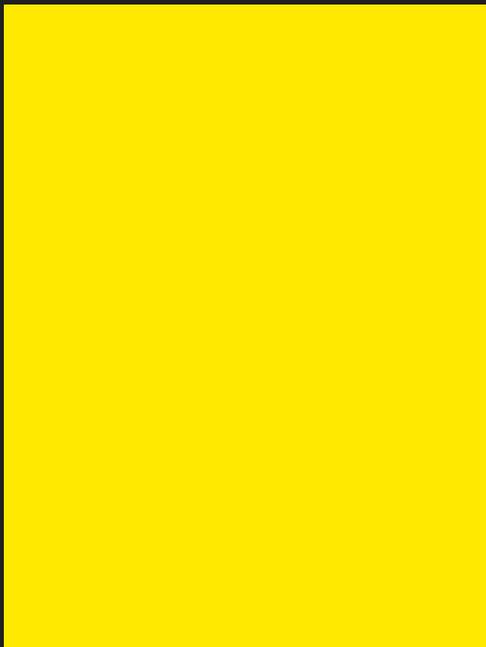


DesG



Designgesetz

Robert M. Stutz, Stephan Beutler, Marc Hottinger (Hrsg.)

2. Auflage



Stämpfli Verlag

Das vor 20 Jahren – am 1. Juli 2002 – in Kraft getretene Designgesetz (DesG) hat das Muster- und Modellgesetz (MMG) aus dem Jahre 1900 ersetzt. Dies war ein Meilenstein in der Geschichte des Designschutzes, der die Grundlage für einen zeitgemässen und adäquaten Rechtsschutz legte. Der vorliegende, nun bereits in zweiter Auflage erscheinende Kommentar erläutert die Gesetzesbestimmungen aus Sicht der Praktikerinnen und Praktiker. Er berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung und die zum DesG über die vergangenen zwei Jahrzehnte veröffentlichte Literatur und nimmt Bezug auf die anderen schweizerischen Immaterialgüterrechtsgesetze, die EU-Gesetzgebung und die relevanten multilateralen Abkommen, insbesondere das Haager Abkommen.

Die seit dem Inkrafttreten des DesG erfolgten Gesetzes- und Verordnungsänderungen sind ebenfalls aufgeführt. Der Anhang enthält eine systematische Zusammenstellung der massgeblichen schweizerischen Judikatur, ein ausführliches Stichwortverzeichnis und den Wortlaut der relevanten Gesetze und Verordnungen der Schweiz und der EU sowie diverser internationaler Abkommen.

Robert M. Stutz
Stephan Beutler
Marc Hottinger
(Herausgeber)

Designgesetz (DesG)

Bundesgesetz vom 5. Oktober 2001 über den
Schutz von Design

2. Auflage



Stämpfli Verlag

Designgesetz

Zitervorschlag:

STUTZ/BEUTLER/HOTTINGER, SHK-DesG, Teil A, N y

STUTZ/BEUTLER/HOTTINGER, SHK-DesG, Teil B, Art. x N y

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2022
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-2080-7

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-2088-3



Vorwort zur 2. Auflage

Das Designrecht hat sich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre aus seiner hybriden Sonderstellung im Immaterialgüterrecht emanzipiert und nimmt heute einen wichtigeren Platz im Rechtssystem ein, als dies zur Zeit der Revision des Muster und Modellgesetzes noch der Fall war. Vielen ist zwischenzeitlich klar, welche wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung dem Designschutz in der Gesellschaft zukommt und welche Wichtigkeit ein griffiger und unkomplizierter Rechtsschutz entsprechend hat.

Seit Erscheinen der 1. Auflage des vorliegenden Designkommentars sind nun bereits 16 Jahre vergangen. Da erschien es angezeigt, die in dieser Zeit veröffentlichte Literatur, die ergangene Rechtsprechung und die mit der Anwendung des Designgesetzes gesammelten Erfahrungen aufzuarbeiten und in eine 2. Auflage einfließen zu lassen. Viele der mit Einführung des Designgesetzes im Jahre 2004 gefeierten Errungenschaften wurden über die Jahre hinweg bestätigt und einige Klärungen zu teilweise auslegungsbedürftigen Begriffen wurden durch Lehre und Rechtsprechung geliefert. Dieser Kommentar soll Ihnen dabei helfen, sich hier von ein Bild zu machen; zudem soll er zu weiterhin offenen Fragen Antworten liefern.

An der Struktur der Erstauflage haben wir grundsätzlich nichts geändert. *Teil A* dieses Kommentars stellt zunächst die Entstehungsgeschichte und den Anwendungsbereich des DesG dar. Dazu zählen insbesondere die Ausführungen über die Entwicklung des Designbegriffes und die Suche nach einem adäquaten Rechtsschutz für das Design. Ferner werden in diesem Teil das Verhältnis des DesG zu den anderen Immaterialgüterrechtsgesetzen einerseits sowie eine Übersicht der internationalen Abkommen mit Auswirkungen auf den schweizerischen Designschutz andererseits erläutert. In *Teil B* werden die einzelnen Bestimmungen des DesG kommentiert. In den *Anhängen* schliesslich sind ein ausführliches Entscheidregister und einige der wichtigsten Erlasse und internationalen Abkommen in den aktuell geltenden Textfassungen abgedruckt.

Ein Punkt ist in der 2. Auflage jedoch grundlegend neu. Der in der Voraufgabe enthaltene *Teil C* zum internationalen Designschutz wurde aufgehoben. Die Ausführungen zum EU-Geschmacksmusterschutz und zum Haager Schutzsystem wurden für die 2. Auflage direkt in die Kommentierung der einzelnen Artikel des Designgesetzes integriert. Da in den letzten Jahren zahlreiche Kommentare und Monographien zum EU-Geschmacksmusterschutz erschienen sind, die von ausgewiesenen Fachleuten des EU-Geschmacksmusterrechtes verfasst wurden, machte es aus unserer Sicht wenig Sinn, in einem Kommentar zum Schweizer Designgesetz an einem separaten Teil zum EU-Recht festzuhalten. Die Ausführungen zum Haager Musterabkommen finden sich nun neu überwiegend in der Kommentierung von Art. 29 DesG. Wir freuen uns jedoch sehr, bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die Veröffentlichung eines eigenständigen Kom-

mentars zum Haager Abkommen in Zusammenarbeit mit dem Stämpfli Verlag in Planung ist. Darin wird noch detaillierter und umfassender auf das Haager Schutzsystem eingegangen werden.

Bezüglich Zitierweise von Entscheiden wird im vorliegenden Kommentar differenziert: Ist erst der Name des Entscheids, anschliessend die Fundstelle aufgeführt (bspw. *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014, in: sic! 2014, S. 545), handelt es sich um einen Entscheid von Schweizer Behörden in immaterialgüterrechtlichen Angelegenheiten, welcher im Entscheidregister aufgeführt ist. Ist demgegenüber zuerst die Fundstelle, danach der Name zitiert, handelt es sich um Entscheide ausländischer bzw. internationaler Behörden oder um Entscheide von Schweizer Behörden ohne (grösseren) Bezug zum Immaterialgüterrecht (bspw. Entscheid des EuGH vom 18. November 2015, T-813/14, *Cases for Portable Computers*), die nicht separat aufgelistet wurden.

Seit Erscheinen der 1. Auflage ist es möglich geworden, in Stämpfli Handkommentare Bildmaterial zu integrieren. Wir haben diese Möglichkeit genutzt und – dort, wo es uns für das inhaltliche Verständnis der Kommentierung nützlich erschien – ausgewähltes Bildmaterial eingefügt.

An der Überarbeitung der 1. Auflage haben viele Mitarbeitende aus unserer Kanzlei «BKS Rechtsanwälte AG» mitgewirkt, so insbesondere (in alphabetischer Reihenfolge) Stefan Fuhrer, Dominik Gautschi, Michelle Gribi, Pascal Niffenegger, Claudia Paredes, Lara Ragonesi, Kreshnik Sheholli und Angela Thomas. Wir danken all diesen Personen herzlich für ihr motiviertes Mitarbeiten, ihr Mitdenken und ihre Anregungen.

Besonders zu erwähnen und zu verdanken ist die Mitarbeit von Evelyne Feller. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz, ihr Mitdenken, ihre Geduld und ihre wertvollen Anregungen wäre die 2. Auflage des Kommentars noch nicht umgesetzt und nach wie vor ein hängiges Projekt.

Bei der Erstauflage haben ferner folgende Mitarbeitende mitgewirkt, die es vorliegend nochmals zu erwähnen gilt: Die Mitherausgeberin Muriel Künzi, sowie Senta Willi und Markus Ineichen, Veronica Fasana-Cappelletto, Jacqueline Cappis-Straub, Samuel Krähenbühl, Thomas Leder, Niklaus Matt, Iris Sidler, Michel Wyder und Dorothea Züllig.

Ein grosses Danke gebührt auch Jürg Herren, Beat Schiesser und Simon Kropf vom Institut für geistiges Eigentum (IGE) für die Beantwortung vieler Fragen und die Zeit, die sie sich für uns genommen haben, um die 2. Auflage des Designkommentars auf einen aktuellen Stand zu bringen. Dies hat uns wiederum erlaubt, die Sichtweise des IGE zu reflektieren und den Kommentar an den praktischen Bedürfnissen der an der Designregistrierung Interessierten auszurichten.

Ebenso möchten wir dem Stämpfli Verlag für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung danken.

Zugunsten der besseren Lesbarkeit des Textes haben wir möglichst darauf verzichtet, jeweils die weibliche und männliche Form von Substantiven kumulativ zu verwenden. Wir haben uns vielmehr dafür entschieden, ausschliesslich von Designerinnen und in Übereinstimmung mit dem Gesetzestext von Hinterlegerinnen zu sprechen. Ihnen, geschätzte Leserschaft, sei jedoch versichert, dass mit diesen weiblichen Formen selbstverständlich auch die männlichen Formen mitabgedeckt sind – und dass dort, wo männliche Formen verwendet werden, selbstverständlich auch die weiblichen Formen mitgemeint sind.

Bern, im Juli 2022

R. Stutz, S. Beutler, M. Hottinger

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XIII
Materialienverzeichnis	LXIII
Abkürzungsverzeichnis	LXXI

Teil A: Grundlagen

I. Aufbau des Kommentars	1
II. Geschichte des Designs	2
III. Suche nach einem adäquaten Rechtsschutz für Design	5
IV. Internationale Abkommen mit Auswirkungen auf das DesG	6
A. Haager Musterabkommen (HMA)	6
B. Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)	7
C. TRIPS	8
D. Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ)	9
V. Rechtsvereinheitlichung des Designschutzes in der Europäischen Union	11
VI. Entstehung des DesG	13
A. Die Ursprünge	13
B. Das revidierte Muster- und Modellgesetz von 1900	13
C. Antrag auf Totalrevision des MMG	14
D. Bundesrätlicher Entwurf zum DesG	15
E. Zielsetzung der Revision	15
VII. Verhältnis des DesG zu anderen Gesetzen	16
A. Einleitung	16
B. Keine Hierarchie zwischen den verschiedenen Immaterialgüterrechtsgesetzen	16
C. URG	18
D. MSchG	28
E. PatG	42
F. UWG	43

Teil B: Kommentar zum Designgesetz

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	55
1. Abschnitt: Schutzgegenstand und Schutzvoraussetzungen	55
Art. 1 Schutzgegenstand	55
Art. 2 Schutzvoraussetzungen	91
Art. 3 Unschädliche Offenbarungen	147
Art. 4 Ausschlussgründe	162

2. Abschnitt: Bestand des Designrechts	199
Art. 5 Entstehung des Designrechts und Dauer des Schutzes	199
Art. 6 Hinterlegungspriorität	213
Art. 7 Berechtigung zur Hinterlegung	220
3. Abschnitt: Schutzbereich und Wirkung	244
Art. 8 Schutzbereich	244
Art. 9 Wirkungen des Designrechts.....	287
Art. 10 Auskunftspflicht der Rechtsinhaberin	325
Art. 11 Mehrere Rechtsinhaberinnen.....	332
Art. 12 Weiterbenützungrecht.....	353
Art. 13 Mitbenützungrecht.....	367
Art. 14 Übertragung	384
Art. 15 Lizenz	407
Art. 16 Nutznüessung und Pfandrecht.....	428
Art. 17 Zwangsvollstreckung	441
4. Abschnitt: Vertretung	448
Art. 18 	448
2. Kapitel: Hinterlegung und Eintragung	462
1. Abschnitt: Hinterlegung	462
Art. 19 Allgemeine Voraussetzungen.....	462
Art. 20 Sammelhinterlegung	497
Art. 21 Wirkung der Hinterlegung	508
2. Abschnitt: Priorität	517
Vorbemerkungen	517
Art. 22 Voraussetzungen und Wirkungen der Priorität.....	518
Art. 23 Formvorschriften.....	536
3. Abschnitt: Eintragung und Veröffentlichung	547
Art. 24 Eintragung.....	547
Art. 25 Veröffentlichung	568
Art. 26 Aufschub der Veröffentlichung	575
Art. 26a Elektronischer Behördenverkehr	585
Art. 27 Öffentlichkeit des Registers und Akteneinsicht.....	591
Art. 28 Löschung der Eintragung	601
Art. 29 Internationale Hinterlegung.....	609
4. Abschnitt: Gebühren	665
Art. 30 	665

3. Kapitel: Rechtsschutz	671
Vorbemerkungen	671
1. Abschnitt: Weiterbehandlung bei Fristversäumnis	683
Art. 31	683
2. Abschnitt:	694
Art. 32	694
3. Abschnitt: Zivilrechtlicher Schutz	695
Vorbemerkungen: Zuständigkeit und anwendbares Recht	695
Art. 33 Feststellungsklage	736
Art. 34 Abtretungsklage	758
Art. 35 Leistungsklage	773
Art. 36 Einziehung im Zivilverfahren	850
Art. 37	863
Art. 38 Vorsorgliche Massnahmen	864
Art. 39 Veröffentlichung des Urteils	915
Art. 40 Mitteilung von Urteilen.....	923
4. Abschnitt: Strafrechtlicher Schutz	927
Vorbemerkungen	927
Art. 41 Designrechtsverletzung	930
Art. 41a Nicht strafbare Handlungen	953
Art. 42 Widerhandlung in Geschäftsbetrieben.....	955
Art. 43 Aussetzung des Verfahrens	962
Art. 44 Einziehung im Strafverfahren	973
Art. 45 Strafverfolgung	979
5. Abschnitt: Hilfeleistung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit	981
Vorbemerkungen	981
Art. 46 Anzeige verdächtiger Waren	985
Art. 47 Antrag auf Hilfeleistung.....	992
Art. 48 Zurückbehaltung der Gegenstände	999
Art. 48a Proben oder Muster	1005
Art. 48b Wahrung von Fabrikations- und Geschäftsgeheimnissen	1009
Art. 48c Antrag auf Vernichtung der Gegenstände	1012
Art. 48d Zustimmung	1015
Art. 48e Beweismittel	1017
Art. 48f Schadenersatz.....	1019
Art. 48g Kosten	1021
Art. 49 Haftungserklärung und Schadenersatz	1023

4. Kapitel:	Schlussbestimmungen	1031
	Art. 50 Vollzug.....	1031
	Art. 51 Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts.....	1033
	Art. 52 Übergangsbestimmungen	1035
	Art. 53 Referendum und Inkrafttreten	1046
Anhang zu Teil B	(Art. 51) Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts	1047
Anhänge	Anhang 1 Verordnung über den Schutz von Design (DesV)	1049
	Anhang 2 Eintragungsgesuch für Designs	1065
	Anhang 3 Genfer Akte.....	1066
	Anhang 4 Haager Abkommen (Fassung 1960).....	1093
	Anhang 5 Gemeinsame Ausführungsordnung	1111
Entscheidregister		1153
Stichwortverzeichnis		1169

Literaturverzeichnis

- ACKERMANN JÜRIG-BEAT, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. Auflage, Basel 2018, (zit.: BSK-StGB I).
- ADDOR FELIX/GOVONI CARLO, Die Harmonisierung des europäischen Urheberrechts aus schweizerischer Perspektive; ZUM 1995, S. 464.
- ADDOR FELIX/BOCK CHRISTIAN/BURI UELI, Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum – Kompetenzzentrum des Bundes für Immaterialgüterrechtsfragen, in: SIWR I/1, 2. A., Basel/Genf/München 2002.
- ADORNO THEODOR W., Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt a.M. 1967.
- AICHER OTL, Ist Design eine Kunst?, Innovative Produktgestaltung, Eine Ausstellung ausgezeichneter Produkte aus dem Kammerbezirk Hagen, Katalog, Hagen 1985, S. 30.
- AIPPI, Verbesserung des internationalen Schutzes der Muster und Modelle, Berichte der Landesgruppen, Annuaire 1991/VIII, XXXV Congrès Tokyo 1992, Rapport Groupe Q 108, AIPPI Zürich 1991.
- ALBRECHTSKIRCHINGER GEORG, Gewerblicher Rechtsschutz – im Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen, SMI 1973, S. 21.
- ALBUS VOLKER/BORNGRÄBER CHRISTIAN, Design Bilanz, Neues deutsches Design der 80er Jahre in Objekten, Bildern, Daten und Texten, Köln 1992.
- ALBUS VOLKER/FISCHER VOLKER, 13 nach Memphis, Design zwischen Askese und Sinnlichkeit, München 1995.
- ALDER DANIEL, Der einstweilige Rechtsschutz im Immaterialgüterrecht, Bern 1993.
- ALISON FILIPPO, Der Stuhl als Kunstwerk: Sitzmöbel von Charles Rennie Mackintosh, Stuttgart 1983.
- ALTENDORF WOLFGANG, Das Industrie- und Gebrauchs-Design, Mitteilungen der deutschen Patentanwälte, 1988, S. 11.
- ALTENPOHL MARTINA, Der urheberrechtliche Schutz von Forschungsergebnissen, Bern 1987.
- ALTENPOHL MARTINA, in: Honsell/Vogt/Watter, Basler Kommentar, Obligationenrecht II, 5. A., Basel 2016, (zit.: BSK-OR II).
- AMSLER BARBARA/SOLLBERGER JÜRIG, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, Basel 2003, (zit.: BSK-StGB I).
- AMSTUTZ MARC/WANG MARKUS/GOHARI RAMIN SILVAN, in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK-IPRG).
- AMSTUTZ KATHRIN/ARNOLD PETER, in: Niggli/Uebersax/Wiprächtiger/Kneubühler, Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. A., Basel 2018, (zit.: BSK-BGG).
- ANDERMATT ADRIAN E., Das Recht an im Arbeitsverhältnis geschaffenen immaterialgüterrechtlich geschützten Erzeugnissen, Bern 1999.
- ARMITAGE EDWARD, The Copyright, Patent, Designs Bill: Industrial Design, EIPR 1988, S. 91.

- ARNET RUTH, Die Formmarke, Züricher Studien zum Privatrecht, Bd. 107, Zürich 1993.
- ARNET RUTH, Markenschutz für Formen, Theorie und Praxis zu den spezifischen Schutzausschlussgründen für die Formmarke gemäss Art. 2 lit. a und b MSchG, sic! 2004, S. 829, (zit.: Markenschutz).
- ARPAGAUS RETO, in: Hilty/Arpagaus, Basler Kommentar, Bundesgesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb (UWG), Basel 2013, (zit.: BSK-UWG).
- ARRIGUCCI MARIO, When fashion trends become Property, Managing Intellectual property, Juli/August 1993, S. 33.
- ARTER OLIVER/JÖRG FLORIAN S./GNOS URS P., Zuständigkeit und anwendbares Recht bei internationalen Rechtsgeschäften mittels Internet unter Berücksichtigung unerlaubter Handlungen, in: AJP 2000, S. 294.
- ASCHMANN DAVID, Wie werden Formmarken verwechselt?, sic! 2000, S. 571.
- ASCHMANN DAVID, Ein Unterlassungsbegehren muss so formuliert sein, dass das Verbot ohne nochmalige materielle Prüfung vollstreckt werden kann, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 287, (zit.: Binsenwahrheiten).
- ASCHMANN DAVID, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- AUF DER MAUR ROLF, Schmale Brücke zwischen Geld und Geist, Das neue Urheberrechtsgesetz im Überblick, AJP 1993, S. 554.
- AUF DER MAUR ROLF, Voraussetzungen für die Eintragung von Formmarken; Besprechung von BGE 120 II 307 ff., AJP 1995, S. 372, (zit.: Formmarke).
- AUTERI PAOLO, Die Zukunft des Designschutzes in Europa aus der Sicht des italienischen Rechts, GRUR Int. 1998, S. 360.
- BAACKE ROLF-PETER/BRANDES UTA/ERLHOFF MICHAEL, Design als Gegenstand, Der neue Glanz der Dinge (Design as Object. The New Shine of Things), Berlin 1983.
- BACHMANN MARKUS, Architektur und Urheberrecht, Eine intersubjektive Verständigung, Diss. Freiburg 1979.
- BAECHLER ROMAN, Die Stufenklage, in: sic! 2017, S. 1 ff.
- BAILLIE IAIN C., A Frustration of Good Design, EIPR 1991, S. 315.
- BÄR ROLF, Das internationale Privatrecht (Kollisionsrecht) des Immaterialgüterrechts und des Wettbewerbsrecht, in: SIWR I/1, 2. A., Basel/Genf/München 2002.
- BARRELET DENIS/EGLOFF WILLI, Das neue Urheberrecht, Kommentar zum Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 4. A., Bern 2020.
- BARTELS HEIKO/FISCHER GERHARD/HÜSKES CHARLY/HULLMANN HARALD, Kunstflug über Ulm und anderswo, in: Das deutsche Avantgarde Design, Kunstforum International Nr. 82, herausgegeben von Christian Borngräber, Köln 1986.
- BAUDENBACHER CARL, Lauterkeitsrecht, Kommentar zum Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb (UWG), Basel 2001.

- BAUER THOMAS/BAUER CHRISTOPH, in: Honsell/Vogt/Geiser, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. A., Basel 2019, (zit.: BSK-ZGB II).
- BAUMANN FLORIAN, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- BECCHIO BRUNO, Der kennzeichnungsrechtliche Schutz von Waren und Verpackungsformen, Diss. Zürich 1971.
- BEERLI-BONORAND URSINA, Die ausserordentlichen Rechtsmittel in der Verwaltungspflege des Bundes und der Kantone, Diss. Zürich 1985.
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Hundert Jahre Pariser Verbandsübereinkunft, GRUR Int. 1983, S. 339, (zit.: PVUe).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Gewerblicher Rechtsschutz und freier Warenverkehr im europäischen Binnenmarkt und im Verkehr mit Drittstaaten, GRUR Int. 1989, S. 603, (zit.: Gewerblicher Rechtsschutz).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Der Schutz von Modeschöpfungen in Deutschland und Frankreich, GRUR Int. 1955, S. 337, (zit.: Modeschöpfungen).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Die Zukunft des geistigen Eigentums in Europa, Gedanken zur Entwicklung des Patent-, Gebrauchs- und Geschmacksmusterrechts, GRUR Int. 1990, S. 675, (zit.: Zukunft).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Der Musterschutz von Ersatzteilen in den Vorschlägen für ein Europäisches Musterrecht, GRUR Int. 1994, S. 716, (zit.: Ersatzteile).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Unterscheidungskraft und Freihaltebedürfnis, Zur Markenschutzfähigkeit individueller Herkunftsangaben nach § 4 WZG und Art. 6^{quinquies} PVÜe, GRUR Int. 1992, S. 243, (zit.: Unterscheidungskraft).
- BEIER FRIEDRICH-KARL, Protection of spare parts in the proposal for a European Design Law, IIC 1994, S. 840, (zit.: Spare parts).
- BEIER FRIEDRICH-KARL/GÖTTING HORST-PETER/LEHMANN MICHAEL/MOUFANG RAINER, Urhebervertragsrecht, Festgabe für Gerhard Schrickler zum 60. Geburtstag, München 1995.
- BEIER FRIEDRICH-KARL/HAERTEL KURT, Vereinheitlichung des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Bericht über das Symposium, GRUR Int. 1986, S. 157.
- BEIER FRIEDRICH-KARL/KRAFT ALFONS/SCHRICKER GERHARD/WADLE ELMAR, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in Deutschland, 2 Bände, Weinheim 1991.
- BEIER FRIEDRICH-KARL/KRASSER RUDOLF/HAERTEL KURT/BODEWIG THEO, Diskussionsentwurf Max-Planck Institut für europäisches Gebrauchsmusterrecht (Teil 2), GRUR Int. 1994, S. 569.
- BEIER FRIEDRICH-KARL/KUR ANNETTE/HAERTEL KURT/LEVIN MARIANNE, Diskussionsentwurf Max-Planck Institut für ein europäisches Musterrecht einschliesslich Begründung, GRUR Int. 1990, S. 565 (vgl. Beitrag Ritscher, Ringberg-Symposium).
- BEIER FRIEDRICH-KARL/SCHRICKER GERHARD/FIKENTSCHER WOLFGANG, German Industrial Property, Copyright and Antitrust Law, 3. A. Weinheim 1996.

- BEIL HANS, Das Urheberrecht als letzte Hilfe bei nicht rechtsbeständigen Geschmacksmusterregistrierungen, UFITA 97 (1977), S. 1.
- BELDIMAN DANA/BLANKE-ROESER CONSTANTIN, European Design Law: Considerations Relating to Protection of Spare Parts for Restoring a Complex Product's Original Appearance, IIC 2015, S. 915 ff.
- BENUSSI FRANCO, Grundlagen des Designschutzes; Gewerblicher Rechtsschutz ..., FS Ulmer, Köln 1973, S. 101.
- BENUSSI FRANCO, Der Schutz des «industrial Design» in Italien, GRUR Int. 1980, S. 403, (zit.: Italien).
- BERGER MATHIS, Durchsetzung der Lizenz gegenüber Dritten, sic! 2005, S. 163, (zit.: sic!).
- BERGER BERNHARD, Verfahren vor dem Handelsgericht; ausgewählte Fragen, praktische Hinweise, in: ZBJV 2012, S. 475 ff.
- BERGER BERNHARD, in: Oetiker/Weibel, Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. A., Basel 2016, (zit.: BSK-LugÜ).
- BERGER BERNHARD/GÜNGERICH ANDREAS, Die Prozessführungsbefugnis des Lizenznehmers, in: recht 2003, S. 133 ff.
- BERGSMA REGULA, Das Prinzip der Inländerbehandlung im internationalen und schweizerischen Urheberrecht, Bern 1990.
- BERTI STEPHEN V., Vorsorgliche Massnahmen im schweizerischen Zivilprozess, ZSR 1997, Bd. 116, II. Halbband, S. 173.
- BERTI STEPHEN V., Der Erlass vorsorglicher Massnahmen ohne vorgängige Anhörung der Gegenpartei stellt eine äusserst einschneidende Massnahme dar, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 263, (zit.: Anhörung).
- BERTSCHINGER CHRISTOPH/GEISER THOMAS/MÜNCH PETER, Schweizerisches und europäisches Patentrecht, Basel 2002.
- BESLER HANS-FRIEDRICH, Die Harmonisierung des Urheberrechts aus europäischer Sicht, ZUM 1995, S. 437.
- BESSE FRANÇOIS, La répression pénale de la contrefaçon en droit suisse, avec présentation des droits français et allemand et aperçu du droit international, Genf 1990.
- BESSE FRANÇOIS, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- BESSENICH BALTHASAR/BOPP LUKAS, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf, 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- BEUTLER STEPHAN, Arbeitnehmer-Design, § 33, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- BEUTLER STEPHAN/STUTZ ROBERT M., Revision eines Jahrhundertwerkes – Kritische Anmerkungen zum neuen Designgesetz, Neue Zürcher Zeitung, 25. April 2001, S. 17, (zit.: Revision).

- BEUTLER STEPHAN/STUTZ ROBERT M., Copyright v. droit d'auteur: Sieben wichtige Unterschiede zwischen dem kontinentaleuropäischen Urheberrechtssystem, Recht 1998, S. 1 ff., (zit.: Copyright).
- BEYERLE PETER, Unterscheidungskraft und Freihaltebedürfnis im deutschen Warenzeichenrecht, Köln, Berlin, Bonn, München 1988.
- BIERI-GUT MARIANNE, Parallelimport und Immaterialgüterrechte nach schweizerischen Spezialgesetzen und dem Recht der EU, AJP 1996, S. 559.
- BIGLER MANUEL, in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- BLOK COR, Geschichte der abstrakten Kunst 1900 – 1960, DuMont Buchverlag, Köln 1975.
- BLUME BERNHARD JOHANNES, Zum erweiterten Kunstbegriff von Joseph Beuys, in: Kunst in der Exklusivität oder «Jeder ein Künstler»? , Universität Bern, Peter Lang Bern u.a. 1991, S. 161 ff.
- BLUM JÖRG, Schutz der Werbung vor Nachahmung, Schriften zum Medien- und Immaterialgüterrecht, Bern 1987, (zit.: Blum J.).
- BLUM RUDOLF E., Das urheberrechtlich schützbare Werk, Schweizerische Bauzeitung 1968, S. 452, (zit.: Blum R., Bauzeitung).
- BLUM RUDOLF E., Patentrecht, Marken-, Muster- und Modellschutz, 2. A., Zürich 1965, (zit.: Blum R.).
- BLUM RUDOLF E./PEDRAZZINI MARIO, Das Schweizerische Patentrecht, Kommentar zum Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente vom 25. Juni 1954, 3 Bände, 2. A., Bern 1975.
- BLUM URS D., Sind Kunstwerke «Waren» im Sinne des Schweizer Markenschutzgesetzes?, GRUR Int. 1980, S. 740 ff., (zit.: Blum U.).
- BLUMENTHAL CORSIN, Der strafrechtliche Schutz der Marke unter besonderer Berücksichtigung der Piraterie, Bern 2002.
- BLUMER FRITZ, in: Bertschinger/Münch/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 783 ff.
- BLUMER FRITZ, in: Dasser/Oberhammer, Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- BOCHYNEK MARTIN, Das möblierte Museum, Wolkenkratzer Art Journal 1989, Nr. 4, S. 18.
- BODENHAUSEN G.H.C., Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, Kommentar, Genf 1971.
- BODMER BERNHARD, Die allgemeine Feststellungsklage im schweizerischen Privatrecht, Basel 1984.
- BOGSCH ARPAD, The first Hundred Years of the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works, WIPO 1986.

- BONASI-BENUCCI EDUARDO, Der Schutz der industriellen Formgebung in Italien, GRUR Int. 1959, S. 18.
- BORNGRÄBER CHRISTIAN, Trennende Gemeinsamkeiten, in: Kunstforum International 82 (1986), Das deutsche Avantgarde-Design, Möbel, Mode, Kunst und Kunstgewerbe, S. 66.
- BRAUCHBAR BIRKHÄUSER SIMONE, in: Jung/Spitz, Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 2. A., Bern 2016, (zit.: SHK-UWG).
- BRAUN EDWIN, Produktpiraterie, Köln/Berlin/Bonn/München 1993.
- BREHM ROLAND, Berner Kommentar, Obligationenrecht Allgemeine Bestimmungen, Bd. VI 1. Abteilung 3. Teilband 1. Unterteilband, Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen, 4. A., Bern 2013, (zit.: BK-OR).
- BREM ERNST, Ist das Urheberrechtsgesetz ein Kulturgesetz?, FS zum 65. Geburtstag von M.M. Pedrazzini, Bern 1990, S. 535.
- BREM ERNST, Das Kunstwerk dient keinen materiellen Zwecken, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 217, (zit.: Binsenwahrheiten).
- BREMI TOBIAS, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- BRIEGHEL HENRIK, Europe's utility model initiative, Managing Intellectual property, November 1995, S. 18.
- BROCK BAZON, Zeitgeist und Kreativität, in: Kunst in der Exklusivität oder «Jeder ein Künstler»? , Universität Bern, Peter Lang Bern u.a. 1991, S. 17.
- BRÖHAN TORSTEN/BERG THOMAS, Avantgarde Design, 1880 – 1930, Benedikt Taschen Verlag, Köln 1994.
- BROWNLOW PETER, The European Commissions proposed Design Directive and Regulation, Copyright World, Mai 1994, S. 29.
- BRÜGGER PAUL, L'originalité de L'œuvre, SMI 1991, S. 325.
- BRÜGGER PAUL, La protégéabilité juridique des terminologies, SMI 1994, S. 269, (zit.: Terminologie).
- BRUNNER EUGEN, Voraussetzungen für den Erlass vorsorglicher Massnahmen im gewerblichen Rechtsschutz, SMI 1989, S. 9 ff.
- BRUNNER CHRISTOPH/WICHTERMANN JÜRIG, in: Geiser/Wolf, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. A., Basel 2019, (zit.: BSK-ZGB II).
- BRYCMAN JEAN, Design law in overdrive, Managing Intellectual Property, Juli/August 1993, S. 41.
- BUCHER ANDREAS, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz, 4. A., Basel 2009.
- BUDDEBERG MICHAEL, Kennzeichen- und Geschmacksmusterrecht, Köln 1992.
- BUHR ALEX/GABRIEL SIMON/SCHRAMM DOROTHEE, in: Furrer/Girsberger/Müller-Chen, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Internationales Privatrecht, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: CHK-IPRG).

- BÜHLER ALFRED, Gerichts- und Privatgutachten im Immaterialgüterrechtsprozess, sic! 2007, S. 607 ff., (zit.: Bühler A.).
- BÜHLER GREGOR, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- BÜHLER LUKAS, Schweizerisches und internationales Urheberrecht im Internet, Universitätsverlag, Diss. Freiburg (Schweiz) 1999.
- BULLING ALEXANDER/LANGÖHRIG ANGELIKA/HELLWIG TILLMANN, Designschutz, 4. A., Köln 2017.
- BÜRDEK BERNHARD E., Design, Geschichte, Theorie und Praxis der Produktgestaltung, 4. A., Basel 2015.
- BÜRGI JOHANNES/LANG CHRISTOPH, Momentaufnahme des Lauterkeitsrechts, RECHT 1998, S. 237.
- BÜRGI OTTO M., Der Schutz des Gebrauchsmusters in der Schweiz, Diss. Bern 1957.
- BURKE CLAIRE, European Intellectual Property Rights, EIPR 1995, S. 466.
- BURNIER MICHÈLE/SCHÄFFLER ANDREA, (Kein) Markenschutz für die Nespresso-Kapsel?, Zur jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichts betreffend Formmarkenschutz für die Nespresso-Kapsel, sic! 2022, S. 57.
- BURRI UELI/DAVID LUCAS., in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- CALAME THIERRY, Patentrecht und Know-how: unter Einschluss von Gentechnik, SIWR IV, Basel u.a. 2006.
- CALAME THIERRY/THOUVENIN FLORENT, Revision des Patentgesetzes, Biotechnologie und Patent Law Treaty als Impulsgeber, Jusletter vom 13. März 2006.
- CALLMANN RUDOLF, Kunstschutz und Technik, GRUR 1930, S. 265.
- CASSER SUSANNE/HOCHMEISTER HEINER, Abfall wird Kunst, Münster 1992.
- CELLI ALESSANDRO, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- CELLI ALESSANDRO/STAUB ROGER, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- CELLI ALESSANDRO/HYZIK MICHAEL, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- CHERPILLOD IVAN, Le droit d'auteur des architect, Plädoyer 6/94, S. 50.
- CHERPILLOD IVAN, Urheberrecht, Geltungsbereich, SIWR II/1, 3. A., Basel 2014, S. 14 ff., (zit.: SIWR).
- CHERPILLOD IVAN, Originalité et banalité, in: Mélange Voyames, Lausanne 1989, S. 39, (zit.: Originalité et banalité).
- CHERPILLOD IVAN, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- CHERPILLOD IVAN/DESSEMONTET FRANÇOIS, Le droits d'auteur, in: Gauch/Tercier (Hrsg.), Le droit de l'architecte, Universitätsverlag, 3. A., Freiburg (Schweiz) 1995.

- CHEVALIER MARCO, Die Beschwerde in Zivilsachen an das Bundesgericht, Basel 2009.
- CHEVALIER MARCO/HEDINGER MARTIN, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- CHRISTIANS ANDREAS, Immaterialgüterrechte und GATT, Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1990.
- CHRISTIE ANDREW, The UK Design Copyright Exemption, EIPR 1989, S. 253.
- CIMOLI MASSIMO, Towards a new Italian design law, EIPR 1993, S. 425.
- COHEN DENIS, The International Protection of Designs, Den Haag/London/Boston 2000.
- COHEN JEHORAM HERMAN, Design Protection, Leyden 1976.
- COHEN JEHORAM HERMAN, Urheberrecht: eine Sache des Rechts oder der Opportunität? Eine alte Debatte ohne Ende in den Niederlanden, GRUR Int. 1993, S. 118, (zit.: Opportunität).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Harmonising Intellectual Property Law within the European Community, IIC 1992, S. 622, (zit.: Harmonising Intellectual Property).
- COHEN JEHORAM HERMAN, The EC Green Paper on the Legal Protection of Industrial Design. Half way down the right track, EIPR 1992, S. 75, (zit.: Green Paper).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Cumulative design protection, a system for the EC?, EIPR 1989, S. 83, (zit.: Cumulative protection).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Kritische Überlegungen zur wirtschaftlichen Bedeutung des Urheberrechts, GRUR Int. 1989, S. 23, (zit.: Kritische Überlegungen).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Hybriden auf dem Grenzgebiet zwischen Urheberrecht und gewerblichem Rechtsschutz, GRUR Int. 1991, S. 687, (zit.: Hybriden).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Protection of Industrial design between Copyright and Design Laws: a comparative study, ALAI 1984, S. 77, (zit.: Comparative study).
- COHEN JEHORAM HERMAN, Cumulation of Protection in the EC Design Proposals, EIPR, 1994, S. 514, (zit.: Cumulation).
- COHEN JEHORAM HERMAN, The EC Copyright Directives, Economics and Authors' Rights, IIC 1994, S. 821, (zit.: EC Copyright).
- COLLINS MICHAEL, Design und Postmoderne, München 1990.
- COOK TREVOR, Why have utility models?, Managing Intellectual Property, Juli/August 1995, S. 3.
- CORNAZ PATRICIA, L'exécution forcée des droits de propriété intellectuelle, Diss. Lausanne 2002.
- CORNISH W. R./LLEWELYN DAVID/ALPIN TANYA, Intellectual property, 8. A., London 2013.
- CORNISH W. R., Designs again, EIPR 1991, S. 3, (zit.: EIPR).
- CORNISH W. R., Die Zukunft des Designschutzes in Europa aus der Sicht des britischen Rechts, GRUR Int. 1998, S. 368, (zit.: Zukunft).
- COTTIER THOMAS/GERMANN CHRISTOPHE, Bedeutung und Wirkung der Staatsverträge im Immaterialgüterrecht, SIWR I/1, 2. A., Basel/Genf/München 2002, S. 35.

- CURCHOD FRANÇOIS, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- CZERNICH DIETMAR/KODEK GEORG E./ MAYR PETER G., in: Helmut/Tiefenthaler/Wallern-Friedl/Czernich/Kodek/Mayr, Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht, 4. A., Wien 2015.
- DALLAFIOR ROBERTO/HONEGGER ZOE, in: Oetiker/Weibel, Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. A., Basel 2016, (zit.: BSK-LugÜ).
- DÄPPEN ROBERT K., in: Honsell/Vogt/Wiegand, Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 6. A., Basel 2015, (zit.: BSK-OR I).
- DÄPPEN ROBERT K./MABILLARD RAMON, in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internatio-nales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK IPRG).
- DASSER FELIX, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, 2. A., Zürich 2005.
- DASSER FELIX, in: Dasser/Oberhammer, Stämpfli Handkommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. A., Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- DAVEY BERNADETTE P., The utilitarian design – a comparative survey, IIC 1984, S. 455.
- DAVID LUCAS, in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- DAVID LUCAS, in: Honsell/Vogt/David, Markenschutzgesetz, Muster- und Modellgesetz, Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, 2. A., Basel 1999, (zit.: Kommentar).
- DAVID LUCAS, Die Gerichtspraxis zur sklavischen Nachahmung von Warenformen, SMI 1983 II, S. 9, (zit.: Sklavische Nachahmung).
- DAVID LUCAS, Die Werkbegriffe der Berner Übereinkunft und das schweizerische Urheberrecht, Festschrift 100 Jahre Berner Übereinkunft, Bern 1986, S. 181, (zit.: Berner Übereinkunft).
- DAVID LUCAS, Die Baukunst im Urheberrecht, Festschrift 100 Jahre URG, Bern 1983, S. 263, (zit.: Baukunst).
- DAVID LUCAS, Hilfeleistung der Zollverwaltung zum Schutz des geistigen Eigentums, SMI 1995, S. 207, (zit.: Hilfeleistung).
- DAVID LUCAS, Ausstattungsschutz auf neuer Grundlage, AJP 1992, S. 1501, (zit.: Ausstattungsschutz).
- DAVID LUCAS/JACOBS RETO, Schweizerisches Wettbewerbsrecht, 5. A., Bern 2012, (zit.: UWG).
- DAVID LUCAS, Die Marke als Kennzeichen, Marke und Marketing, Bern 1990, S. 27, (zit.: Marketing).
- DAVID LUCAS ET AL., Der Rechtsschutz im Immaterialgüterrecht, SIWR I/2, 3. A., Basel 2011, (zit.: SIWR).
- DAVID LUCAS, Lexikon des Immaterialgüterrechtes, SIWR I/3, Basel/Genf/München 2005, (zit.: Lexikon).

- DECKER ANDREAS J., *Der Neuheitsbegriff im Immaterialgüterrecht, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung*, Bd. 226, München 1989.
- DEGGINGER ANDREA, *Beiträge zum urheberrechtlichen Schutz der Gegenwartskunst*, Bern 1987.
- DESBOIS HENRI, *Le droit d'auteur en France*, 3. A., Paris 1978.
- DESSEMONTET FRANÇOIS, *Le droit d'auteur*, CEDIDAC, Lausanne 1999.
- DESSEMONTET FRANÇOIS, *Les droits d'auteur des architectes*, GRUR Int. 1996, S. 507, (zit.: GRUR).
- DESSEMONTET FRANÇOIS, *L'objet du droit d'auteur et les droits d'auteur*, La nouvelle loi fédérale sur le droit d'auteur, CEDIDAC No 26, Lausanne 1994, (zit.: L'objet).
- DESSEMONTET FRANÇOIS, *Inhalt des Urheberrechts*, SIWR Bd. II/1, 3. A., Basel 2014, (zit.: SIWR).
- DESSEMONTET FRANÇOIS, in: de Werra, Gilliéron, *Commentaire Romand, Propriété intellectuelle*, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- DETKEN ANDREAS, in: Schweizer/Zech, *Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz*, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- DE WERRA JACQUES, in: de Werra, Gilliéron, *Commentaire Romand, Propriété intellectuelle*, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- DIETRICH MARCEL, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, *Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen*, 2. A., Zürich 2005.
- DIETZ ADOLF, *Die Entwicklung des Urheberrechts in der Bundesrepublik Deutschland*, UFITA 122 (1993), S. 5, (zit.: Urheberrecht in Deutschland).
- DIETZ ADOLF, *Der «design approach» als Entlastung des Urheberrechts, Aktuelle Herausforderungen des geistigen Eigentums: Festgabe Friedrich-Karl Beier zum 70. Geburtstag*, Joseph Straus (Hrsg.), Heymann Verlag, Köln 1996, S. 355 ff., (zit.: design approach).
- DIETZ ADOLF, *Copyright in the modern technological world: a mere industrial property right*, *Journal of the Copyright society of the USA* Vol. 39, No. 3, Spring 92, Columbia University, S. 83, (zit.: technological world).
- DINWOODIE GRAEME B., *Federalized Functionalism: The future of design protection in the EU*, *AIPLA Quarterly Journal*, S. 611.
- DITTRICH ROBERT, *Zum Schutzzumfang nach österreichischem Urheberrecht, Bemerkungen zur Mart-Stam Entscheidung des OGH*, GRUR Int. 1993, S. 200.
- DOLGE ANNETTE, in: Spühler/Aemisegger/Dolge/Vock, *Bundesgerichtsgesetz*, 2. A., Winterthur, Lausanne, Schaffhausen, Zürich 2013.
- DOMAJ TANJA, in: Heizmann/Loacker, *UWG, Kommentar zum Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb*, Zürich/St. Gallen 2018, (zit.: UWG-Komm.).
- DOMERGUE DENISE, *Artists Design Furniture*, New York 1984.
- DORFLES GILLO, *Gute Industrieform und ihre Ästhetik*, München 1964.

- DORIGO LARA, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- DORMANN JOHANNA, in: Niggli/Uebersax/Wiprächtiger/Kneubühler, Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. A., Basel 2018, (zit.: BSK-BGG).
- DORMER PETER, Design since 1945, London 1993.
- DORSCHNER SOPHIE, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- DREIER THOMAS, TRIPS und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums, GRUR Int. 1996, S. 205.
- DREIER THOMAS, «Geschützte Werke», Erste Arbeitssitzung, Konturen eines europäischen Urheberrechts, Baden-Baden 1996, (zit.: Konturen).
- DREIER THOMAS/KARNELL GUNNAR, Originality of the Copyright Work: a European Perspective (1991–92), 39, Journal of the Copyright Society of the USA, S. 289.
- DREIER THOMAS/KRASSER RUDOLF, Das französische Gesetzbuch des geistigen Eigentums, Weinheim etc. 1994.
- DREYER GUNDA/KOTTHOF JOST/MECKEL ASTRID/ZEISBERG HANS-JOACHIM, Urheberrecht, 3. A., Heidelberg 2013.
- DREXL JOSEF, Nach GATT und WIPO: Das TRIPS-Abkommen und seine Anwendung in der Europäischen Gemeinschaft, GRUR Int. 1994, S. 777.
- DREXL JOSEF/HILTY RETO/KUR ANNETTE, Designschutz für Ersatzteile – Der Kommissionsvorschlag zur Einführung einer Reparaturklausel, GRUR Int. 2005, S. 449.
- DROESE LORENZ, in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK-IPRG).
- DUBLER G., Der urheberrechtliche Schutz der Kunstwerke und der Muster und Modelle, Diss. Bern 1909.
- DUCREY PATRIK, in: Marbach/Ducrey/Wild, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, 4. A., Bern 2017, (zit.: Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht).
- DUPRAZ ANNE-CLAUDE, Le droit dérivé d'un usage antérieur, Diss. Lausanne 1981.
- DURIE ROBIN, Der englische Copyright, Designs and Patents Act von 1988, GRUR Int. 1990, S. 832.
- DURKIN TRACY-GENE G., Design Protection for Graphical User Interfaces, in: Research Handbook on Design Law, Henning Hartwig, 2021, S. 345 ff., (zit.: Research Handbook).
- DUTOIT BERNARD, Droit international privé suisse, Commentaire de la loi fédérale du 18 décembre 1987, 5. A., Basel 2016.
- DWORKIN GERALD/TAYLOR RICHARD, By accident or Design?, EIPR 1990, S. 33 ff., (zit.: Accident).
- DWORKIN GERALD/TAYLOR RICHARD, Copyright, Designs and Patents Act 1988, Blackstone, London 1989.
- ECO UMBERTO, Das offene Kunstwerk, Frankfurt 2012.

- ECK MATHIAS, Neue Wege zum Schutz der Formgebung, Köln/Berlin/Bonn/München 1993.
- ECKHARD FRANZ, Der Werkbegriff der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, UFITA Band 107 (1993).
- EDERER ROBERT, Die Grenzen der Kunst, Wien/Graz/Köln 1982.
- EGLOFF WILLI, Rechtsprechungsübersicht 1993–1998 Urheberrecht, Media lex 4/1998.
- EHRLER LORENZ, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- EHRLER LORENZ, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- EICHMANN HELMUT, Geschmacksmusterrecht und EWG-Vertrag, GRUR Int. 1990, S. 121.
- EICHMANN HELMUT, Geschmacksmusterschutz für Modeerzeugnisse, Mitteilungen der deutschen Patentanwälte 1995, S. 370, (zit.: Modeerzeugnisse).
- EICHMANN HELMUT, Das europäische Geschmacksmusterrecht auf Abwegen?, GRUR Int. 1996, S. 859, (zit.: Abwegen).
- EICHMANN HELMUT, Der Schutzzumfang von Geschmacksmustern, GRUR 1982, S. 651, (zit.: Schutzzumfang).
- EICHMANN HELMUT, Materiellrechtliche Zweifelsfragen des neuen Geschmacksmusterrechts, GRUR 1989, S. 17, (zit.: Zweifelsfragen).
- EICHMANN HELMUT, Das Verhältnis von Mustern zu Marken, Festschrift für Ralf Vieregge zum 70. Geburtstag, Berlin/New York 1995, (zit.: Marken).
- EICHMANN HELMUT, Die dreidimensionale Marke, Festschrift für Rudolf Nirk zum 70. Geburtstag, München 1992, (zit.: Dreidimensionale Marke).
- EICHMANN HELMUT/JESTAEDT DIRK/FINK ELISABETH/MEISER CHRISTIAN, Designgesetz Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung, Beck'schen Kurz-Kommentar, 6. A., München 2019.
- ENGLERT BRIGITTE, Grundzüge des Rechtsschutzes der industriellen Formgebung, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz des Max-Planck-Institut, Köln 1978.
- ENGLERT CHRISTIAN, Wie ist Schmuck gegen Nachahmungen und Nachmachungen zu schützen?, SMI 81, S. 20, (zit.: Modeneuheiten).
- ENSTHALER JÜRGEN, Freier Handel mit Ersatzteilen und Immaterialgüterrechten, InTeR 2018, S. 196 ff.
- ERLHOFF MICHAEL/BRANDES UTA, Phänomenologie des europäischen Design, Design als Gegenstand, der neue Glanz der Dinge, Berlin 1984.
- ERNI PETER, Die Gute Form, Baden 1983.
- ERNST RENÉ, Die vorsorglichen Massnahmen im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht, Diss. Zürich 1992.
- ESCHMANN SASKIA, Rechtsschutz von Modedesign, Schriften zum Medien- und Immaterialgüterrecht, Nr. 76, Diss. Bern 2005.

- ESCHMANN SASKIA/THOUVENIN FLORENT, Das revidierte Schweizer Designrecht – Neue Antworten auf alte Fragen – Tagung vom 26./27. Februar 2002, sic! 2002, S. 466.
- FABIANI MARIO, Les dessins et modèles entre le droit d’auteur et la propriété industrielle, ALAI Paris 1984, S. 273.
- FAESSLER RENÉ, Der Musterschutz in der Stickereiindustrie, Diss. Bern 1938.
- FAVALLI DANIELE/AUGSBURGER THIERRY, in: Oetiker/Weibel, Basler Kommentar, Lugano Übereinkommen, 2. A., Basel 2016, (zit.: BSK-LugÜ).
- FEHLBAUM PASCAL, La délimitation entre le design et le droit d’auteur au regard de l’affaire du train d’anniversaire («Geburtstagszug»), sic! 2015, S. 74.
- FEHLBAUM PASCAL, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- FELLNER CHRISTINE, Industrial Design Law, London 1995.
- FELLNER CHRISTINE, The Future of Legal Protection for Industrial Design, Oxford 1985, (zit.: Future).
- FEYERABEND PAUL, Wider den Methodenzwang, Frankfurt a.M., 1976.
- FEUZ PATRICK, Mein Design, dein Design, sein Design, Bund, 15. März 2001, Nr. 62, S. 14.
- FIOLKA GERHARD/GHAFIER OMAR, in: Schweizer/Zech, Stämpflis Handkommentar, Patengesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- FIRTH ALISON, Aspects of Design Protection in Europe, EIPR 1993, S. 42.
- FISCHER HERMANN J./REICH STEVEN A., Der Künstler und sein Recht, Ein Handbuch für die Praxis, 3. A., München 2014.
- FISCHER WILLI, in: Fischer/Luterbacher, Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016, (zit.: Haftpflichtkommentar).
- FORSTER MARC, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- FRAEFEL STEFAN, in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- FRANÇON A., The protection of Designs, the Protection of Trademark Rights, Protection by action for unfair competition and how these relate in French Law, in: Cohen Jeroham Herman: Design protection, S. 79.
- FRANK RICHARD/STRÄULI HANS/MESSMER GEORG, Kommentar zur zürcherischen Prozessordnung, 3. A., Zürich 1997.
- FRANZOSI MARIO, The Legal protection of industrial Design: Unfair Competition as a Basis of Protection, EIPR 1990, S. 154.
- FRANZOSI MARIO, European design protection, The Hague 1996, (zit.: Commentary).
- FRECH PHILIPP, Zivilrechtliche Haftung von Internet-Providern bei Rechtsverletzungen durch ihre Kunden: eine rechtsvergleichende Untersuchung des schweizerischen, des amerikanischen und des deutschen Rechts unter besonderer Berücksichtigung des Urheber- und Markenrechts, Zürich 2009.

- FRICK MARKUS R., in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- FROMM FRIEDRICH KARL/NORDEMANN WILHELM, Urheberrecht, Kommentar zum Urheberrechtsgesetz Verlagsgesetz Einigungsvertrag (Urheberrecht) neu: zur EU-Portabilitätsverordnung, 12. A., Stuttgart 2018.
- FRYER WILLIAM T., Design Users Suggest national Law Changes, EC Approach and Harmonisation Strategy: Federal Republic of Germany Surveys on Design Protection, EIPR 1990, S. 360.
- FRYER WILLIAM T., International industrial design protection improvement: The Hague Agreement revision, University of Baltimore Intellectual Property Law Journal, Fall 1993, S. 37, (zit.: Hague).
- FRYER WILLIAM T., European Union seeks more benefits balance: a report on the industrial design treaty revision/hague agreement, 5th meeting of experts, June 13 – 16 1995, (zit.: balance).
- FÜLLEMANN DANIEL, in: Brunner/Gasser/Schwander, Schweizerische Zivilprozessordnung, Kommentar, 2. A., Zürich/St. Gallen 2016, (zit.: DK-ZPO).
- FURRER ANDREAS/GLARNER ANDREAS, in: Dasser/Oberhammer, Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- FURLER HANS, Das internationale Musterrecht, Kommentar zum Haager Abkommen, Berlin/Köln 1951, (zit.: Haager Abkommen).
- GASSER CHRISTOPH, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpflis Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- GAUCH/SCHLUEP/SCHMID, Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, Band I, 11. Auflage 2021.
- GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, Band II, 11. Auflage 2021.
- GEHRI MYRIAM A., in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- GEISER THOMAS, in: Niggli/Uebersax/Wiprächtiger/Kneubühler, Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. A., Basel 2018, (zit.: BSK-BGG).
- GELLER PAUL EDWARD, Neue Triebkräfte im internationalen Urheberrecht, GRUR Int. 1993, S. 526.
- GERSTENBERG EKKEHARD, Urteilsbesprechung, GRUR 1975, S. 387, (zit.: Schlafraumprogramm).
- GERSTENBERG EKKEHARD/BUDDEBERG MICHAEL, Geschmacksmustergesetz, Kommentar, 3. A., Heidelberg 1996.
- GILLIERON PHILIPPE, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- GIRTH PETER, Individualität und Zufall im Urheberrecht, Schriftenreihe der UFITA, Heft 48, Berlin 1974.

- GOLDSTEIN PAUL, Was ist Copyright, GRUR Int. 1991, S. 767.
- GOVONI CARLO, Die Revision des schweizerischen Urheberrechtsgesetzes, UFITA 114 (1990), S. 5.
- GOVONI CARLO, Der Urheberrechtsschutz von Computerprogrammen, AJP 1993, S. 569, (zit.: Computerprogramme).
- GÖKSU TARKAN, in: Furrer/Girsberger/Müller-Chen, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Internationales Privatrecht, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: CHK-IPRG).
- GÖKSU TARKAN, in: Gauch/Aeppli/Stöckli, Präjudizienbuch OR, Die Rechtsprechung des Bundesgerichts (1875-2015), 9. A., Zürich 2016, (zit.: Präjudizien).
- GRABER CHRISTOPH K., in: Honsell/Vogt/Wiegand, Basler Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Obligationenrecht I, 6. A., Basel 2015, (zit.: BSK-OR I).
- GREENE ELIZABETH, The new design right in the UK, Copyright World, November 1993, S. 26.
- GREENE ELIZABETH, A Criticism of the proposed European Legislation on Design, Copyright World, October 1994, S. 20, (zit.: Criticism).
- GREFFE FRANÇOIS, La protection du Design en France, dans le pays de la CEE, en Suisse ... et perspective communautaire, Paris 1992.
- GREFFE FRANÇOIS, Das Prinzip der «Einheit der Kunst» und die Schutzvoraussetzungen für Geschmacksmuster nach französischem Recht, GRUR Int. 1999, S. 605, (zit.: Einheit der Kunst).
- GREFFE FRANÇOIS/GREFFE PIERRE, Traité des dessins et des modèles, 9. A., Paris 2014, (zit.: Traité).
- GROLIMUND PASCAL/LOACKER LEANDER D./SCHNYDER ANTON K., in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK-IPRG).
- GROSSENBACHER ROLAND, Die URG-Revisionen von 1922, 1955 und die Revisionsarbeiten bis 1983, Festschrift 100 Jahre URG, Bern 1983, S. 15.
- GROVES PETER, Copyright and design law: a question of balance, London 1991.
- GROVES PETER/MARTINO TONY/MISKIN CLAIRE/RICHARDS JOHN, Intellectual Property and the Internal Market of the European Community, London 1993.
- GRUBER STEPHAN/VON ZUMBUSCH LUDWIG/HABERL ANDREAS/OLDEKOP AXEL, Europäisches und internationales Patentrecht, 7. A., München/Basel 2012.
- GRUNDMANN STEFAN, Anerkennung und Vollstreckung ausländischer einstweiliger Massnahmen nach IPRG und Lugano-Übereinkommen, Basel 1996.
- GSCHWEND JULIA/BERTI STEPHEN V., in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- GSÖLLPOINTNER HELMUTH/HAREITER ANGELA/ORTNER LAURIDS, Design ist unsichtbar, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.
- GUBLER ANDREAS, Der Ausstattungsschutz nach UWG, Diss. Bern 1991.
- GUIDOT RAIMOND, Histoire du design, 1940 bis 1990, Éditions Hazan, Paris 1994.

- GULDENER MAX, Schweizerisches Zivilprozessrecht, 3. A., Zürich 1979.
- GÜNGERICH ANDREAS, Die Schutzschrift im schweizerischen Zivilprozessrecht, Bern 2000.
- GÜNGERICH ANDREAS, in: Hausheer/Walter, Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band I, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).
- GÜNGERICH ANDREAS/WALPEN ADRIAN, in: Hausheer/Walter, Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band I, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).
- GUYER ERNST, Das Schweizerische Bundesgesetz betreffend die Muster und Modelle, Diss. Zürich 1902.
- GYGI FRITZ, Bundesverwaltungsrechtspflege, 2. A., Bern 1983.
- HADFIELD GILLIAN K., The Economics of Copyright. A historical perspective, Copyright Law Symposium Nr. 38, Columbia University Press, New York 1992.
- HAERTEL KURT, Stellungnahme zum MPI-«Diskussionsentwurf eines europäischen Musterrechts», GRUR Int. 1990, S. 585.
- HÄFELIN ULRICH/MÜLLER GEORG/UHLMANN FELIX, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. A., Zürich/St. Gallen 2020.
- HAMBURGER WALTER, Vorschläge für eine internationale Regelung des Ausstellungsschutzes und der Neuheitsschonfrist, GRUR Int. 1963, S. 189.
- HANDLE MARCO, Bundesgericht, I. Zivilrechtliche Abteilung, Urteil 4A_379/2019 vom 4. Dezember 2019, ROLEX SA gegen A., Markenrecht, AJP 2020, S. 648.
- HÄNER ISABELLE, Vorsorgliche Massnahmen im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess, ZSR 1997, Bd. 116, II. Halbband, S. 255.
- HANSMANN RENÉE, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- HARTMANN ALFRED, Das Verhältnis der Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb zu den Spezialgesetzen des gewerblichen Rechtsschutzes und zum Urheberrecht, Diss. Zürich 1951.
- HARTWIG HENNING, Disclosure on the Internet under Community Design Law, in: 20 Years of the Boards of Appeal at EUIPO, Celebrating the past, looking forward to the future, Liber Amicorum, Alicante 2017, S. 188 ff.
- HARTWIG HENNING, Reciprocity in European design law, in: Research Handbook on Design Law, Henning Hartwig, 2021, S. 119 ff., (zit.: Research Handbook).
- HASSELBLATT GORDIAN N., Community Design Regulation, (EC) No 6/2002, Article-by-Article Commentary, 2. A., München 2018.
- HAUFFE THOMAS, Die Geschichte des Designs im Überblick, DuMont Buchverlag, Köln 2016.
- HAURI KURT, Verwaltungsstrafrecht (VStrR), Bern 1998.
- HAUSHEER HEINZ/JAUN MANUEL, Die Einleitungsartikel des ZGB, Bern 2003.
- HEDINGER MARTIN/HOSTETTLER YANNICK SEAN, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).

- HEIM ELMAR, Die statistische Einmaligkeit im Urheberrecht, Diss. Freiburg 1971.
- HEIMGARTNER STEFAN, in: Heizmann/Loacker, UWG Kommentar – Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Zürich 2018.
- HEINE GÜNTER, Das kommende Unternehmensstrafrecht, Art. 100quater StGB, ZStrR 121, 2003, S. 24 ff., (zit.: Unternehmensstrafrecht).
- HEINE GÜNTER, Straftäter Unternehmen: das Spannungsfeld von StGB, Verwaltungsstrafrecht und Strafstrafrecht, Recht Heft 1/2005, (zit.: Straftäter Unternehmen).
- HEINRICH PETER, DesG/HMA: Kommentar zum schweizerisches Designgesetz und den entsprechenden Bestimmungen des Haager Musterschutzabkommens, 2. A., Zürich 2014, (zit.: OFK-DesG/HMA).
- HEINRICH PETER, DesG/HMA: Kommentar zum schweizerisches Designgesetz und den entsprechenden Bestimmungen des Haager Musterschutzabkommens, 1. A., Zürich 2002, (zit.: Kommentar DesG).
- HEINRICH PETER, PatG/EPÜ: Schweizerisches Patentgesetz, Europäisches Patentübereinkommen: Kommentar in synoptischer Darstellung, 3. A., Bern 2018, (zit.: Kommentar PatG).
- HEMPEL HEINRICH, Die Freiheit der Kunst, Schulthess Verlag, Zürich 1991.
- HEMPEL HEINRICH, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (GestG), Basel 2001, (zit.: GestG).
- HEMPEL HEINRICH, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- HENNING-BODEWIG FRAUKE/RUIJSENAARS HEIJO E., Designschutz qua Markenrecht? Das «Burberrys»-Urteil des Benelux-Gerichtshof im Rechtsvergleich, GRUR Int. 1990, S. 821.
- HENNING-BODEWIG FRAUKE/RUIJSENAARS HEIJO E., Alternative Protection for Product Designs – A Comparative View of German, Benelux and US Law, IIC 1992, S. 643, (zit.: Product Design).
- HENSSLER EBERHARD, Urheberschutz in der angewandten Kunst und Architektur, Stuttgart/Köln 1950.
- HENSSLER EBERHARD, Rechtsschutz der industriellen Formgebung in Deutschland, GRUR Int. 1959, S. 13, (zit.: Rechtsschutz).
- HENSSLER EBERHARD, Urheberrechtsschutz für Modeschöpfungen, JZ 1955, S. 693, (zit.: Modeschöpfungen).
- HENSSLER EBERHARD, Geschmacksmuster- und Urheberschutz für die industrielle Formgestaltung, GRUR 1957, S. 8, (zit.: Geschmacksmuster).
- HENSSLER EBERHARD, Die industrielle Formgestaltung im Spiegel des Rechts, Der Betriebsberater, 30. Mai 1958, S. 529, (zit.: Industrielle Formgestaltung).
- HEROLD KATHARINA, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).

- HERREN JÜRG, Das Recht des Marken- und Designrechtsinhabers, die Einfuhr rechtsverletzender Gegenstände auch durch Privatpersonen zu verbieten – eine Entgegnung, *sic!* 2011, S. 24.
- HERREN JÜRG/ROHNER CHRISTIAN, Neues Designgesetz in Sicht, *sic!* 2000, S. 739.
- HESS-BLUMER ANDRI, Teilnahmehandlungen im Immaterialgüterrecht unter zivilrechtlichen Aspekten, *sic!* 2003, S. 95, (zit.: Teilnahme).
- HESS-BLUMER ANDRI, Die Schutzschrift nach eidgenössischem und zürcherischem Recht, Diss. Zürich 2001, (zit.: Schutzschrift).
- HESS-BLUMER ANDRI, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- HESS-BLUMER ANDRI, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- HESS-BLUMER ANDRI/BAECHLER ROMAN, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- HILTI CHRISTIAN, Der Schutz nicht registrierter Kennzeichen, *SIWR* Bd. III/2, 2. A., Basel 2005, S. 105 ff.
- HILTI CHRISTIAN, Firmenrecht, *SIWR* Bd. III/2, 2. A., Basel 2005, S. 1 ff., (zit.: Firmenrecht).
- HILTY RETO M., in: Hilty, Arpagaus, Basler Kommentar, Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Basel 2013, (zit.: BSK-UWG).
- HILTY RETO M., Besserer Schutz vor Nachahmung – Eine Entgegnung auf die Kritik am neuen Designgesetz, *NZZ* vom 15. Mai 2001, S. 17, (zit.: *NZZ*).
- HILTY RETO M., Urheberrecht, 2. Auflage, Bern 2020.
- HILTY RETO M., Der Schutzbereich des Patents, Diss. Zürich 1990.
- HILTY RETO M./FRÜH ALFRED, Lizenzkartellrecht, Bern 2017.
- HILTY RETO M., Lizenzvertragsrecht, Bern 2001, (zit.: Lizenzvertrag).
- HOFMANN WERNER, Grundlagen der modernen Kunst, Kröner Verlag, Stuttgart 2003.
- HOFMANN DIETER A./KUNZ OLIVER M., in: Oetiker/Weibel, Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. A., Basel 2016, (zit.: BSK-LugÜ).
- HONSELL HEINRICH, in: Honsell/Vogt/Geiser, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 5. A., Basel 2014, (zit.: BSK-ZGB I).
- HORTON AUDREY A., Industrial Design Law: The Future for Europe, *EIPR* 1991, S. 442.
- HORTON AUDREY A., European Design Law and the Spare Parts Dilemma, The Proposed Regulation and Directive, *EIPR* 1994, S. 51, (zit.: Spare Parts).
- HÖSLY BALZ, Das urheberrechtlich schützbares Rechtssubjekt, Diss. Bern 1987.
- HOWE MARTIN/ST.VILLE JAMES/CHANTRIELLE ASTHON, Russell-Clarke and Howe on Industrial Designs, 9. A, London 2016.
- HUBER LUCIUS, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).

- HUG PIERRE, in: Bertschinger/Münch/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 929 ff.
- HUGHES RUPERT, Design Protection of Auto Spare: The automotive Spares Industry Perspective, International Business Lawyer 1994, S. 116.
- HUMMEL MARLIES/SCHOLZ ANJA, Der Markt für Designleistungen in den EG-Ländern, München 1992.
- HUNZIKER MANFRED, Monismus oder Dualismus im schweizerischen Urheberrecht?, UFITA 97 (1984), S. 127.
- HURNI CHRISTOPH, in: Hausheer/Walter, Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band II, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).
- HYZIK MICHAEL, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- INEICHEN MARKUS, Die Formmarke im Lichte der absoluten Ausschlussgründe nach dem schweizerischen Markenschutzgesetz, GRUR Int. 2003, S. 193.
- INFANGER DOMINIK, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- ISENRING BERNHARD/KESSLER MARTIN A., in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch II, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB II).
- ISLER MICHAEL, in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- JACKSON LESLEY, The New Look, Design in the fifties, Thames and Hudson, Manchester 1991.
- JAFFÉ H.L.C., De Stijl 1917 – 1931, Der niederländische Beitrag zur modernen Kunst, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1965.
- JEGHER GION/KUNZ M. OLIVER, in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK-IPRG).
- JENE-BOLLAG IRÈNE, Die Schutzfähigkeit von Marke und Ausstattung unter dem Gesichtspunkt des Freihaltebedürfnisses, Basel 1981.
- JENNY ANDREAS, Die Nachahmungsfreiheit, Zürich 1997.
- JENNY GUIDO, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- JENNY RETO M., Zum Verletzerzuschlag im schweizerischen Urheberrecht, sic! 2004, S. 651, (zit.: Jenny R.).
- JERMANN ANDREAS, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- JESTAEDT DIRK, in: Eichmann/Jestaedt/Fink/Meiser, Designgesetz Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung, 6. A., Düsseldorf, München, Alicante 2019.
- JOOS ULRICH/MOUFANG RAINER, Neue Tendenzen im internationalen Schutz des geistigen Eigentums (Bericht über das Ringberg-Symposium MPI), GRUR Int. 1988, S. 887.

- KAHLENBERG SIENNA, Ein europäisches Geschmacksmusterrecht – Baustein im System des europäischen gewerblichen Rechtsschutzes, Berlin 1997.
- KAISER JOB NOËLLE, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- KÄLIN MORITZ/ RENTSCH RUDOLF A., in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- KARNELL GUNNAR, Wer liebt Phil Collins?, GRUR Int. 1994, S. 733.
- KARNELL GUNNAR, Die Doppelschöpfung als urheberrechtliches Problem, in: *Mélange Voyames*, Lausanne 1989, S. 149, (zit.: Doppelschöpfung).
- KATZENBERGER PAUL, TRIPS und das Urheberrecht, GRUR Int. 1995, S. 447.
- KATZENBERGER PAUL, Protection of Industrial Designs in Germany, in: Herman Jehoram: *Design protection*, (zit.: Herman).
- KEHRLI THOMY, Der urheberrechtliche Werkbegriff im Bereich der bildenden Kunst, Bern 1989.
- KELBEL GÜNTER, Zur Verbesserung des Geschmacksmustergesetzes, GRUR 1985, S. 669.
- KELBEL GÜNTER, Die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle nach Inkrafttreten des Haager Musterabkommens 1960, GRUR Int. 1984, S. 661, (zit.: HMA).
- KELLERER CHRISTIAN, *Der Sprung ins Leere. Objet trouvé – Surrealismus – Zen*, DuMont Buchverlag, Köln 1982.
- KELLERHALS FRANZ/STERCHI MARTIN, *Die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern: Kommentar samt einem Anhang zugehöriger Erlasse*, 5. A., Bern 2000.
- KELLERHALS FRANZ/GÜNGERICH ANDREAS, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, *Gerichtsstandsgesetz: Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen*, 2. A., Bern 2005.
- KELLERHALS FRANZ/GÜNGERICH ANDREAS, *Die Anpassungen der bernischen Zivilprozessordnung an das Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen*, ZBJV 2002, S. 14, (zit.: Anpassungen).
- KERN MICHAEL, Auf dem Weg zu einem europäischen Gebrauchsmusterrecht (Bericht über das Ringberg-Symposium Gebrauchsmusterrecht – Teil 1), GRUR Int. 1994, S. 549.
- KESSLER MARTIN A., in: Honsell/Vogt/Wiegand, *Basler Kommentar, Obligationenrecht I*, 6. A., Basel 2015, (zit.: BSK-OR I).
- KILLIAS LAURENT, in: Hausheer/Walter, *Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung*, Band II, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).
- KILLIAS PIERRE-ALAIN/DE SELLIERS ALEXIS, in: de Werra, Gilliéron, *Commentaire Romand, Propriété intellectuelle*, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- KIRSCHNER KLAUS/STRUNKMANN-MEISTER KARL E., *Recherchen im Geschmacksmusterbestand*, *Mitteilungen der deutschen Patentanwälte* 1994, S. 8.

- KLAUS SAMUEL, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- KLAWITTER CHRISTIAN, Die Ersatzteilfrage in der EG-Geschmacksmusterrichtlinie, EWS 2001, S. 157.
- KLETT KATHRIN, in: Niggli/Uebersax/Wiprächtiger/Kneubühler, Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. A., Basel 2018, (zit.: BSK-BGG).
- KNAAK ROLAND, Der Schutz geographischer Angaben nach dem TRIPS-Abkommen, GRUR Int. 1995, S. 642.
- KNAP KAREL, Urheberrechtlicher Schutz von Kunstwerken und Geschmacksmusterschutz, UFITA 61 (1971), S. 109.
- KNITTEL HERBERT/KUCSKO GUIDO, Musterschutzgesetz, Wien 1993.
- KOECHLIN-GEIGY ALPHONS, Referat über den Gesetzesentwurf zum Schutz der Handels- und Fabrikmarken und der Muster und Modelle, Basel 1878.
- KÖNIG HOROWICZ THEDA, Strafrechtliches Vorgehen, § 48, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- KOFMEL EHRENZELLER SABINE, in: Dasser/Oberhammer, Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- KOHLER JOSEF, Musterrecht, Stuttgart 1909.
- KOHLER PATRICK, Vermögensausgleich bei Immaterialgüterrechtsverletzungen: Rechtsvergleichung USA, Deutschland, Schweiz, Zürich 1999, (zit.: Kohler P.).
- KOHLER PATRICK, Gewinnherausgabe bei Patentrechtsverletzungen. Bemerkungen zur Entscheidung «Rohrschelle» – Bundesgericht vom 12. April 2006, in: sic! 2006, S. 815 ff., (zit.: sic!).
- KOLLER GABRIELE, Die Radikalisierung der Phantasie, Design aus Österreich, Residenz Verlag, Salzburg/Wien 1987.
- KÖLZ ALFRED/HÄNER ISABELLE/BERTSCHI MARTIN, Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 3. A., Zürich 2013.
- KOSCHTIAL ULRIKE, Das Gemeinschaftsgeschmacksmuster: Die Kriterien der Eigenart, Sichtbarkeit und Funktionalität, GRUR Int. 2003, S. 973.
- KOSCHTIAL ULRIKE, Die Freihaltebedürftigkeit wegen besonderer Form im europäischen und deutschen Markenrecht, GRUR Int. 2004, S. 106, (zit.: Freihaltebedürftigkeit).
- KRASSER RUDOLF, Verpflichtung und Verfügung im Immaterialgüterrecht, GRUR Int. 1973, S. 230.
- KRAYER GEORG FRIEDRICH, Immaterialgüterrechtliche Erzeugnisse von Personen im Arbeitsverhältnis, Diss. Basel 1970.
- KRAUSKOPF FRÉDÉRIC, in: Gauch/Aepli (Stöckli, Präjudizienbuch OR, Die Rechtsprechung des Bundesgerichts (1875–2015), 9. A., Zürich 2016, (zit.: Präjudizien).
- KREILE REINHOLD/BECKER JÜRGEN, Stand der Harmonisierungsbemühungen der EG auf dem Gebiet des Urheberrechts am Vorabend des Europäischen Binnenmarktes, ZUM 1992, S. 581, (zit.: Harmonisierungsbemühungen).

- KREILE REINHOLD/BECKER JÜRGEN, Neuordnung des Urheberrechts in der Europäischen Union, GRUR Int. 1994, S. 901, (zit.: Neuordnung).
- KREN-KOSTKIEWCZ JOLANTA, IPRG/LugÜ: Kommentar zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht, Lugano-Übereinkommen und weitere Erlasse, Zürich 2015, (zit.: OFK-IPRG/LugÜ).
- KRIEGER ULRICH, Neuheit und schöpferische Leistung bei angewandter Kunst unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zum Geschmacksmustergesetz, GRUR Int. 1983, S. 433.
- KROHER JÜRGEN, EG-Geschmacksmusterschutz für Kraftfahrzeug-Ersatzteile, GRUR Int. 1993, S. 457.
- KROHER JÜRGEN, Kein Designschutz für Ersatzteile? Zum Harmonisierungsvorschlag der EG-Kommission, GRUR 1994, S. 158, (zit.: Ersatzteile).
- KROPHOLLER JAN/VON HEIN JAN, Europäisches Zivilprozessrecht: Kommentar zu EuGVO, Lugano-Übereinkommen, EuVTVO, EuMVVO, EuGFVO, 9. A., Frankfurt 2011.
- KRÜGER CHRISTOF, Designs between copyright and industrial property protection, IIC 1984, S. 168.
- KUCSKO GUIDO, Kfz – Ersatzteile als Stolperstein für ein Gemeinschaftsmuster?, Ecolex 1993, S. 325, (zit.: Ersatzteile).
- KUCSKO GUIDO/HERBERT KNITTEL, Das neue österreichische Musterschutzgesetz, GRUR Int. 1991, S. 625.
- KUHMANN CHRISTOPH, Der Schutz der angewandten Kunst im deutschen und amerikanischen Urheberrecht, München 1991.
- KÜHNE MARCUS/MEISER CHRISTIAN, in: Eichmann/Jestaedt/Fink/Meiser, Designgesetz Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung, 6. A., Düsseldorf, München, Alicante 2019.
- KUMMER MAX, Das urheberrechtlich schützbares Werk, Bern 1968.
- KUMMER MAX, Werk und Muster/Modell zu trennen: eine unlösbare Aufgabe?, Festschrift für Frank Vischer zum 60. Geburtstag, Zürich 1983, S. 701, (zit.: unlösbare Aufgabe).
- KUMMER MAX, Die Entgrenzung der Kunst und das Urheberrecht, in: Homo Creator, Festschrift für Alois Troller, Basel/Stuttgart 1976, S. 89, (zit.: Entgrenzung).
- KUMMER MAX, Der Werkbegriff und das Urheberrecht als subjektives Privatrecht, in: Festschrift 100 Jahre URG, Bern 1983, S. 123 ff., (zit.: 100 Jahre URG).
- KUMMER MAX, Besprechung der Rechtsprechung des Bundesgerichtes, ZBJV 117 (1981), S. 156, (zit.: ZBJV 117).
- KUMMER MAX, Besprechung der Rechtsprechung des Bundesgerichtes, ZBJV 118 (1982), S. 203, (zit.: ZBJV 118).
- KUMMER MAX, Grundriss des Zivilprozessrechts nach den Prozessordnungen des Kantons Bern und des Bundes, 4. A., Bern 1984, (zit.: Zivilprozessrecht).
- KUR ANNETTE, TRIPS und der Designschutz, GRUR Int. 1995, S. 185, (zit.: TRIPS Designschutz).

- KUR ANNETTE, «Freeze Plus» Melts the Ice – Observations on the European Design Directive, IIC 1999, S. 620, (zit.: Freeze Plus).
- KUR ANNETTE, Bericht: Europäische Geschmacksmusterrechtsrichtlinie verabschiedet, GRUR Int. 1998, S. 977, (zit.: Geschmacksmusterrechtsrichtlinie).
- KUR ANNETTE, Bericht: Neue Entwicklungen im Musterrecht, GRUR Int. 1992, S. 528, (zit.: Neue Entwicklungen).
- KUR ANNETTE, Bericht: 3. Expertensitzung der WIPO über die Revision des Haager Musterabkommens (April 1993), GRUR Int. 1993, S. 545, (zit.: HMA).
- KUR ANNETTE, Bericht: Zum Vorschlag einer Verordnung über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, GRUR Int. 1994, S. 514, (zit.: Bericht).
- KUR ANNETTE, TRIPS und das Markenrecht, GRUR Int. 1994, S. 987, (zit.: TRIPS Markenrecht).
- KUR ANNETTE, Gedanken zur Systemkonformität einer Sonderregelung für must-match-Ersatzteile im künftigen europäischen Geschmacksmusterrecht, GRUR Int. 1996, S. 876, (zit.: Ersatzteile).
- KUR ANNETTE, Verbesserung des internationalen Schutzes der Muster und Modelle, GRUR Int. 1992, S. 206, (zit.: internationaler Schutz).
- KUR ANNETTE, EG-Geschmacksmusterschutz und Kfz-Ersatzteile – Eine Erwiderung, GRUR Int. 1993, S. 71, (zit.: Erwiderung).
- KUR ANNETTE, The Green Paper's 'Design Approach' – What's wrong with it?, EIPR 1993, S. 374, (zit.: Green Paper).
- KUR ANNETTE, Die Zukunft des Designschutzes in Europa, GRUR Int. 1998, S. 353, (zit.: Zukunft).
- KUR ANNETTE, Was macht ein Zeichen zur Marke, MarkenR 2000, S. 5, (zit.: Marke).
- KUR ANNETTE, Die Auswirkungen des neuen Geschmacksmusterrechts auf die Praxis, GRUR 2002, S. 661, (zit.: Auswirkungen).
- KUR ANNETTE/ÁDÁM GYÖRGY, Protection of Spare Parts in Design Law: A Comparative Law Analysis, in: Research Handbook on Design Law, Henning Hartwig, 2021, S. 304 ff., (zit.: Research Handbook).
- KURER MARTIN, Intellectual Property in Cyberspace: Swiss Law Issues, Copyright World, June/July 1996, S. 43.
- KURER MARTIN/CODONI STEFANO, Die Geistesschöpfung muss konkretisiert sein ..., in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 229.
- KURTH CHRISTOPH/BERNET MARTIN, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, Gerichtsstandsgesetz: Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, 2. A., Bern 2005.
- LADDIE HUGH, Copyright: Over-strength, over-regulated, over-rated., EIPR 1996, S. 253 ff.
- LAHORE JAMES, Herchel Smith Lecture 92: Intellectual Property rights and unfair copying, EIPR 92, S. 428.

- LANDRY N., La protection des dessins et modèles par droit d'auteur ou dessin industriel au Canada, ALAI 1984, S. 213 – 230.
- LANGE PAUL, The law and protection of designs, with particular reference to the textile and fashion sector, EIPR 1993, S. 16.
- LARESE WOLFGANG, Unterwegs zu einem neuen schweizerischen Urheberrechtsgesetz, UFITA 65 (1972), S. 21, (zit.: Unterwegs).
- LARESE WOLFGANG, Werk und Urheber in der Schweizerischen Urheberrechtsreform, FS B. Samson zum 90. Geburtstag, Schriftenreihe der UFITA, Heft 59, 1977, S. 153, (zit.: Urheberrechtsreform).
- LA SPADA-GAIDE ANNE-VIRGINIE, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- LASSEN HARRIET, Protection of three-dimensional Trade Marks, SMI 1994, S. 147.
- LATHAM RICHARD S., Der Designer in USA, Stilist, Künstler, Produktplaner?, Form 34 (1966), S. 28.
- LAUX CHRISTIAN, Vertragsauslegung im Urheberrecht: Zur Kritik der Zweckübertragungstheorie im schweizerischen Recht, Diss. Bern 2003.
- LECATSA ROULI, Galerie Möbel Perdu Presseerklärungen, Kunstforum International 82 (1986), Das deutsche Avantgarde Design, S. 89.
- LECHNER MARKUS/MAYR PETER G., Das Übereinkommen von Lugano, Wien 1996.
- LEEMANN MATTHIAS, Schadenersatz- Gewinnherausgabe- und Bereicherungsklagen, § 53, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- LEHNERER THOMAS, Autonomie und Funktionalität der Kunst, in: Kunst in der Exklusivität oder «Jeder ein Künstler»?., Universität Bern, Peter Lang Bern u.a. 1991.
- LENDVAI THOMAS/REBEL DIETER, Gewerbliche Schutzrechte, 7. A., Köln 2017.
- LENZEN THOMAS, Industriedesign als Erfolgsfaktor für mittelständische Unternehmungen – mit Fallbeispielen, Bamberg 1993.
- LENZIN RENÉ, Gesetz mit Mängeln im Design, St. Galler Tagblatt vom 14. März 2001, S. 7.
- LEUENBERGER CHRISTOPH, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (GestG), Basel 2001.
- LEUENBERGER CHRISTOPH, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- LEUENBERGER CHRISTOPH/UFFER-TOBLER BEATRICE, Schweizerisches Zivilprozessrecht, 2. A., Bern 2016.
- LEUPOLD MICHAEL, Die Nachteilsprognose als Voraussetzung des vorsorglichen Rechtsschutzes, sic! 2000, S. 265.
- LEVIN MARIANNE, Der Schutz der Formgebungen, Eine rechtsvergleichende Studie, GRUR Int. 1985, S. 713.
- LEVIN MARIANNE, Die Zukunft des Designschutzes in Euroopa aus der Sicht der nordischen Staaten, GRUR Int. 1998, S. 371, (zit.: Zukunft).

- LEVIN MARIANNE, in: Franzosi, European Design Protection, Commentary To Directive And Regulation Proposals, The Hague, 1996, (zit.: Commentary).
- LEYDECKER KARIN, Leben in künstlichen Welten, NZZ vom 17. Dezember 2004, S. 41.
- LIEBER VIKTOR, in: Donatsch/Hansjakob/Lieber, Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), Zürich 2010.
- LINDINGER HERBERT/HUCHTHAUSEN CLAUS-HENNING, Geschichte des Industrial Design, Internationales Design-Zentrum Berlin (Hrsg.), Rat für Formgebung, Hannover 1978.
- LINIGER STEFAN, Immaterialgüterrechtliche Streitigkeiten vor internationalen Schiedsgerichten mit Sitz in der Schweiz, Bern 2002.
- LIPP WILFRIED L., Design und Kunst Realität und Schein, in: Design ist unsichtbar, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.
- LÖBACH BERND, Die Industrie zum Thema, Bielefeld 1973, (zit.: Die Industrie).
- LÖBACH BERND, Industrial Design, Grundlagen der Industrieproduktgestaltung, Verlag Karl Thieme, München 1976.
- LÖBACH BERND/SCHMIDT HELMUT, Was ist Industrial Design? Internationales Design-Zentrum Berlin (Hrsg.), Rat für Formgebung, Braunschweig 1976.
- LÖTSCHER CORDULA, in: Die Prozessstandschaft im Schweizerischen Zivilprozess, BSzR – Basler Studien zur Rechtswissenschaft Band Nr. 129, Basel 2016.
- LOCHER ADALBERT, Designgesetz: Noch nicht perfekt, in: Hochparterre, Nr. 5/2001, S. 20, (zit.: Locher A.).
- LOCHER FELIX, Das Internationale Privat- und Zivilprozessrecht der Immaterialgüterrechte aus urheberrechtlicher Sicht, Diss. Zürich 1993, (zit.: Locher F.).
- LOCHER FELIX, Zum Zivilprozess im Immaterialgüterrecht in der Schweiz: Zuständigkeit, Forum Running, Schiedsfähigkeit – zugleich zur geplanten Revision von Art. 109 IPRG, in: sic! 2006, S. 242 ff., (zit.: sic!).
- LOEWENHEIM ULRICH, Der Schutz der Kleinen Münze im Urheberrecht, GRUR 1987, S. 761 ff.
- LOEWENHEIM ULRICH, Harmonisierung des Urheberrechts in Europa, GRUR Int. 1997, S. 285, (zit.: Harmonisierung).
- LOIBL/PRUCKNER, Musterschutzgesetz – Kurzkomentar, Wien 1993.
- LORENZEN BIRTE, Designschutz im europäischen und internationalen Recht, Hamburg 2002.
- LOOS ADOLF, Ornament und Verbrechen, 1908, in: Sämtliche Schriften I, herausgegeben von Franz Glück, Wien/München 1962.
- LOSCHOLDER MICHAEL, Das neue Geschmacksmustergesetz, Mitteilungen der deutschen Patentanwälte, Mai 1987, S. 81.
- LUBBOCK MARK, The protection of non-european Union designs in the UK, Copyright World, June 1994, S. 32.
- LUCHSINGER MARTIN, Dreidimensionale Marken, Formmarken und Gemeingut, sic! 1999, S. 195 ff.

- LUDWICZAK MARIA, Compétence territoriale et vignette autoroutière: un dérapage incontrôlé, *forum* 5/2016, S. 298 ff.
- LÜTHI BENDICHT, Örtliche Zuständigkeit für die Einrede des Nichtgebrauchs einer Marke, *sic!* 2018, S. 179.
- LÜTHI BENDICHT, Der markenrechtliche Wolf im Schafspelz der Patentrechtsrevision – Gedanken zur Ausdehnung der Ausschliesslichkeitsrechte auf den privaten Gebrauch, *sic!* 2007, S. 144, (zit.: Privatgebrauch).
- LUTZ MARTIN J., Der Schutzzumfang des Urheberrechts, *Festschrift 100 Jahre URG*, Bern, 1983, S. 173, (zit.: Schutzzumfang).
- LUTZ MARTIN J., Die Schranken des Urheberrechts nach schweizerischem Recht, Diss. Zürich 1964, (zit.: Schranken).
- MABILLARD RAMON, in: Honsell/Vogt/Schnyder/Berti, *Basler Kommentar, Internationales Zivilprozessrecht*, 3. A., Basel 2013, (zit.: BSK-IRPG).
- MACCIACCHINI SANDRO, Die urheberrechtlich schützbar Doppelschöpfung: Ein populärer Irrtum, *sic!* 2004, S. 351 ff.
- MÄDER SIMON, *Die Anwendung des Lugano-Übereinkommens im gewerblichen Rechtsschutz*, Bern 1999.
- MAILLARD MARCEL, *Praxiskommentar Verwaltungsverfahrensgesetz*, Freiburg, St. Gallen 2015, 2. A.
- MAISSEN EVA/HUGUENIN CLAIRE/JENNY RETO M., in: Huguenin/Müller-Chen, *Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Vertragsverhältnisse 2: Arbeitsvertrag, Werkvertrag, Auftrag, GoA, Bürgschaft*, 3. A., Zürich 2016, (zit.: CHK-OR).
- MAÑJÁ JORDI, *Design – Formgebung industrieller Produkte*, Hamburg 1978.
- MARADAN CLAUDIA, Violation de droits de propriété intellectuelle et détermination du préjudice: dommages-intérêts vs. remise du gain, *Jusletter* vom 20. August 2007.
- MARANTELLI VERA/HUBER SAID, in: Waldmann/Weissenberger, *Praxiskommentar Verwaltungsverfahrensgesetz*, Freiburg, 2. A., St. Gallen 2015.
- MARBACH EUGEN, *Das Urheberrecht des Architekten und des Ingenieurs, Das private Baurecht der Schweiz*, 1994, S. 207, (zit.: Baurecht).
- MARBACH EUGEN, *Markenrecht, SIWR III/1*, 2. A., Basel 2009, (zit.: SIWR).
- MARBACH EUGEN, *Die eintragungsfähige Marke*, Bern 1984, (zit.: Marke).
- MARBACH EUGEN, *Rechtsgemeinschaften an Immaterialgütern*, Bern 1987, (zit.: Rechtsgemeinschaften).
- MARBACH EUGEN, *Das neue Markenschutzgesetz: Die Übergangsbestimmungen*, *AJP* 1993, S. 549, (zit.: Übergangsbestimmungen).
- MARBACH EUGEN, in: Marbach/Ducrey/Wild, *Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht*, 4. A., Bern 2017, (zit.: Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht).
- MARCUSE HERBERT, *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt 1972.
- MARKUS ALEXANDER R., in: Hausheer/Walter, *Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung*, Band I, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).

- MARKUS ALEXANDER R, in: Dasser/Oberhammer, Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- MARTIN-ACHARD ALEXANDRE, Y a-t-il lieu d'étendre la protection légale aux modèles d'utilité?, ZSR 53 (1934) II, S. 214.
- MASOUYÉ CLAUDE, Kommentar zur Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, Genf: WIPO, Carl Heymanns, München/Köln 1981.
- MATTER ERWIN, Kommentar zum Bundesgesetz betreffend den Schutz der Fabrik- und Handelsmarken, der Herkunftsbezeichnung von Waren und der gewerblichen Auszeichnung, Zürich 1939.
- MAUERHOFER MARC ANDRÉ, in: Berti et al., Die Rechtstellung des Lizenznehmers im Verletzungsprozess, SSZR – Schriften zum Schweizerischen Zivilprozessrecht, Band Nr. 2, Zürich/St. Gallen 2010.
- MAUGUÉ PIERRE, The international treaties relating to industrial designs, WIPO Symposium on industrial Design Lecture No. 3, Amboise 1990.
- MCCORMICK JULIA, The Effect of TRIPS in the Field of Design Right, EIPR 1997, S. 205.
- MEER MICHAEL A., Das neue Designgesetz – ein Überblick, AJP 2002, S. 935.
- MEER MICHAEL A., Die Kollision von Immaterialgüterrechten; Überschneidung von Urheberrecht, Markenrecht, Designrecht und deren Konsequenzen – eine Untersuchung am Beispiel fiktiver Figuren, ASR Heft 729, Bern 2006, (zit.: Kollision).
- MEIER ISAAK, Zuständigkeit im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht nach Gerichtsstandsgesetz, sic! 2001, S. 377.
- MEIER ISAAK, Die Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes, Zürich 1983, (zit.: Grundlagen).
- MEIER-HAYOZ ARTHUR, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht I., 1. Einleitung umfassend Artikel 1–10 ZGB, Bern 1966, (zit.: BK-ZGB).
- MEIER-HAYOZ ARTHUR/FORSTMOSER PETER, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 11. A., Bern 2012.
- MEINEKE CHRISTIAN, Nachahmungsschutz für Industriedesign im deutschen und amerikanischen Recht – rechtsvergleichende Untersuchung zu einer Schnittstelle im System des deutschen gewerblichen Rechtsschutzes, Heidelberg 1991.
- MEISSER DAVID/ASCHMANN DAVID, Herkunftsangaben und andere geographische Bezeichnungen, SIWR Bd. III/2, 3. Teil, 2. A., Basel 2005, S. 155 ff.
- MEISSER DAVID/BOHREN DANIEL, Perpetuierter Patentschutz durch Formmarken?, SMI 1995, S. 225.
- MELZER THOMAS, Internationales Geschmacksmusterrecht am Scheideweg, GRUR Int. 1991, S. 636, (zit.: Geschmacksmusterrecht).
- MELZER THOMAS, Das Haager Musterabkommen: Vorteile, Grenzen und Zukunft, SMI 1994, S. 43, (zit.: HMA).
- MENN CONRADIN, Internet und Markenschutz, Bern 2003.

- MESTMÄCKER ERNST-JOACHIM/SCHULZE ERICH, Kommentar zum deutschen Urheberrecht unter Berücksichtigung des internationalen Rechts und des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten der EU, Band 5, 2011.
- METZ MARTIN W., Die Pariser Verbandsübereinkunft, Marke und Marketing, SMI, Bd. 28, Bern 1990, S. 369 ff.
- MEURER BERND, Industrielle Ästhetik, Giessen 1983.
- MEYER EMANUEL, Urheberrechtlich geschützte Werke von Arbeitnehmenden und ihre Übertragung auf den Arbeitgeber, § 40, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- MEYER NICOLAS, Der designrechtliche Schutz von Ersatzteilen, Darstellung des EU-Rechts und des Schweizer Rechts, Zürich 2005.
- MÖCKLIN-DOSS ABDREA/SCHNYDER ANTON K., in: Furrer/Girsberger/Müller-Chen, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Internationales Privatrecht, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: CHK-IPRG).
- MÖHRING PHILIPP/NICOLINI KÄTE, Urheberrechtsgesetz, Kommentar, 3. A., München 2014.
- MONDINI ANDREA/BÜRGE STEFAN, Zuordnung der Ergebnisse gemeinsamer Forschung und Entwicklung in der Praxis, sic! 2008, S. 3 ff.
- MOSER ANDRÉ, Prozessieren vor Rekurskommissionen, in: Geiser/Münc, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. III, Prozessieren vor eidgenössischen Rekurskommissionen, Basel 1998, (zit.: Moser A.).
- MOSER ROLF, Zum Schutz technischer Konstruktionszeichnungen in Grossbritannien, GRUR Int. 1986, S. 779.
- MOSIMANN PETER/GRAF THOMAS, in: Bertschinger/Münc/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 961 ff.
- MÜHLSTEIN MICHEL, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- MÜLLER BARBARA, in: Müller/Oertli, Stämpfli Handkommentar, Urheberrechtsgesetz, 2. A., Bern 2012, (zit.: SHK-URG).
- MÜLLER JÜRIG, Unterscheidungskraft, Freihaltebedürfnis, Verkehrsdurchsetzung, Marke und Marketing, SMI Bd. 28, Bern 1990, S. 204, (zit.: Müller J., Marke).
- MÜLLER JÜRIG, Prüfung der Geschmacksmusterfähigkeit durch das Bundesamt für geistiges Eigentum?, SMI 1986, S. 57, (zit.: Müller J., Prüfung).
- MÜLLER JÜRIG, Zum Schutzbereich des Designs, sic! 2001, S. 13, (zit.: Müller J., Schutzbereich).
- MÜLLER JÜRIG, Rechtsfindung im Lauterkeitsrecht, sic! 2003, S. 301, (zit.: Müller J., Lauterkeit).
- MÜLLER JÜRIG, Anmerkungen zum Bundesgerichtsentscheid «Armbanduhren», sic! 2005, S. 27, (zit.: Müller J., Armbanduhren).

- MÜLLER JÜRIG, Anmerkungen zum Handelsgerichtsentscheid «Freitag/Dörr», sic! 2003, S. 730, (zit.: Müller J., Freitag).
- MÜLLER JÜRIG, Zur verstärkten Rechtskraft des Markenregisters, AJP 2007, S. 26, (zit.: Müller J.).
- MÜLLER MATTHIAS P. A./SCHWEIGHOFER FLORIAN, Zivilrechtliche Rechtsbehelfe gegen markenschutzwidrige Kapillarimporte, sic! 2020, S. 339.
- MÜLLER PETER, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- MÜLLER ROLAND, in: Geiser/Wolf, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. A., Basel 2019, (zit.: BSK-ZGB II).
- MÜLLER THOMAS, Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, 2. A., Zürich 2005, (zit.: Müller T.).
- MÜLLER THOMAS, in: Dasser/Oberhammer, Stämpfli Handkommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. A., Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- MÜLLER-CHEN MARKUS/EGGER RAHEL, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- MÜNCH PETER/HERZOG NICOLAS, in: Bertschinger/Münch/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 163 ff.
- MUTTENZER RENÉ, Die Beschränkungen des Urheberrechts zugunsten von Kunst und Wissenschaft, Festschrift 100 Jahre URG, Bern 1983, S. 337.
- MUTTI CHRISTOPH, Patente im Konkursverfahren – einige praktische Hinweise, Jusletter 2. Juli 2007.
- NATHANSON NABARRO, The new british design regime, Managing Intellectual Property, August/September 1991, S. 26.
- NAY GIUSEP, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch II, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB II).
- NEEDLE JACQUIE, Utility or ornament, Copyright world, March 1989, S. 26.
- NEUKOM JOHN U., Mischief in The Hague, EIPR 1995, S. 519.
- NEUMANN CLAUDIA, Design Lexikon Italien, DuMont Buchverlag, Köln 1999, (zit.: Neumann C.).
- NEUMANN ECKHARD, Bauhaus und Bauhäusler, DuMont Buchverlag, Köln 1985.
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER/GFELLER DIEGO R., in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WEISSENBERGER PHILIPPE, Strafverteidigung, Basel 2002.
- NIRK RUDOLF, Gewerblicher Rechtsschutz, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981.
- NIRK RUDOLF, Urheberrecht und angewandte Kunst, FS B. Samson zum 90. Geburtstag, Schriftenreihe der UFITA, Heft 59, Bd. 80, 1977, S. 1, (zit.: angewandte Kunst).
- NIRK RUDOLF/BRUCHHAUSEN KARL, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Düsseldorf 1975.

- NIRK RUDOLF/KURTZE HELMUT, Geschmacksmustergesetz – Taschenkommentar, 2. A., Köln 1997.
- NORDEMANN WILHELM, Stillstand oder Fortschritt? Bemerkungen zur Reform des Urheberrechts in der Schweiz, UFITA 81 (1978), S. 1, (zit.: Stillstand).
- NORDEMANN WILHELM, Entwicklungsland Schweiz?, Festschrift für M.M. Pedrazzini, Bern 1990, S. 629, (zit.: Schweiz).
- NORDEMANN WILHELM, Zur Abgrenzung des Geschmacksmusterschutzes vom Urheberrecht, UFITA 50 (1967), S. 906 – 914, (zit.: Abgrenzung).
- NOTH MICHAEL/VON ARX PATRICK, Was macht neues Design neu? Neuerungen und Unklarheiten im neuen Designgesetz, NZZ vom 21. Juni 2002, S. 15.
- NOVIER MERCEDES, La propriété intellectuelle en droit international privé suisse, Lausanne 1996.
- SCHWEIZER BERNHARD, Unzulänglicher Musterschutz für Textilien, NZZ vom 30/31. August 1992, S. 14.
- OBERHAMMER PAUL, in: Dasser/Oberhammer, Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), Bern 2011, (zit.: SHK-LugÜ).
- OBERHAMMER PAUL, in: Oberhammer/Domej/Haas, Kurzkomentar Schweizerische Zivilprozessordnung, 2. A., Basel 2014, (zit.: KUKO-ZPO).
- OBOLENSKY ANNETTE, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- OELMÜLLER W., Hegels Satz vom Ende der Kunst und das Problem der Philosophie der Kunst nach Hegel, Philosophisches Jahrbuch 73, 1965, S. 75 f.
- OMAN RALPH, Intellectual property after the Uruguay round, ATRIP, July 11 – 13, 1994, S. 114.
- OROU FRANZ-MARTIN, Der Schutz des Industrial Design im deutschsprachigen Raum, Frankfurt a.M. 1997.
- OSTERTAG FRITZ, Das Haager Abkommen, Zürich 1926.
- OTERO LASTRES, Gedanken zur Richtlinie 98/71/EG über den Rechtsschutz von Mustern und Modellen, GRUR Int. 2000, S. 408.
- OTT WALTER, Die unbestrittene Sachlegitimation, SJZ 1982, S. 17.
- PAHUD ERIC, Zur Kritik an der Umwegtheorie, sic! 2004, S. 804.
- PASTOR WILHEM L., Der Schutz von schweizerischen geographischen Kennzeichnungen nach dem deutsch-schweizerischen Vertrag, Sonderdruck der Handelskammer Deutschland-Schweiz vom Februar 1981, ursprünglich erschienen in: Wettbewerb in Recht und Praxis, Nr. 11/1981.
- PATAKY TIBOR SAMUEL, Schutz modischer Muster und Modelle, GRUR 1990, S. 968.
- PATAKY TIBOR SAMUEL, Bericht der Arbeitsgruppe «Muster und Modelle», Protokoll der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung zum Schutz des Geistigen Eigentums vom 13. Juni 1997, Zürich, (zit.: AIPPI).

- PATAKY TIBOR SAMUEL, TRIPS und Designschutz, Bemerkungen zum Beitrag von Annette Kur, GRUR Int. 1995, S. 653, (zit.: TRIPS).
- PEDRAZZINI MARIO M., Neuere Entwicklungen im Urheberrecht des Architekten, Baurecht 1993, S. 3, (zit.: Baurecht).
- PEDRAZZINI MARIO M., Gedanken zur Neuheit, UFITA 42 (1964), S. 262, (zit.: Gedanken).
- PEDRAZZINI MARIO M., Kunst und Recht, St. Gallen 1975, (zit.: Kunst).
- PEDRAZZINI MARIO M., Die Kriterien der Schutzfähigkeit im Urheberrecht, in: Rapports suisses présentés au XIV^{ème} Congrès international de droit comparé, Zürich 1994, S. 109, (zit.: Kriterien).
- PEDRAZZINI MARIO M./HILTI CHRISTIAN, Europäisches und schweizerisches Patent- und Patentprozessrecht, 3. A., Bern 2008, (zit.: Patent- und Lizenzvertrag).
- PEDRAZZINI MARIO M., Möbel, Kunst und Recht, in: Festschrift zum 70. Geburtstag, von R. F. Blum, Zürich 1989, S. 99, (zit.: Möbel).
- PEICHL GUSTAV, Design oder nicht sein, in: Design ist unsichtbar, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.
- PEIFER KARL-NIKOLAUS, Tagungsbericht, Konturen eines europäischen Urheberrechts, Baden-Baden 1996, S. 87.
- PENTHEROUAKIS CHRYSSOULA, Die Umsetzung der Richtlinie 98/71/EG über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen in den EU-Mitgliedstaaten, GRUR Int. 2002, S. 668.
- PEROT-MOREL MARIE-ANGELE, Les principes de protection des dessins et modèles dans les pays du Marché commun, Paris 1968.
- PÉROT-MOREL MARIE-ANGÈLE, Prospects for Unification of the Laws on Designs and Models in the EC, EIPR 1984, S. 129, (zit.: EC).
- PEROT-MOREL MARIE-ANGELE, Les dessins et modèles entre la protection du droit d'auteur et de la propriété industrielle, ALAI 1984, S. 231, (zit.: ALAI).
- PÉROT-MOREL MARIE-ANGÈLE, Specific protection of designs and its relation to protection by copyright in French Law, in: Herman Jehoram, Design Protection, S. 45, (zit.: Herman).
- PEROT-MOREL MARIE-ANGELE, Le system français de la double protection des dessins et modèls industriels; Disegno Internazionale e protezione europea, Convengnio Internazionale Treviso 1988, S. 41, (zit.: System).
- PERRET FRANÇOIS, La délimitation du champ d'application du régime des dessins et modèles industriels envers selon du droit d'auteur, SMI 1983, S. 21, (zit.: Délimitation).
- PERRET FRANÇOIS, La nouvelle loi d'auteur et les droits voisins du 9. Octobre 1992, SJ (Semaine judiciaire) 117 (1995), S. 17, (zit.: Nouvelle loi).
- PERRET FRANÇOIS, L'autonomie du régime de protection des dessins et modèles, Genf 1974, (zit.: L'autonomie).

- PERRIN TELL, *Considérations sur le régime légale des dessins et modèles industriels en Suisse*, Recueil de travaux de la Faculté de droit de l'Université de Neuchâtel, 1929, S. 179.
- PESCE GAETANO, *Der kollektive Schiffbruch*, in: *Design ist unsichtbar*, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.
- PEVSNER NIKOLAUS, *Wegbereiter moderner Formgebung von Morris bis Gropius*, DuMont Buchverlag, Köln 1983, (zit.: *Wegbereiter*).
- PEVSNER NIKOLAUS, *Der Beginn der Modernen Architektur und des Design*, DuMont Buchverlag, Köln 1971, (zit.: *Beginn*).
- PEVSNER NIKOLAUS, *Pioneers of Modern Design*, 4. A., New Haven 2005, (zit.: *Pioneers*).
- PFENNINGER ERNST, *Schutz und Standort der Ausstattung im schweizerischen gewerblichen Rechtsschutz*, Diss. Zürich 1971.
- PFISTER ALEXANDER, in: *David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz*, 3. A., Basel 2016, (zit.: *BSK-MSchG/WSchG*).
- PHILLIPS JEREMY, *International Design Protection: Who Needs It?*, EIPR 1993, S. 431.
- PILLA MARCUS, *Bericht über den derzeitigen Entwicklungsstand der Arbeiten an einer Reform des Haager Musterabkommens*, GRUR Int. 1999, S. 150, (zit.: *Haager Musterabkommen*).
- PILLA MARCUS, *Die Zukunft des Designschutzes in Europa – Musterrecht, Urheberrecht, Wettbewerbsrecht*, GRUR Int. 1998, S. 385, (zit.: *Zukunft*).
- PILLA MARCUS, *Der Schutz von Ersatzteilen zwischen Geschmacksmuster- und Kartellrecht, eine rechtsvergleichende Studie zum italienischen, deutschen und europäischen Recht unter besonderer Berücksichtigung der Schutzrechtsfunktion im Geschmacksmusterrecht*, Diss. Berlin 2000, (zit.: *Ersatzteile*).
- PIQUEREZ GÉRARD, *Les mesures provisoires en procédure civile, administrative et pénale: La procédure pénale*, ZSR 1997, Bd. 116, II. Halbband, S. 1.
- PLAISANT ROBERT, *Das Verhältnis von patent-, geschmacksmuster- und wettbewerbsrechtlichem Schutz für Gegenstände der industriellen Formgebung in Frankreich*, GRUR Int. 1958, S. 269, (zit.: *Verhältnis*).
- PLAISANT ROBERT, *Der Schutz von Werken der angewandten Kunst im französischen Recht*, GRUR Int. 1959, S. 9, (zit.: *angewandte Kunst*).
- PÖHLMANN WOLFGANG/STRASSL PETER/BORNGRÄBER CHRISTIAN, *Möbel als Kunstobjekt*, Universitätsdruckerei und Verlag Wolf und Sohn KG, München 1987, Kulturreferat der Landeshauptstadt München (Hrsg.).
- POPP PETER, in: *Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I*, 4. A., Basel 2019, (zit.: *BSK-StGB I*).
- PORTMANN WOLFGANG, *Zur Änderung der Art. 332 und 332a OR über die Rechte an Erfindungen und anderen immateriellen Gütern im Arbeitsverhältnis*, ARV/DTA 2002, S. 9 ff.
- POSNER BERNHARD, *Proposal for a directive on the legal protection of designs*, International Business Lawyer 1998, S. 80, (zit.: *Proposal*).

- POSNER BERNHARD, Protection of car designs and component and spare part designs under future community law, *International Business Lawyer* 1994, S. 108, (zit.: car designs).
- POUILLET EUGENE, *Traité théorique et pratique des dessins et modèles de fabrique*, 5. A., Paris 1912.
- POUPINET JULIE, in: de Werra, Gilliéron, *Commentaire Romand, Propriété intellectuelle*, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- PRETNAR STOJAN, Die Ware als Grundstein der gewerblichen Schutzrechte und des Urheberrechts, in *Homo Creator*, Festschrift für Alois Troller, Basel/Stuttgart 1976, S. 37.
- PUGATSCH SIGMUND, Die Nachahmung ist durch Nebeneinanderhalten der Muster oder Modelle und nicht im Erinnerungsbild zu beurteilen, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), *Bin-senwahrheiten des Immaterialgüterrechts*, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 199.
- QUACK KARLHEINZ/VIEREGGE RALF, Stellungnahme zum Grünbuch über den rechtlichen Schutz gewerblicher Muster und Modelle, *GRUR* 1992, S. 494.
- RAHLF SYLVIA/GOTTSCHALK ECKART, Neuland: Das nicht eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster, *GRUR Int.* 2004, S. 821.
- RAMS DIETER, Geschmacksmusterschutz – eine Fessel für Designer?, *Form* 72 (1975), S. 34.
- RAPOLD MANUELA/FERRARI-VISCA RETO, Die Widerklage nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung, in: *AJP* 2013, S. 387.
- RASCH MICHAEL., Tausendundeine Anwendungsmöglichkeit für die Blockchain, *NZZ* vom 25. April 2018, S. 27.
- RAU GERHARD, *Antikunst und Urheberrecht*, Berlin 1978.
- RAUBER GEORG, Parallelimporte zwischen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht: Eine Übersicht, in: G. Rauber, *Parallelimporte im Schnittstellenbereich zwischen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht*, Zürich 2000.
- RECHER BERNHARD, *Der Arbeitnehmer als Urheber und das Recht des Arbeitgebers am urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnis*, Diss. Zürich 1975.
- REETZ PETER, in: Spühler/Tenchio/Infanger, *Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (GestG)*, Basel 2001.
- REHBINDER MANFRED, *Schweizerisches Urheberrecht*, 3. A., Bern 2000.
- REHBINDER MANFRED, Die Beschränkungen des Urheberrechts zugunsten der Allgemeinheit in der Berner Übereinkunft, *Festschrift 100 Jahre URG*, Bern 1983, S. 357, (zit.: RBÜ).
- REHBINDER MANFRED, Das neue schweizerische Urheberrecht, *UFITA* 122 (1993), S. 93, (zit.: Das neue URG).
- REHBINDER MANFRED, Das Recht am Arbeitsergebnis, *ZSR* 91 (1972) I, S. 1, (zit.: Arbeitsergebnis).
- REHBINDER MANFRED, Die urheberrechtlichen Nutzungsrechte im Arbeitsverhältnis, *Das Urheberrecht im Arbeitsverhältnis*, Bern 1983, S. 6, (zit.: Arbeitsverhältnis).

- REHBINDER MANFRED/VIGANÒ ADRIANO, Kurzkomentar zum URG, 3. A., Zürich 2008, (zit.: Kurzkomentar).
- REHBINDER MANFRED/ROHNER CHRISTIAN, Zum rechtlichen Schutz der Nachrichtenagenturen am Beispiel der Schweizerischen Depeschagentur, UFITA 139 (1999), S. 123.
- REIMER DIETRICH, Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung des Musterschutzes, GRUR Int. 1982, S. 182, (zit.: Bedeutung Musterschutz).
- REIMER DIETRICH, Ist der heutige Rechtsschutz für die moderne Formgebung in der industriellen Gesellschaft noch zeitgemäss? Ein Beitrag zur Reform des Geschmacksmusterrechts, GRUR 1971, S. 342, (zit.: moderne Formgebung).
- REIMER DIETRICH, Rechtsvergleichende Bemerkungen zur Vertragsfreiheit im Urheberrecht, GRUR Int. 1977, S. 85, (zit.: Bemerkungen).
- REINBOTHE JÖRG, TRIPS und die Folgen für das Urheberrecht, ZUM 1996, S. 735.
- REY HEINZ, Die Grundlagen des Sachenrechts und das Eigentum, Bd. I: Grundriss des schweizerischen Sachenrechts, 3. A., Bern 2007.
- REY HEINZ/WILDHABER ISABELLE, Ausservertragliches Haftpflichtrecht, 5. A., Zürich 2018.
- REY MATTHIAS, Der Gutgläubenserwerb im Immaterialgüterrecht, Bern 2009, (zit.: Rey M.).
- RICHTER HANS, Dada Kunst und Antikunst, Köln 1978.
- RICKETSON SAM, The Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works: 1886–1986 (1987), Centre for Commercial law studies Queen Mary College, London 1987.
- RIEDO CHRISTOPH, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB I).
- RIEDO CHRISTOPH/BONER BARBARA, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch I, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB II).
- RIEHLE GERHARD, Das künftige europäische Musterrecht und die Ersatzteilfrage, EWS Beilage 1 zu Heft 7/1996.
- RIEHLE GERHARD, Das europäische Musterrecht und die «Ersatzteilfrage», EWS 1999, S. 7, (zit.: Ersatzteilfrage).
- RIEHLE GERHARD, EG-Geschmacksmusterschutz und Kraftfahrzeug-Ersatzteile, GRUR Int. 1993, S. 49, (zit.: Ersatzteile).
- RIEHLE GERHARD, Funktion der Marke und europäisches Markenrecht, MarkenR 2001, S. 338, (zit.: Funktion).
- RIEMER HANS MICHAEL, Persönlichkeitsrechte und Persönlichkeitsschutz gemäss Art. 28 ff. ZGB im Verhältnis zum Datenschutz-, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, sic! 1999, S. 103.
- RIEMER HANS MICHAEL, Die Einleitungsartikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 2. A., Bern 2003, (zit.: Einleitungsartikel).
- RIGA ADINA, Innovationen heute?, in: Design ist unsichtbar, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.

- RIGAMONTI CYRILL P., Die Schweiz und das materielle Recht der Patentverletzung in Europa, *sic!* 2014, S. 237.
- RIGAMONTI CYRILL P., Providerhaftung – auf dem Weg zum Urheberverwaltungsrecht?, *sic!* 2016, S. 117, (zit.: Providerhaftung).
- RIGAMONTI CYRILL P./WULLSCHLEGER MARC, Zur Teilnahme an Urheberrechtsverletzungen, *sic!* 2018, S. 48.
- RITSCHER MICHAEL, Der Schutz des Design, Bern 1986.
- RITSCHER MICHAEL, Das schweizerische Muster- und Modellrecht nach hundert Jahren, ein Anachronismus?, *GRUR Int.* 1988, S. 418, (zit.: Anachronismus).
- RITSCHER MICHAEL, Anmerkungen zum Entscheid Lego III, *sic!* 2003, S. 902, (zit.: Lego).
- RITSCHER MICHAEL, Probleme beim Rechtsschutz des Designs, *NZZ* vom 30. Oktober 1991, S. 70, (zit.: Probleme).
- RITSCHER MICHAEL, Markenschutz durch Wettbewerbsrecht – Wettbewerbsschutz durch Markenrecht, *Marke und Marketing, SMI* Bd. 28, Bern 1990, (zit.: Markenschutz).
- RITSCHER MICHAEL, Gedanken zur Revision des Schweizer Muster-/Modellgesetzes, Aktuelle Herausforderungen des geistigen Eigentums, Festgabe Friedrich-Karl Beier zum 70. Geburtstag, Joseph Strauss (Hrsg.), Heymann Verlag, Köln 1996, S. 493, (zit.: Gedanken).
- RITSCHER MICHAEL, Der strafrechtliche Schutz des geistigen Eigentums und des lautereren Wettbewerbs, *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht*, Bd. 116, 1998, S. 26, (zit.: Strafrechtlicher Schutz).
- RITSCHER MICHAEL, Bericht über das Ringberg-Symposium «Europäisches Musterrecht» (Juli 1990), *GRUR Int.* 1990, S. 559, (zit.: Bericht).
- RITSCHER MICHAEL, Weichenstellung beim urheberrechtlichen Schutz von Gebrauchsgobjekten, *sic!* 2020, S. 545, (zit.: Weichenstellung).
- RITSCHER MICHAEL/BEUTLER STEPHAN, Der Schutzvermerk im Immaterialgüterrecht, *sic!* 1997, S. 540.
- RITSCHER MICHAEL/LUSTENBERGER MARCEL, Die Schutzschrift – zulässiges Verteidigungsmittel oder verpönte Einflussnahme?, *AJP* 1997, S. 515.
- RITSCHER THOMAS/RITSCHER MICHAEL, Der fiktive Fachmann als Massstab des Nichtnahe liegens, In *Kernprobleme des Patentrechts, Festschrift zum einhundertjährigen Bestehen eines eidgenössischen Patentgesetzes*, Bern 1988.
- RITSCHER MICHAEL/SCHRAMM PETER, Praxisänderung in Deutschland zum urheberrechtlichen Schutz von Werken der angewandten Kunst, *sic!* 2014, S. 303.
- RIZVI SALIM S., in: David, Frick, *Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz*, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- ROBERTO VITO, Schadenersatz, Gewinnabschöpfung und Bereicherungsanspruch bei Immaterialgüterrechtsverletzungen, in: *sic!* 2008 Sondernummer, S. 23 ff.
- ROHNER THOMAS/LERCH MATTHIAS, in: Oetiker/Weibel, *Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen*, 2. A., Basel 2016, (zit.: BSK-LugÜ).

- ROMERIO FLAVIO, in: Müller/Wirth, Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, 2. A., Zürich 2005.
- ROSENTHAL DAVID, Das auf unerlaubte Handlungen im Internet anwendbare Recht am Beispiel des Schweizer IPR, in: AJP 1997, S. 1344.
- ROSENTHAL DAVID, Zivilrechtliche Haftung von Internet-Providern für Unrecht Dritter; sic! 2006, S. 511 ff., (zit.: Haftung).
- ROTELLI ETTORE/SCARZELLA PATRIZIA, In defence of Design, Mailand 1991.
- RUBLI DOMINIK, in: Bertschinger/Münch/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 737 ff.
- RÜEDE THOMAS, Schweizerisches Patentrecht: Entscheide von 1956-1995, Zürich 1996.
- RÜETSCHI DAVID, Die Verwirkung des Anspruchs auf vorsorglichen Rechtsschutz durch Zeitablauf, sic! 2002, S. 416.
- RÜETSCHI DAVID, Die Einfuhr markenverletzender Ware zum privaten Gebrauch (Art. 13 Abs. 2^{bis} MSchG) – Rechtsfolgen einer atypischen Verletzungshandlung, sic! 2010, S. 475 ff., (zit.: Einfuhr Privatgebrauch).
- RÜETSCHI DAVID, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- RUFF MICHAEL, Produktdesign – Marktchancen und Rechtsschutz, Mitteilungen der deutschen Patentanwälte, Februar 1987, S. 21.
- RUGGLE PETER, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- RUISENAARS HEIJO E., Neue Entwicklungen im Muster – und Markenrecht der Benelux Länder, GRUR Int. 1992, S. 505, (zit.: Neue Entwicklungen).
- RUISENAARS HEIJO E., Die Zukunft des Designschutzes in Europa aus der Sicht des französischen und des Benelux-Rechts, GRUR Int. 1998, S. 378, (zit.: Zukunft).
- RUNDE SABINE, Möbel, Zeitgenössisches deutsches Kunsthandwerk, 5. Triennale 1990/91, Prestel Verlag, München 1990, S. 11.
- SABBADINI FABIO, Werbung für Waren und Dienstleistungen durch nicht autorisierte Händler, sic! 2000, S. 770.
- SAMSON BENVENUTO, Die moderne Kunst, die Computer-«Kunst» und das Urheberrecht, UFITA 56 (1970), S. 126.
- SAUBER THOMAS, Missbräuchliche Inanspruchnahme der Zollverwaltung bei Parallelimporten, am Beispiel des Parfum- und Kosmetikmarktes, SMI 1996, S. 23 ff.
- SCHAI DAMIAN, Vorsorglicher Rechtsschutz im Immaterialgüterrecht, Diss. Basel 2010.
- SCHAEFER STEFAN, Internationales Patent-, Muster- und Marken-Recht, 7. A., Köln 2013.
- SCHENK UELI, Der urheberrechtliche Werkbegriff unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der «Neuen Musik», Diss. Zürich 1977.
- SCHUCHER ANTOINE, L'état de la technique – la nouveauté, in: Kernprobleme des Patentrechts, Festschrift zum einhundertjährigen Bestehen eines eidgenössischen Patentgesetzes, Bern 1988, S. 256.

- SCHICKEDANZ WILLI, Nationale und internationale Geschmacksmusteranmeldung, Weinheim 1985.
- SCHIMANN PETER/FRANZOSI MARIO, Neue Wege des Designschutzes in Italien, GRUR Int. 1994, S. 472.
- SCHLAEPI PIERRE-ALEXANDRE, Notion de l'art appliqué et sa protection en droit d'auteur suisse, Lausanne 1994.
- SCHLOSSER RALPH, Les conditions d'octroi des mesures provisionnelles en matière de propriété intellectuelle et de concurrence déloyale, sic! 2005, S. 339.
- SCHLOSSER RALPH, in: Clément/Vulliemin, la protection des secrets économiques, CEDIDAC Band Nr. 84, Entreprise et propriété intellectuelle, Travaux de la journée d'étude organisée à l'Université de Lausanne le 3 juin, Neuchatel, (zit.: protection).
- SCHLOSSER RALPH, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- SCHLOSSER RALPH, La péremption en matière de signes distinctifs, sic! 2006, S. 549, (zit.: Péremption).
- SCHLÖTELBURG MARTIN, Musterschutz an Zeichen, GRUR 2005, S. 123.
- SCHLUEP WALTER R., Neues Markenrechtsgesetz und Kartellgesetz, sic!1997, S. 16.
- SCHLUEP WALTER R., Wirtschaftsrechtliche Punktationen zum Verhältnis wettbewerbsrechtlicher Normen (am Beispiel der Nachahmung fremder Leistung), Rechtskollisionen, Festschrift für Anton Heini zum 65. Geburtstag, Zürich 1995, (zit.: Punktationen).
- SCHLUND WULF, Design: Funktionalität, Ästhetik, Kaufentscheid, Markenartikel 2/1987, S. 74.
- SCHMID JÜRIG, in: Geiser/Wolf, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. A., Basel 2019, (zit.: BSK-ZGB II).
- SCHMID HANS, Negative Feststellungsklage, AJP 2002, S. 774, (zit.: Schmid H.).
- SCHMID NIKLAUS, Strafprozessrecht, eine Einführung auf der Grundlage des Strafprozesses des Kantons Zürich und des Bundes, 4. A., Zürich 2004, (zit.: Strafprozessrecht).
- SCHMID NIKLAUS/JOSITSCH DANIEL, Handbuch des schweizerischen Strafprozessrechts, 3. A., Zürich 2017.
- SCHMID NIKLAUS, Strafbarkeit des Unternehmens: die prozessuale Seite, Recht 2003, S. 223 ff., (zit.: Strafbarkeit des Unternehmens).
- SCHMIDT RAINER, Urheberrecht und Vertragspraxis des Grafik-Designers, Braunschweig 1983.
- SCHMIDT-GABAIN FLORIAN, Die Passivlegitimation bei Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen nach Art. 62 Abs. 1 lit. a und b URG – insbesondere bei Urheberrechtsverletzungen im Internet, sic! 2017, S. 451 ff.
- SCHMIDT-GABAIN, FLORIAN, Noch einmal zur Passivlegitimation bei Urheberrechtsverletzungen – eine kurze Entgegnung auf den Beitrag von Rigamonti/Wullschleger in sic! 2/2018; sic! 2018, S. 302 ff., (zit.: Entgegnung).

- SCHMIEDER HANS-HEINRICH, Geistige Schöpfung als Auswahl und Bekenntnis. Neue Thesen zum urheberrechtlichen Werkbegriff im Hinblick auf maschinelle Kunstprodukte, UFITA 52 (1968), S. 107.
- SCHNYDER ANTON K./LIATOWITSCH MANUEL, Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht, 4. A., Zürich 2017.
- SCHÖNENBERG WALTER, Das Bauhaus: Schmelztiegel der Kreativität, «Der Bund» vom 17. Februar 1995, S. 7.
- SCHÖNHERR FRITZ, Zur Begriffsbildung im Immaterialgüterrecht, Festschrift für Alois Troller, Basel/Stuttgart 1976, S. 57.
- SCHOTT MARKUS, in: Niggli/Uebersax/Wiprächtiger/Kneubühler, Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. A., Basel 2018, (zit.: BSK-BGG).
- SCHRAMM CARL, Grundlagenforschung auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrecht, Berlin/Köln 1954.
- SCHRAUBE CONRAD, Der Schutz der «Kleinen Münze» im Urheberrecht, UFITA 61 (1971), S. 127.
- SCHRICKER GERHARD, Fragen der Unionspriorität im Patentrecht, GRUR Int. 1967, S. 85, (zit.: Unionspriorität).
- SCHRICKER GERHARD, Harmonisation of Copyright in the European Economic Community, IIC 1989, S. 466, (zit.: Harmonisation).
- SCHRICKER GERHARD, Abschied von der Gestaltungshöhe im Urheberrecht, in: Wanderer zwischen Musik, Politik und Recht, Festschrift für Reinhold Kreile zum 65. Geburtstag, Hrsg. Becker/Lerche/Mestmäcker, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1994, S. 715–721, (zit.: Abschied).
- SCHRICKER GERHARD, Farewell to the “Level of Creativity” in German Copyright Law, IIC 1995, S. 41, (zit.: Farewell).
- SCHRICKER GERHARD/DIETZ ADOLF/BASTIAN EVA-MARINA, Konturen eines europäischen Urheberrechts, Baden-Baden 1996.
- SCHRICKER GERHARD/LOEWENHEIM ULRICH, Urheberrecht, Kommentar, 5. A., München 2017.
- SCHUBARTH MARTIN, Die Wiedereinsetzung in den früheren Stand gemäss Art. 47 und 48 des schweizerischen Patentgesetzes (PatG), SJZ 1987, S. 161.
- SCHULZE GERNOT, Werturteil und Objektivität im Urheberrecht, GRUR 1984, S. 400.
- SCHULZE GERNOT, Die kleine Münze und ihre Abgrenzungsproblematik bei den Werkarten des Urheberrechts, Freiburg i. Br. 1983, (zit.: Die kleine Münze).
- SCHWANDER IVO, Einführung in das internationale Privatrecht: Besonderer Teil, Bd. II, St. Gallen 1998.
- SCHWANDER IVO, Art. 114 ZGB und Scheidungsklagen im Ausland bzw. Massnahmen in der Schweiz, in: AJP 2006, S. 608 ff., (zit.: AJP).

- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, Abstrakte Gefahr als Erfolg im Strafanwendungsrecht – ein leading case zu grenzüberschreitenden Internetdelikten, sic! 2001, S. 240 ff., (zit.: Internetdelikte).
- SCHWEIZER MARK, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- SCHWEIZER MARK, Zivilrechtliches Verschulden bei der Verletzung von Schutzrechten, sic! 2015, S. 1 ff., (zit.: Verschulden).
- SCHWENNINGER MARC, Zur Frage eines Bestimmungsrechts über die vervielfältigten Werkexemplare im schweizerischen Urheberrecht, Bern 1999.
- SCORDAMAGLIA VINCENZO, Vers une protection communautaire des dessins et modèles industriels, Revue du marché Commun et de l'union Européenne, 1992, S. 250 ff.
- SCORDAMAGLIA VINCENZO, in: Franzosi, European Design Protection, Commentary To Directive And Regulation Proposals, The Hague, 1996, (zit.: Commentary).
- SECRETAN HUBERT, La protection des dessins et modèles industriels et des oeuvres d'art appliqué aux Etats-Unis et en Suisse, Diss. Lausanne 1964.
- SEETHALER FRANK/PORTMANN FABIA, in: Waldmann/Weissenberger, Praxiskommentar Verwaltungsverfahrensgesetz, Freiburg, St. Gallen 2015, 2. A.
- SEEL GERHARD, Jeder ein Künstler?, Kunst in der Exklusivität oder «Jeder ein Künstler»?., Universität Bern, Peter Lang Bern u.a. 1991, S. 60.
- SELLE GERT, Geschichte des Design in Deutschland, Frankfurt/New York 1994.
- SELLE GERT, Die Geschichte des Design in Deutschland von 1870 bis heute – Entwicklung der industriellen Produktkultur, 3. A., Köln 1981, (zit.: Geschichte).
- SEMADENI THOMAS, Erschöpfungsgrundsatz im Urheberrecht, Bern 2004.
- SENN MISCHA CHARLES, Rechte an «Schriften», sic! 2003, S. 191 ff.
- SHERWOOD-EDWARDS MARK, The redundancy of originality, IIC 1994, S. 658.
- SIEGENTHALER G., Der Schutz des Kunstgewerbes, Diss. Basel 1935.
- SIMON JÜRIG, Formmarke und Design, in: Neueste Entwicklungen im europäischen und internationalen Immaterialgüterrecht, Baudenbacher/Simon (Hrsg.), Basel etc. 2000, S. 145 ff., (zit.: Formmarke und Design).
- SIMON JÜRIG, in: Schweizer/Zech, Stämpfli Handkommentar, Patentgesetz, Bern 2019, (zit.: SHK-PatG).
- SIMON JÜRIG, Die Ursprungsregeln im WTO-Recht, Aktuelle Probleme des Europäischen und Internationalen Wirtschaftsrechts, Bd. I, 1998, S. 409 ff., (zit.: Ursprungsregeln).
- SLEVEN PAUL J./WEISBERG ERIC J., GATT Implementation Bill restores Copyright in foreign works, Journal of the copyright Society of the USA, Vol. 42, No. 3, Spring 1995, S. 272 f.
- SOLDATI FABIO, in: Kellerhals/von Werdt/Güngerich, Gerichtsstandsgesetz: Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, 2. A., Bern 2005.
- SPEYART HERMAN M.H., The Grand Design, An Update on the E.C. Design Proposals, EIPR 1997, S. 603 ff.

- SPITZ PHILIPPE, in: Jung/Spitz, Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 2. A., Bern 2016, (zit.: SHK-UWG).
- SPOENDLIN KARL, Zur Behandlung immaterieller Arbeitsergebnisse im Arbeits- und Auftragsverhältnis, Festschrift für Frank Vischer, Zürich 1983, S. 727.
- SPRECHER THOMAS, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- SPÜHLER KARL, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (GestG), Basel 2001.
- SPÜHLER KARL/RODRIGUEZ RODRIGO, Internationales Zivilprozessrecht, 2. A., Zürich 2013.
- STAUB ROGER, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- STAUB ROGER, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- STAUB ROGER/OBOLENSKY ANNETTE/JERMANN ANDREAS, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- STAEHELIN ALESCH, Das TRIPS-Abkommen: Immaterialgüterrechte im Licht der globalisierten Handelspolitik, 2. A., Bern 1999.
- STAEHELIN ADRIAN/STAEHELIN DANIEL/GROLLIMUND PASCAL, Zivilprozessrecht – Unter Einbezug des Anwaltsrechts und des internationalen Zivilprozessrechts, 2. A., Zürich 2013.
- STAEHELIN ERNST/SCHWEIZER SILVIA, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf, 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- STEGER MIRJAM/PROBST FRANZ, Rechte an Entwicklungen des Arbeitnehmers, § 14, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- STIEGER WERNER, Das Urheberrecht schützt nur die Form, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 243.
- STIEGER WERNER, Zur Zuordnung der Rechte an immateriellen Arbeitsergebnissen nach schweizerischem Recht ..., Festschrift für Dr. Rudolf E. Blum, Zürich 1990, S. 140, (zit.: Zuordnung).
- STIEGER WERNER, Verjährung und Verwirkung im Immaterialgüterrecht, AJP 1993, S. 626 ff., (zit.: Verjährung).
- STIEGER WERNER, in: Bertschinger/Münch/Geiser, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. VI Patentrecht, Basel 2002, S. 361 ff., (zit.: Patentrecht).
- STOCKMAIR WILFRIED, The protection of technical innovations and designs in Germany, 2. A., Weinheim 2001.
- STONE DAVID, European Union Design Law, A Practitioner's Guide, 2. A., Oxford 2016.

- STRATENWERTH GÜNTER/JENNY GUIDO/BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil I, 7. A., Bern 2010.
- STRAUB WOLFGANG, Individualität als Schlüsselkriterium des Urheberrechts, GRUR Int. 2001, S. 1, (zit.: Straub W.).
- STRAUB WOLFGANG, Mehrfache Berechtigung an Marken, Bern 1998, (zit.: Straub W., Marken).
- STREULI-YOUSSEF MAGDA, Die Formmarke, in: Marke und Marketing, SMI 1990, S. 47 ff.
- STREULI-YOUSSEF MAGDA, Lauterkeitsrecht, SIWR V/1, Basel 1998, S. 170, (zit.: SIWR).
- STREULI-YOUSSEF MAGDA, Bedeutung des Fusionsgesetzes für die IP-Welt?, sic! 2004, S. 610, (zit.: Fusionsgesetz).
- STROBEL EVA-MARIA, Yes, you can! Zuständigkeit für Klagen bei der Verletzung von Unionsmarken, sic! 2020, S. 302.
- STRÖMHOLM STIG, Was bleibt vom Erbe übrig?, GRUR Int. 1989, S. 15, (zit.: Erbe).
- STRÖMHOLM STIG, Spielraum, Originalität oder Persönlichkeit? Das Urheberrecht vor einer Wegwahl, GRUR Int. 1996, S. 529, (zit.: Spielraum).
- STOWEL ALAIN, Droit d'auteur et copyright. Divergences et convergences. Etude du droit comparé, Brüssel 1993.
- STRUNKMANN-MEISTER KARL E., Gegenseitiges Verhältnis von Geschmacksmusterschutz und Urheberschutz, rechtsvergleichend nach deutschem und schweizerischem Recht, de lege lata und de lege ferenda, Diss. Basel 1967.
- STRUNKMANN-MEISTER KARL E., Systematische Betrachtungen zum Neuheitsbegriff und Geschmacksmusterrecht, UFITA 58 (1970), S. 13, (zit.: Neuheitsbegriff).
- STRUNKMANN-MEISTER KARL E., Leistungsschutz und Industrieform, UFITA 66 (1973), S. 63, (zit.: Leistungsschutz).
- STUMPF AXEL, Das Kaufhaus des Ostens stellt sich vor, Kunstforum International, Band 82 (1986).
- STUTZ ROBERT M., Individualität, Originalität oder Eigenart? Schutzvoraussetzungen des Design, Diss. Bern 2002.
- STUTZ ROBERT M., Das originelle Design: eigenartig genug um individuell zu sein?, sic! 2004, S. 1, (zit.: Design).
- STUTZ ROBERT M., Designverletzungen, § 38, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020, (zit.: IP-Handbuch).
- STUTZ ROBERT M., International design law policies: present and future, in: Research Handbook on Design Law, Henning Hartwig, 2021, (zit.: Research Handbook).
- STUTZ ROBERT M./BEUTLER STEPHAN, Mit dem Menschenknochen in der Hand: Rechtliche Grenzen provokativer Werbung am Beispiel der Benetton-Kampagne, Marketing und Kommunikation, Jahrbuch 1999, S. 15.
- STUTZ ROBERT M./HOTTINGER MARC, Wem gehören die Arbeitnehmer-Designs?, sic! 2019, S. 471.

- STUTZ ROBERT M./SCHINDLER KATHRIN, Der urheberrechtliche Schutz und seine Schranken bei Werken der Baukunst, RECHT 1995, S. 69.
- SUTHERSANEN UMA, Design law in the European Union, Sweet & Maxwell, London 2000.
- SUTHERSANEN UMA, Who owns industrial design in Europe?, Managing Intellectual Property, Juni 1993, S. 23, (zit.: Design in Europe).
- SUTTER THOMAS, Voraussetzungen der Haftung bei Verletzung der Persönlichkeit nach Artikel 49 des revidierten Obligationenrechtes, BJM 1991, S. 1.
- SUTTER-SOMM THOMAS/GUT NICOLAS, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- SUTTER-SOMM THOMAS/KLINGLER RAFAEL, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- SYNIUGA MICHAEL/KASTNER BERND, Strafe für Rebellion, Möbel als Kunstobjekt, Universitätsdruckerei und Verlag Wolf und Sohn KG, München 1987, Kulturreferat der Landeshauptstadt München (Hrsg.), S. 102.
- SZABO STEFAN, SWISS ARMY CHEESE/Bemerkungen zum Entscheid der Eidgenössischen Rekurskommission für geistiges Eigentum vom 25. September 2002, sic! 2003, S. 274 ff.
- TENCHIO LUCA, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- THOMAS KARIN, Bis heute: Stilgeschichte der bildenden Kunst im 20. Jahrhundert, 12. A., Köln 2004.
- THORNE CLIVE, The Containment of Copyright: Pig Fenders and design right protection in the UK, Copyright World, April 1993, S. 33.
- THOUVENIN FLORENT, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- THOUVENIN FLORENT/DORIGO LARA, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- THUM DOROTHEE, Harmonisierung des Urheberrechts in Europa (Diskussionsbericht Fachgruppe), GRUR Int. 1997, S. 33.
- TIEFENHALTER STEFAN, in: Czernich/Kodek/Mayr, Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsrecht, 4. A., Wien 2015.
- TRECHSEL STEFAN/BERTOSSA CARLO, in: Trechsel/Pieth, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 3. A., Zürich 2017.
- TRECHSEL STEFAN/JEAN-RICHARD-DIT-BRESSEL MARC, in: Trechsel/Pieth, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 3. A., Zürich 2017.
- TRECHSEL STEFAN/PIETH MARK, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 3. A., Zürich 2017.
- TROLLER ALOIS, Immaterialgüterrecht, Band 2, Basel/Frankfurt 1983 und 1985, (zit.: Troller A.).

- TROLLER ALOIS, Die Beziehung des Urheber- und des Muster- und Modellrechts, SMI 1983, S. 7, (zit.: Troller A., SMI).
- TROLLER ALOIS, Kunstgewerbe und Geschmacksmuster, GRUR 1949, S. 167, (zit.: Troller A., GRUR).
- TROLLER ALOIS, Probleme des Urheberrechtsschutzes von Werken der Baukunst, SIA Dokumentation, S. 45, (zit.: Troller A., SIA).
- TROLLER ALOIS, Die Bedeutung der statistischen Einmaligkeit im urheberrechtlichen Denken, Festschrift für Max Kummer, Bern 1980, S. 265, (zit.: Troller A., Bedeutung).
- TROLLER ALOIS, Originalität und Neuheit der Werke der Literatur und Kunst und der Geschmacksmuster, in: Hodeige (Hrsg.), Das Recht am Geistesgut, Festschrift für Walter Rappert, Freiburg i. Ü. 1964, S. 269, (zit.: Troller A., FS Hodeige).
- TROLLER ALOIS, Das Muster, das Enfant Terrible des Immaterialgüterrechts, Il diritto di autore 1979, S. 717, (zit.: Troller A., enfant terrible).
- TROLLER ALOIS, Der Mindestschutz der Berner Übereinkunft im Verhältnis zum Schutzzumfang im geltenden und geplanten schweizerischen nationalen Urheberrecht, Festschrift 100 Jahre Berner Übereinkunft, Bern 1986, S. 143, (zit.: Troller A., Berner Übereinkunft).
- TROLLER ALOIS, Das schweizerische Muster- und Modellrecht, Mitt. 1948, S. 98, (zit.: Troller A., Mitteilung).
- TROLLER ALOIS, Neuheit, Originalität und Vorprüfung im Muster- und Modellrecht, GRUR Int. 1983, S. 608, (zit.: Troller A., Neuheit).
- TROLLER ALOIS, Der gute Glaube im gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, SJZ 1950, S. 181, (zit.: Troller A., SJZ).
- TROLLER ALOIS/TROLLER PATRICK, Kurzlehrbuch des Immaterialgüterrechts, Basel 1989.
- TROLLER KAMEN, Grundzüge des Schweizerischen Immaterialgüterrechts, 2. A., Basel 2005, (zit.: Troller K.).
- TROLLER KAMEN, Manuel du droit suisse des biens immatériels, Band I und II, 2. A., Basel 1996, (zit.: Troller K., Manuel).
- TROLLER KAMEN, Vorbenützung heisst Erstbenützung, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 163, (zit.: Troller K., Binsenwahrheiten).
- TROLLER KAMEN/WIDMER THOMAS, in: de Werra, Gilliéron, Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013, (zit.: CR-PI).
- TROLLER PATRICK, Zum Schutz «technisch bedingter» Formen als Modelle, Ausstattungen oder Formmarken, in Festschrift zum 70. Geburtstag von R. F. Blum, Zürich, 1989, S. 163, (zit.: Troller P., Technisch bedingte Formen).
- TROLLER PATRICK, Reine Formmarken haben bezüglich der Form einen weiteren Schutzzumfang als kombinierte Formmarken, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, (zit.: Troller P.).
- TROLLER PATRICK, Kollisionen zwischen Firmen, Handelsnamen und Marken, Bern 1980, (zit.: Troller P., Kollisionen).

- TURNER BRIAN, A true design right: C & H Engineering v. F. Klucznik & Sons, EIPR 1993, S. 24.
- UBERTAZZI LUIGI CARLO, Das schweizerische URG von 1992, UFITA 124 (1994), S. 61.
- UCHTENHAGEN ULRICH, Neue technische Verfahren zum Festhalten und ..., UFITA 114 (1990), S. 19.
- UCHTENHAGEN ULRICH, Die wirtschaftliche Bedeutung des Urheberrechts, SMI 1987, S. 207, (zit.: wirtschaftliche Bedeutung).
- UHLMANN FELIX/WÄLLE-BÄR SIMONE, Praxiskommentar Verwaltungsverfahrensgesetz, Freiburg/St. Gallen 2015, 2. A.
- ULMER EUGEN, Gedanken zur schweizerischen Urheberrechtsreform, Homo Creator, Festschrift für Alois Troller, Basel/Stuttgart 1976, S. 189, (zit.: Gedanken).
- ULMER EUGEN, Der Schutz der industriellen Formgebung, GRUR Int. 1959, S. 1, (zit.: Industrielle Formgebung).
- ULMER EUGEN, Der urheberrechtliche Werkbegriff, GRUR 1968, S. 527, (zit.: Werkbegriff).
- ULMER EUGEN, Urheber- und Verlagsrecht, 3. A., Berlin 1980, (zit.: Urheberrecht).
- VAN NIEUWENHOVEN HELBACH E. A., Design Protection and Patent Law, trademark law and the law of article 1401 civil code in Benelux and Dutch Law, in: Cohen Jehoram Herman, Design protection, Leiden 1976, S. 5.
- VEELKEN WINFRIED, Schutzgegenstand und materielle Schutzvoraussetzungen im europäischen Geschmacksmusterrecht, Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, Band 98 (1999), H. 4, S. 313 ff.
- VETTER MEINRAD, Checkliste Unterlassungs- und Beseitigungsklage, § 50, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- VINJE THOMAS C., The new WIPO Copyright Treaty: a happy result in Geneva, EIPR 1997, S. 230.
- VISCHER FRANK/..., in: Girsberger et al., Zürcher Kommentar zum IPRG, 2. A., Zürich 2004, (zit.: ZK-IPRG).
- VISCHER MARKUS/HOFMANN DIETER, Vorsorgliche Massnahmen im Zusammenhang mit Generalversammlungen im Lichte der Rechtsprechung, in: SZW 5/2016, S. 503 ff.
- VOCK DOMINIK, in: Leuenberger, Pfister-Liechti, Das Gerichtsstandsgesetz, Bern 2001.
- VOCK DOMINIK, in: Spühler/Aemisegger/Dolge/Vock, Bundesgerichtsgesetz, 2. A., Winterthur, Lausanne, Schaffhausen, Zürich 2013, (zit.: Bundesgerichtsgesetz).
- VOCK DOMINIK/NATER CHRISTOPH, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel, 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- VOGEL OSCAR, Besonderheiten des Immaterialgüterrechtsprozesses im Lichte der neueren Rechtsprechung, SMI 1993, S. 27.
- VOGT HANS-UELI, Sonderzivilrecht für Immaterialgüter – dargestellt anhand der vermögensrechtlichen Folgen von Immaterialgüterrechtsverletzungen, Recht 1997, S. 231 ff.

- VOGT HANS-UELI, Der öffentliche Glaube des Handelsregisters, Zürich 2003, (zit.: Öffentlicher Glaube).
- VOLKEN BERNARD, Jusletter vom 13. März 2006, Jusletter vom 13. Juni 2006.
- VOLKEN BERNARD, in: David, Frick, Basler Kommentar, Markenschutzgesetz Wappenschutzgesetz, 3. A., Basel 2016, (zit.: BSK-MSchG/WSchG).
- VOLKEN BERNARD, Die Abmahnung, § 29, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020, (zit.: IP-Handbuch).
- VOLKEN BERNARD, Requirements for design protection: global commonalities, in: Research Handbook on Design Law, Henning Hartwig, 2021, S. 2 ff., (zit.: Research Handbook).
- VOLKEN PAUL/..., in: Girsberger et al., Zürcher Kommentar zum IPRG, 2. A., Zürich 2004, (zit.: ZK-IPRG).
- VON BÜREN ROLAND, Überschneidungen zwischen Markenschutz und Urheberrecht, in: Mélanges Joseph Voyame, Lausanne 1989, S. 21, (zit.: Überschneidungen).
- VON BÜREN ROLAND, Zum Stand der Totalrevision des schweizerischen Urheberrechts, MuR International 1986, Schweiz, S. 1, (zit.: Stand).
- VON BÜREN ROLAND, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, ZSR 112 (1992) I, S. 193, (zit.: ZSR).
- VON BÜREN ROLAND, Gedanken zum Werkbegriff in der Praxis des Bundesgerichts und im Entwurf für eine Totalrevision des schweizerischen Urheberrechtsgesetzes, GRUR Int. 1985, S. 385, (zit.: Werkbegriff).
- VON BÜREN ROLAND, Der Werkbegriff, SIWR Bd. II/1, 1. Teil, 3. A., Basel 2014, (zit.: SIWR).
- VON BÜREN ROLAND, Der Lizenzvertrag, SIWR Bd. I/1, 2. A., Basel 2002, (zit.: Lizenzvertrag).
- VON BÜREN ROLAND, Der Übergang von Immaterialgüterrechten, SIWR Bd. I/1, 2. A., Basel/Frankfurt a.M. 2002, (zit.: Übergang).
- VON BÜREN ROLAND/MARBACH EUGEN, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, 2. A., Bern 2002.
- VON GAMM OTTO-FRIEDRICH, Urheberrechtsgesetz, Kommentar, München 1968.
- VON GAMM OTTO-FRIEDRICH, Das Gemeinschaftsmuster, Festschrift für Alfred-Carl Gaedertz zum 70. Geburtstag, München 1992, S. 197, (zit.: Gemeinschaftsmuster).
- VON GAMM OTTO-FRIEDRICH, Entwicklungen und Reformvorschläge zum Geschmacksmusterrecht, GRUR 1985, S. 889, (zit.: Entwicklungen).
- VON GAMM OTTO-FRIEDRICH, Geschmacksmustergesetz, Kommentar, 2. A., München 1989, (zit.: Geschmacksmustergesetz).
- VON GRAFFENRIED CHRISTOPH, Vermögensrechtliche Ansprüche bei Urheberrechtsverletzungen, AJP 1993, 599, (zit.: Von Graffenried C.).
- VON GRAFFENRIED RUDOLF, Grundlagen und gegenseitiges Verhältnis der Normen des gewerblichen Rechtsschutzes, Diss. Bern 1952, (zit.: Von Graffenried R.).

- VON LEWINSKI SILKE, Das europäische Grünbuch über das Urheberrecht und neue Technologien, GRUR Int. 1995, S. 831, (zit.: Grünbuch).
- VON LEWINSKI SILKE, Urheberrecht als Gegenstand des internationalen Wirtschaftsrechts, GRUR Int. 1996, S. 630, (zit.: Urheberrecht).
- VON PILGRIM VOLKER, Der urheberrechtliche Schutz der angewandten Formgestaltung, Diss. Frankfurt a.M. 1971.
- WAGNER M., L'oeuvre crée en exécution d'un contrat, Diss. Lausanne 1978.
- WALLACE WILLIAM, Design Protection in the UK, Herman Jehoram: Design Protection, Leiden 1976, S. 39.
- WALTER GERHARD, Internationales Zivilprozessrecht der Schweiz, 5. A., Bern 2012, (zit.: Walter G.).
- WALTER MICHAEL, Anmerkung zu den Entscheidungen OGH 10.7.1984 und 19.12.1989 Mart Stam – Stuhl I und II und OGH 5.11.1991 Le Corbusier Liege, Medien und Recht (International) 1992, S. 31.
- WALTHER ROLAND, Das Prioritätsrecht nach Art. 4 PVÜ, unter besonderer Berücksichtigung des Ausstellungsschutzes, Diss. Bern 1945.
- WALTHER FRIDOLIN, Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band I, Bern 2012, (zit.: BK-ZPO).
- WALTZ MICHAEL, Der Neuheitsbegriff im Geschmacksmusterrecht, GRUR 1961, S. 326.
- WANDTKE ARTUR, Zur kulturellen und sozialen Dimension des Urheberrechts, UFITA 123 (1993), S. 5, (zit.: Dimension).
- WANDTKE ARTUR, Die Kommerzialisierung der Kunst und die Entwicklung des Urheberrechts im Lichte der Immaterialgüterrechtslehre von Josef Kohler, GRUR 1995, S. 385, (zit.: Kommerzialisierung).
- WANDTKE ARTUR-AXEL/BULLINGER WINFRIED, Urheberrecht – Praxiskommentar, 5. A., 2019 München.
- WANDTKE ARTUR/OHST CLAUDIA, Zur Reform des deutschen Geschmacksmustergesetzes, GRUR Int. 2005, S. 91.
- WANG MARKUS, Die schutzfähige Formgebung, Diss. Bern 1998.
- WANG MARKUS, Designrecht, SIWR Bd. VI, Basel 2007, (zit.: SIWR).
- WANG MARKUS, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzgesetz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- WANG MARKUS/ROTH ANDREA, Corporate Design – Schutzoptionen, § 31, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- WASSNER FERNANDO, Kunst, Geschmack und unlauterer Wettbewerb. Der Schutz der Form im Urheber-, Geschmacksmuster- und Wettbewerbsrecht, UFITA 52 (1975).
- WEBER FLAVIA VANESSA, Die Feststellungsklage nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung, Basel, 2013, (zit.: Weber F.).
- WEBER ROLF H., in: Honsell/Vogt/Wiegand, Basler Kommentar, Obligationenrecht I: Art. 1–529 OR, 6. A., Basel 2015, (zit.: BSK-OR I).

- WEBER MARC, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- WEINMANN CONRAD/MÜNCH PETER/HERREN JÜRIG, Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020, (zit.: IP-Handbuch).
- WEISSENBERGER PHILIPPE, in: Niggli/Wiprächtiger, Basler Kommentar, Strafgesetzbuch II, 4. A., Basel 2019, (zit.: BSK-StGB II).
- WEITZEL GÜNTER, Plagiate in der Textilindustrie: Schutzstrategien der Unternehmen, ifo-schnelldienst 25/90, S. 17, (zit.: Plagiate).
- WEITZEL GÜNTER, Schutzrechtliche Aspekte des Design, ifo-schnelldienst 23/90, S. 3, (zit.: Design).
- WESTENBERG CATHERINE, in: Grolimund/Loacker/Schnyder, Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. A., Basel 2021, (zit.: BSK-IPRG).
- WENTINCK CHARLES, Moderne und primitive Kunst, Verlag Herder KG, Freiburg i. Br. 1974.
- WEWERKA STEFAN, Möbel als Kunstobjekt, Universitätsdruckerei und Verlag Wolf und Sohn KG, München 1987, Kulturreferat der Landeshauptstadt München (Herausgeberin), S. 60.
- WEY RAINER, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich, Basel, Genf 2016, (zit.: ZPO-Komm.).
- WIBBENS STANLEY, Die Textilindustrie und das einheitliche Benelux-Gesetz betreffend Muster und Modelle, GRUR Int. 1980, S. 732.
- WIBMER JEANNETTE KARIN, Rechtsschutz von Produktausstattungen in Europa – Eine vergleichende Untersuchung, Bern 1995.
- WICHMANN HANS, Schwerpunkt Design, München, Zürich 1988, (zit.: Schwerpunkt).
- WICHMANN HANS, Italien: Design 1945 bis heute, Industrial design – graphic design, Bd. 4, Basel 1988, (zit.: Italien).
- WICHMANN HANS, Industrial Design, Unikate, Serienerzeugnisse, München 1990, (zit.: Industrial Design).
- WICHTERMANN JÜRIG, in: Honsell/Vogt/Geiser, Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. A., Basel 2019, (zit.: BSK-ZGB II).
- WIDMER PETER, Die einmalige Verletzung eines Unterlassungsanspruchs impliziert Wiederholungsgefahr und begründet die Wiederholungsvermutung, in: Kurer M. et al. (Hrsg.), Binsenwahrheiten des Immaterialgüterrechts, Festschrift für Lucas David, Zürich 1996, S. 277.
- WIDMER THOMAS, Design «Repair Clause»: A Brief Overview of European and Swiss Law, AIPPI, Februar 2018, abrufbar unter: https://www.lalive.law/wp-content/uploads/2018/03/AIPPI_e-news_n_56_-_repair_clause_Thomas_Widmer.pdf (zuletzt besucht am 16.02.2022), (zit.: Widmer T.).
- WIED ALEXANDER, Der Beginn der Moderne, in: Design ist unsichtbar, Österreichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.

- WIGGER FABIAN/ HANDLE MARCO, EuGH: Zuständigkeit, anwendbares Recht und Zitat-
recht in internationalen Designkonflikten, in: sic! 2018 S. 350 ff.
- WILD GREGOR, in: Marbach/Ducrey/Wild, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, 4. A.,
Bern 2017.
- WILD GREGOR, in: Noth/Bühler/Thouvenin, Stämpfli Handkommentar, Markenschutzge-
setz, 2. A., Bern 2017, (zit.: SHK-MSchG).
- WILD GREGOR, Die Übertragung von gewerblichen Schutzrechten, insbesondere der gut-
gläubige Erwerb vom registrierten Nichtberechtigten, in: sic! 2008, S. 271 ff., (zit.:
sic!).
- WILLI CHRISTOPH, Markenschutzgesetz: Kommentar zum schweizerischen Markenrecht
unter Berücksichtigung des europäischen und internationalen Markenrechts, Zürich
2002, (zit.: Kommentar).
- WILLI CHRISTOPH, Sind Ersatzteile frei handelbar? Wettbewerbsrechtliche Tücken des
neuen Design-Gesetzes, NZZ vom 3. September 2002, S. 27, (zit.: Ersatzteile).
- WILLI CHRISTOPH, Die Schutzrechtsverwarnung als immaterialgüterrechtliches Rechtsinsti-
tut, AJP 1999, S. 1377 ff., (zit.: Schutzrechtsverwarnung).
- WILLI CHRISTOPH, Vorsorgliche Massnahmen nach der Schweizerischen Zivilprozessord-
nung, in: sic! 2010, S. 591 ff., (zit.: sic!).
- WILLISEGGER DANIEL, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerisches
Zivilprozessrecht, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- WINDISCH ERNST, Funktionen der unbestimmten Rechtsbegriffe im Immaterialgüterrecht,
UFITA 80 (1977), S. 209.
- WINGLER HANS M., Das Bauhaus, 1919 – 1933 Weimar Dessau Berlin und die Nachfolge
in Chicago seit 1937, Verlag Gebr. Rasch & Co, 3. A., Bramsche 1975.
- WINKLER ROLF/JUGEL HANS-PETER, Die neue EG-Gruppenfreistellungsverordnung für
Technologietransfer-Vereinbarungen, EuZW 1996, S. 364.
- WIRTH MARKUS, in: Müller/Wirth, Kommentar zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand
in Zivilsachen, 2. A., Zürich 2005.
- WITTWEILER BERNHARD, Die Auswirkungen der Berner Übereinkunft auf die schweizeri-
sche Urheberrechtsgesetzgebung, Festschrift 100 Jahre Berner Übereinkunft, Bern
1986, S. 157.
- WORTHY JOHN, Intellectual Property protection after GATT, EIPR 1994, S. 195.
- WÜEST ESTHER, Hilfeleistung der Zollverwaltung, § 47, in: Weinmann et al., Schweizer
IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020.
- ZÄNKER JÜRGEN, Utopisches Design oder Utopie des Design, Design ist unsichtbar, Öster-
reichisches Institut für visuelle Gestaltung, Löcker Verlag, Wien 1981.
- ZIHLMANN PETER, Gedanken zum Schutz vor sklavischer Nachahmung, SJZ 65/1969,
S. 353 ff.
- ZIMMERLI ULRICH/ KÄLIN WALTER/KIENER REGINA, Grundlagen des öffentlichen Verfah-
rensrechts, Bern 2004.

- ZINSLI GIAN RETO, in: Spühler/Tenchio/Infanger, Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. A., Basel 2017, (zit.: BSK-ZPO).
- ZÜLLIG LUKAS, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- ZÜLLIG LUKAS/CELLI ALLESSANDRO, in: Staub/Celli, Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003, (zit.: Kommentar).
- ZÜRCHER JOHANN, Der Einzelrichter am Handelsgericht des Kantons Zürich: Einstweiliger und definitiver Rechtsschutz für immaterialgüter- und wettbewerbsrechtliche Ansprüche im summarischen Verfahren, Zürich 1998.
- ZÜRCHER JOHANN, in: Brunner/Gasser/Schwander, Schweizerische Zivilprozessordnung, Kommentar, 2. A., Zürich/St. Gallen 2016, (zit.: ZPO-Kommentar).
- ZÜRCHER JOHANN, Checkliste vorsorgliche und superprovisorische Massnahme, § 49, in: Weinmann et al., Schweizer IP-Handbuch, 2. A., Basel 2020, (zit.: IP-Handbuch).
- ZÜRCHER ALEXANDER, in: Sutter-Somm et al., Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich/Basel/Genf 2016, (zit.: ZPO-Kommentar).

Materialienverzeichnis

A. Schweiz

AMTLICHES BULLETIN, des Nationalrates von 1986, 1992 und 2001 (zit.: Amtl. Bull. NR)

AMTLICHES BULLETIN, des Ständerates 1985, 1991, 1992 und 2001 (zit.: Amtl. Bull. SR)

BERICHT, zum Entwurf zu einem Urheberrechtsgesetz der III. Expertenkommission vom 18. Dezember 1987 (zit.: Bericht Expertenkommission III)

BERICHT, zum Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Muster und Modellen vom Januar 1997 (zit.: Bericht VE/MMG)

BOTSCHAFT, des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst vom 9. Juli 1918; BBl 1918, S. 571 (zit.: Botschaft aURG)

BOTSCHAFT, zu einem Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) vom 19. Juni 1989; BBl 1989 III 477; Sonderdruck (zit.: Botschaft URG)

BOTSCHAFT, zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes sowie zur Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und zu deren Umsetzung vom 22. November 2017 (zit.: Botschaft Revision URG)

BOTSCHAFT, zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz, MSchG) vom 21. November 1990; BBl 1991 I 1; Sonderdruck (zit.: Botschaft MSchG)

BOTSCHAFT, zur Genehmigung und zur Umsetzung der Übereinkommen Nr. 94 und Nr. 100 des Europarates über die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit (zit.: Botschaft Europaratsübereinkommen)

BOTSCHAFT, zur Änderung des Markenschutzgesetzes und zu einem Bundesgesetz über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen («Swissness»-Vorlage) vom 18. November 2009; BBl 2009, S. 8533 (zit.: Botschaft Swissness)

BOTSCHAFT, zum Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts (Zusatzbotschaft zur Botschaft zur Totalrevision der Bundesrechtspflege) vom 25. August 2004; BBl 2004, S. 4787 (zit.: Botschaft Totalrevision Bundesrechtspflege)

BOTSCHAFT, zum Bundesbeschluss zur Genfer Akte des Haager Musterschutz-Abkommens und zum Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 16. Februar 2000; BBl 2000, S. 2729 (zit.: Botschaft)

BOTSCHAFT, zum Bundesgesetz über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (ZertES) vom 3. Juli 2001; BBl 2001, S. 5679 (zit.: Botschaft ZertES)

BOTSCHAFT, zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur (ZertES) vom 15. Januar 2014; BBl 2014, S. 1001 (zit.: Botschaft Revision ZertES)

- BOTSCHAFT, zur Änderung des Patentgesetzes und zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des Patentrechtsvertrags und der Ausführungsverordnung vom 23. November 2005; BBl 2006, S. 1 (zit.: Botschaft PatG)
- BOTSCHAFT, zur Totalrevision der Bundesrechtspflege vom 28. Februar 2001; BBl 2001, S. 4202
- BOTSCHAFT, zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) vom 28. Juni 2006; BBl 2006, S. 7221 (zit.: Botschaft ZPO)
- BOTSCHAFT, zur Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und der Rechtsdurchsetzung) vom 26. Februar 2020; BBl 2020, S. 2697 (zit.: Botschaft ZPO Revision)
- BOTSCHAFT, zur Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbandsklage und kollektiver Vergleich) vom 10. Dezember 2021; BBl 2021, S. 3048 (zit.: Botschaft ZPO Revision (kollektiver Rechtsschutz))
- BOTSCHAFTSENTWURF, zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom Juli 1998 (zit.: Botschaft E/DSchG)
- BOTSCHAFTSENTWURF, zu einem Bundesgesetz über das Urheberrecht vom 29. August 1984; BBl 1984, S. 173 (zit.: Botschaft URG-Entwurf)
- BRIEF, des Verbandes der Schweizer Unternehmen (Economiesuisse) vom 27. April 2004 an die Mitglieder der Rechtskommission des Ständerates (zit.: Brief Economiesuisse)
- ENTWURF, zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 16. Februar 2000 (zit.: E/DesG)
- ENTWURF, zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom Juli 1998 (zit.: E/DSchG)
- ENTWURF, zu einer Verordnung über den Schutz von Design (zit.: E/DesV)
- ENTWURF, zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 22. November 2017 (zit.: E/URG)
- ENTWURF, zur Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und der Rechtsdurchsetzung) vom 26. Februar 2020 (zit.: E/ZPO)
- ERLÄUTERNDER BERICHT, zu Änderungen im Patentrecht vom 7. Juni 2004 (zit.: Erläuternder Bericht [2004])
- ERLÄUTERNDER BERICHT, Erläuternder Bericht zu zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und zu Änderungen des Urheberrechtsgesetzes vom 11. Dezember 2015
- ERLÄUTERNDER BERICHT, Zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens für das Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht (zit.: Erläuternder Bericht [2020])
- ERLÄUTERUNGEN, zur DesV des Bundesrates (bzw. des IGE) (zit.: Erläuterungen zur DesV)
- Europäisches Übereinkommen, vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, SR 0.172.030.5 (zit.: Europaratsübereinkommen Nr. 94)

- MERKBLATT, des IGE zu Informationen zu Fristverlängerungen und Weiterbehandlungen vom Januar 2019 (zit.: IGE-Merkblatt Fristverlängerungen und Weiterbehandlungen)
- MERKBLATT, des IGE zu Abbildungen zum Designschutz vom Januar 2020 (zit.: IGE-Merkblatt Abbildungen)
- MERKBLATT, des IGE zur Inbetriebnahme der elektronischen Schutzrechtsverwaltung [ESV] für Patente und Designs vom Juni 2021 (zit.: IGE-Merkblatt ESV)
- PROTOKOLL, der Sitzung der Rechtskommission des Ständerates vom 2. Mai 2001
- PROTOKOLLE, der Sitzungen der Rechtskommission des Nationalrates vom 22. Januar 2001, 19. Februar 2001 und 27. August 2001
- PROTOKOLLE, der Expertenkommission III betreffend die Revision Urheberrechtsgesetz, Überarbeitung der Vorlage des Bundesrates vom 30. Oktober 1994 (zit.: Protokoll Expertenkommission III)
- RICHTLINIEN IN MARKENSACHEN, des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum vom 1. Januar 2019 (Anpassung: 1.1.21) (zit.: IGE-Markenrichtlinien)
- STELLUNGNAHME des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins «Vorort» zum VE/MMG zu Handen des IGE vom Juni 1997
- STENOGRAPHISCHES BULLETIN, Nationalrat von 1900 und 1922 (zit.: Sten. Bull. NR)
- STENOGRAPHISCHES BULLETIN, Ständerat von 1900 und 1920 (zit.: Sten. Bull. SR)
- Übereinkommen, vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und ausssergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen, SR 0.274.131 (zit.: Haager Übereinkommen)
- VEREINHEITLICHUNG, der Institutspraxis betreffend Stellvertretung und Vollmacht, in Kraft per 1. Mai 2004; sic! 2004, S. 373 f.
- VORENTWURF 1997, zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Muster und Modellen vom Januar 1997 (zit.: VE 1997)

B. Ausland

- AIPPI, Bericht Q 147 der Schweizer Gruppe betreffend die Wirksamkeit von zollrechtlichen Massnahmen nach TRIPS (<http://www.aippi.org/reports/q147/gr-q147-d-switzerland.htm>) (zit.: Bericht Q 147)
- AIPPI, Verbesserung des internationalen Schutzes der Muster und Modelle, Berichte der Landesgruppen, Annuaire 1991/VIII, XXXV Congrès Tokyo 1992, Rapport Groupe Q 108, AIPPI Zürich 1991
- BESCHLUSS, des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 1997 über den gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen; ABl. Nr. C 339 vom 10. November 1997, S. 5 (zit.: Beschluss EU-Parlament Musterrichtlinie 1997)

- BESCHLUSS NR. EX-03-4, des Präsidenten des Amtes vom 20. Januar 2003 über Zustellungen in Verfahren zu eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmustern (zit.: Beschluss Amtspräsident EX-03-4)
- BESCHLUSS NR. EX-08-3, des Präsidenten des Amtes vom 25. Juni 2003 über die elektronische Anmeldung von Gemeinschaftsgeschmacksmustern (zit.: Beschluss Amtspräsident EX-08-3)
- COMMENTAIRE COMMUN, des Gouvernements des pays du Benelux relatif au Protocole du 20 juin 2002 porant modification de la loi uniforme Benelux en matière de dessins ou modèles (zit.: Commentaire commun)
- COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, Extended Impact Assessment of the Proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 98/71/EC on the Legal Protection of Designs – SEC (2004) 1097 (zit.: Staff Working Document)
- DECLARATIONS, made under the Hague Agreement by Contracting Parties under the 1999 Act and the Common Regulations under the 1999 Act, the 1960 Act and the 1934 Act (zit.: Declarations HMA)
- DISKUSSIONSENTWURF, des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht für ein europäisches Musterrecht von 1990; GRUR Int. 1990, S. 565 (zit.: MPI-Entwurf)
- ERGÄNZENDE STELLUNGNAHME, des Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 22. Februar 1995 zu dem «Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsschutz von Mustern»; ABl. Nr. C 110 vom 2. Mai 1995, S. 12 (zit.: Ergänzende Stellungnahme Wirtschaftsausschuss 1995)
- ERLÄUTERUNGEN, der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zum geänderten Vorschlag für eine Richtlinie über den Rechtsschutz von Mustern vom 21. Februar 1996, KOM (96) 66 endg. – COD 464 (zit.: Erläuterungen V/MRL 1996)
- EU-VERTRAG, Konsolidierte Fassung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft; ABl. Nr. C 325 vom 24. Dezember 2002
- EXPLANATORY NOTES, on the Official Application form DM/1, WIPO (zit.: Explanatory Notes)
- EXPOSE DES MOTIFS, relatif à la Convention et la loi Uniforme Benelux en matière de dessins ou modèles (zit.: Exposé des motifs)
- GEÄNDERTER VORSCHLAG, für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsschutz von Mustern vom 21. Februar 1996, KOM (96) 66 endg.; ABl. EG Nr. C 142/7 vom 14. Mai 1996 (zit.: V/MRL 1996)
- GEÄNDERTER VORSCHLAG, für eine Verordnung des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vom 21. Juni 1999, KOM (1999) 310 endg./2; ABl. Nr. C 248 E/02 vom 29. August 2000 (zit.: GV/MVO 1999)
- GEÄNDERTER VORSCHLAG, für eine Verordnung des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vom 23. November 2000, KOM (2000) 660 endg./2; ABl. Nr. C 120 E/03 vom 24. April 2001 (zit.: GV/MVO 2000)

- GEMEINSAME MITTEILUNG, der EUIPN (European Union Intellectual Property Network) «Kriterien für die Beurteilung der Offenbarung von Geschmacksmustern im Internet», April 2020 (zit.: Richtlinie EUIPN)
- GEMEINSAMER STANDPUNKT, des EU-Rats vom 17. Juni 1997 zur Muster-Richtlinie; ABl. Nr. C 237 vom 4. August 1997 (zit.: Gemeinsamer Standpunkt EU-Rat Musterrichtlinie 1997)
- GEMEINSAME PRAXIS, der EUIPN (European Union Intellectual Property Network) «Kriterien für die Bewertung der Offenbarung von Geschmacksmustern im Internet», April 2020 (zit.: Gemeinsame Praxis EUIPN)
- GRÜNBUCH, der EU-Kommission über den rechtlichen Schutz gewerblicher Muster und Modelle, Juni 1991, III/F/5131/91 (zit.: Grünbuch Muster/Modelle)
- GUIDE, to the international Registration of Designs under the Hague Agreement, WIPO https://www.wipo.int/export/sites/www/hague/en/guide/pdf/hague_guide.pdf (Stand Mai 2022) (zit.: Guide HMA)
- MITTEILUNG NR. 05/03, des Präsidenten des Amtes vom 16. Oktober 2003 über die Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 (zit.: Mitteilung Amtspräsident 05/03)
- MITTEILUNG NR. 13/02, des Präsidenten des Amtes vom 4. Dezember 2002 betreffend das Formblatt für die Anmeldung eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters (zit.: Mitteilung Amtspräsident 13/02)
- MITTEILUNG, der EU-Kommission an das Europäische Parlament, betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates vom 17. Juni 1997 zur Muster-Richtlinie, vom 19. Juni 1997, SEK (97) 1107 endg. – COD 464 (zit.: Mitteilung EU-Kommission Musterrichtlinie 1997)
- PRÜFUNGSRICHTLINIEN, zum Gemeinschaftsgeschmacksmuster, Beilage zum Beschluss Nr. EX-03-9 des Präsidenten des Amtes vom 9. Dezember 2003 (zit.: Prüfungsrichtlinie)
- REGLEMENT D'EXECUTION, de la Loi Uniforme Benelux en matière de dessins ou modèles (zit.: Règlement d'exécution)
- RICHTLINIE 2004/48/EG, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums; Abl. EG Nr. L 157 vom 30. April 2004 (zit.: Richtlinie 2004/48/EG)
- RICHTLINIE 98/71/EG, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen; ABl. EG Nr. L 289/28 vom 28. Oktober 1998 (zit.: EU-MRL)
- RICHTLINIENVORSCHLAG, des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsschutz von Mustern, KOM (93) 344 endg; ABl. EG Nr. C 345/14 vom 23. Dezember 1993 (zit.: V/MRL 1993)
- RICHTLINIENVORSCHLAG, des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/71/EG über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen, KOM (2004) 582 endg. (zit.: V/MRL 2004)

- RICHTLINIE 2001/29/EG, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft, ABl. EG Nr. L 167 vom 22. Juni 2001 (zit.: InfoSoc-RL)
- SITZUNGSBERICHT, über die Anhörung zum Schutz gewerblicher Muster und Modelle vom 25. und 26. Februar 1992, KOM III/F/5252/92 (zit.: Sitzungsbericht 1992)
- STELLUNGNAHME, der EU-Kommission zu den Abänderungen des Europäischen Parlaments des gemeinsamen Standpunkts des Rates betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie über den Rechtsschutz von Muster vom 21. November 1997, KOM 97/622 endg. (zit.: Stellungnahme EU-Kommission Musterrichtlinie 1997)
- STELLUNGNAHME, des EU-Parlaments vom 12. Oktober 1995 zur Muster-Richtlinie; ABl. Nr. C 287 vom 30. Oktober 1995 (zit.: Stellungnahme EU-Parlament Musterrichtlinie 1995)
- STELLUNGNAHME, des Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 27. Januar 2000 zum Thema «Geänderter Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster»; ABl. Nr. C 75/13 vom 15. März 2000 (zit.: Stellungnahme Wirtschafts- und Sozialausschuss 2000)
- STELLUNGNAHME, des Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 6. Juli 1994; ABl. Nr. C 388 vom 31. Dezember 1994 (zit.: Stellungnahme Wirtschafts- und Sozialausschuss 1994)
- ÜBEREINKOMMEN, über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968, zuletzt geändert durch das Beitrittsübereinkommen vom 29. November 1996; ABl. Nr. L 299 vom 31. Dezember 1972 (zit.: EuGVÜ)
- VERORDNUNG (EG) NR. 2245/2002, der Kommission vom 21. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (sog. Durchführungsverordnung); ABl. Nr. L 341/28 vom 17. Dezember 2002 (zit.: EU-GGDV)
- VERORDNUNG (EG) NR. 40/94, des Rates über die Gemeinschaftsmarke vom 20. Dezember 1993; ABl. Nr. L 11 vom 14. Januar 1994 (zit.: EU-GMVO)
- VERORDNUNG (EG) NR. 44/2001, des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22. Dezember 2000; ABl. Nr. L 12 vom 16. Januar 2001 (zit.: EU-GVO)
- VERORDNUNG (EG) NR. 6/2002, des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vom 12. Dezember 2001; ABl. Nr. L 3/1 vom 5. Januar 2002 (zit.: EU-GGMVO)
- VERORDNUNG (EG) NR. 1891/2006, des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 6/2002 und (EG) Nr. 40/94, mit der dem Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Genfer Akte des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle Wirkung verliehen wird; ABl. Nr. L 386 vom 29. Dezember 2006

- VERORDNUNG (EG) NR. 876/2007, des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2245/2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster nach dem Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Genfer Akte des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle; ABl. Nr. L 193 vom 25. Juli 2007 (zit.: EU-GGDV)
- VERORDNUNG (EG) NR. 2246/2002, der Kommission vom 16. Dezember 2002 über die an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt zu entrichtenden Gebühren für die Eintragung von Gemeinschaftsgeschmacksmustern (sog. Gebührenverordnung); ABl. Nr. L 341/54 vom 17. Dezember 2002 (zit.: EU-GGGebV)
- VERORDNUNG (EU) NR. 1215/2012, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen; ABl. Nr. L 351 vom 20. Dezember 2012
- VERORDNUNG (EG) NR. 1383/2003, des Rates vom 22. Juli 1993 über das Vorgehen der Zollbehörde gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Massnahmen gegenüber Waren, die erkanntermassen derartige Rechte verletzen (zit.: EU-GBVO)
- VORSCHLAG, für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinschaftsgeschmacksmuster, KOM (93) 342 endg.; ABl. Nr. C 29 vom 31. Januar 1994 (zit.: V/MVO 1993)

Abkürzungsverzeichnis

+pat+	Schweizerisches Patentblatt
€	Euro
£	Englische Pfund
\$	US Dollar
a	alt
A.	Auflage
a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
aEU-GBVO	Verordnung (EG) Nr. 3295/94 des Rates vom 22. Dezember 1994 über Massnahmen zum Verbot der Überführung nachgeahmter Waren und unerlaubt hergestellter Vervielfältigungsstücke oder Nachbildungen in den zollrechtlich freien Verkehr oder in ein Nichterhebungsverfahren sowie zum Verbot ihrer Ausfuhr und Wiederausfuhr
AG	Aargau
AGVE	Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide
AIPPI	Association Internationale pour la Protection de la Propriété Intellectuelle
AIPLA	American Intellectual Property Law Association
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
aMMG	Bundesgesetz betreffend die gewerblichen Muster und Modelle von 1888 (ersetzt durch das MMG im Jahre 1900)
ALAI	Association littéraire et artistique internationale
Amtl. Bull. NR	Amtliches Bulletin des Nationalrates
Amtl. Bull. SR	Amtliches Bulletin des Ständerates
Anm.	Anmerkung
AO	Ausführungsordnung
AO EPÜ	Ausführungsordnung vom 5. Oktober 1973 zum Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente, SR 0.232.142.21
AO Genfer Akte	Ausführungsordnung vom 2. Juli 1999 zur Genfer Akte des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle sowie gemeinsame Erklärung der diplomatischen Konferenz (mit gemeinsamer Erklärung); <i>nicht mehr in Kraft</i> , ehemals SR 0.232.121.41; abgelöst durch AO HMA
AO HMA	Gemeinsame Ausführungsordnung zur Fassung von 1999, der Fassung von 1960 des Haager Abkommens vom 2. Juli 1999, in Kraft seit 1. April 2004 (SR 0.232.121.42)

Abkürzungsverzeichnis

AO HMA 1985	Ausführungsordnung vom 1. Oktober 1985 zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle; <i>nicht mehr in Kraft</i> ; ehemals SR 0.232.121.14; abgelöst durch AO HMA
AppHof	Appellationshof
AR	Appenzell Ausserrhoden
ARGVP	Ausserrhodische Gerichts- und Verwaltungspraxis
ARIPO	African Regional Intellectual Property Organization
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechtes
AZ	Aktenzeichen
BAGE	Bundesamt für Geistiges Eigentum (heute IGE)
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BB	Bundesbeschluss
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band
BE	Bern
BE StrV	Gesetz über das Strafverfahren für den Kanton Bern vom 15. März 1995, BSG 321.1
Bericht Q 147	Bericht Q 147 der Schweizer Gruppe der AIPPI betreffend die Wirksamkeit von zollrechtlichen Massnahmen nach TRIPS, http://www.aippi.org/reports/q147/gr-q147-d-switzerland.htm
BezGer	Bezirksgericht
BE ZPO	Zivilprozessordnung für den Kanton Bern vom 7. Juli 1918, BSG 271.1
BG	Bundesgesetz
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BGer	Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht, SR 173.110
BGFA	Bundesgesetz vom 23. Juni 2000 über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz); 935.61
BGH	Deutscher Bundesgerichtshof
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BL	Basel-Land
BOIP	Benelux Office for Intellectual Property
Brief Economiesuisse	Brief des Verbandes der Schweizer Unternehmen (Economiesuisse) vom 27. April 2004 an die Mitglieder der Rechtskommission des Ständerates
BS	Basel-Stadt

BSG	Bernische Systematische Gesetzessammlung
BStP	Bundesgesetz vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege, SR 312.0
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, SR 101
bzw.	beziehungsweise
CAD	Computer-Aided Design
CHF	Schweizer Franken
CJ	Cour de Justice
cm	Zentimeter
Co.	Company
Common Regulations	Common Regulations Under the 1999 Act, the 1960 Act and the 1934 Act of the Hague Agreement (as in force on April 1, 2004)
DesG	Bundesgesetz vom 5. Oktober 2001 über den Schutz von Design (Designgesetz), SR 232.12
DesV	Verordnung vom 8. März 2002 über den Schutz von Design (Designverordnung), SR 232.121
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
dpi	dots per inch
€	Euro
E.	Erwägung
ECAR	The European Campaign for the Freedom of the Automotive Parts and Repair Market
Economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen (vormals VORORT, Schweizerischer Handels- und Industrieverein)
E/DesG	Entwurf zum Bundesgesetz über den Schutz von Design vom Februar 2000; BBl 2000, S. 2784
E/DesV	Entwurf zu einer Verordnung über den Schutz von Design
E/DSchG	Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom Juli 1998
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EIPR	European Intellectual Property Review
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, SR 0.101

EPA	Europäisches Patentamt
EP/DesG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004, inkl. der im Anhang vorgesehenen Änderungen des DesG
EP/IPRG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004, inkl. der im Anhang vorgesehenen Änderungen des IPRG
EP/MSchG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004, inkl. der im Anhang vorgesehenen Änderungen des MSchG
EP/PatG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004
EP/ToG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004, inkl. der im Anhang vorgesehenen Änderungen des ToG
EP/URG	Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Patentgesetzes vom Juli 2004, inkl. der im Anhang vorgesehenen Änderungen des URG
EPÜ	Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung Europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen), SR 0.232.142.2
ER	Einzelrichter(in)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-GBVO	Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 1993 über das Vorgehen der Zollbehörde gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Massnahmen gegenüber Waren, die erkanntermassen derartige Rechte verletzen
EU-GGDV	Verordnung (EG) Nr. 2245/2002 der Kommission vom 21. Oktober 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster
EU-GGGebV	Verordnung (EG) Nr. 2246/2002 der Kommission vom 16. Dezember 2002 über die an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt zu entrichtenden Gebühren für die Eintragung von Gemeinschaftsgeschmacksmustern
EU-GGMVO	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (EU-Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (Europäischer Gerichtshof)
EU-GMVO	Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates über die Gemeinschaftsmarke vom 20. Dezember 1993
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels- sachen von 1968 (Brüsseler-Abkommen); weitgehend aufgehoben im Jahre 2002 durch die EuGVO
EUIPN	European Union Intellectual Property Network
EUIPO	Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum
EU-MRL	Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Mo- dellern (EU-Musterrichtlinie)
Europarats- übereinkommen Nr. 94	Europäisches Übereinkommen vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, SR 0.172.030.5
EU-Vertrag	Konsolidierte Fassung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht
E/VVG	Entwurf zu einem Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz, VVG) vom Februar 2001; BBl 2001, S. 4539
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FN	Fussnote
FR	Freiburg
FS	Festschrift
GE	Genf
GebrV	Verordnung vom 1. März 1995 über Gebrauchsgegenstände, SR 817.04
GebV-IGE	Verordnung des IGE über Gebühren vom 14. Juni 2016 (SR 232.148)
Genfer Akte	Genfer Akte vom 2. Juli 1999 des Haager Abkommens über die inter- nationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle, SR 0.232.121.4
GeschmMG	Deutsches Geschmacksmustergesetz
GestG	Bundesgesetz vom 24. März 2000 über den Gerichtsstand in Zivil- sachen (Gerichtsstandsgesetz), SR 272
gl.M.	gleicher Meinung
GP	Gerichtspräsident(in)
Grünbuch Muster/ Modelle	Grünbuch der EU-Kommission über den rechtlichen Schutz gewerbli- cher Muster und Modelle, Juni 1991, III/F/5131/91
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GUB/GGA-VO	Verordnung vom 28. Mai 1997 über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse (GUB/GGA-Verordnung), SR 910.12
GV/MVO 1999	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vom 21. Juni 1999, ABl. Nr. C 248 E vom 29. August 2000
GV/MVO 2000	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vom 23. November 2000, ABl. Nr. C 120 E/03 vom 24. April 2001
Haager Übereinkommen	Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen, SR 0.274.131
HABM	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)
HGer	Handelsgericht
HMA	Haager Abkommen betreffend die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle, allgemein ohne Bezug auf eine bestimmte Fassung (1934, 1960 oder 1999)
HMA 1960	Haager Abkommen vom 28. November 1960 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle revidiert im Haag am 28. November 1960, SR 0.232.121.2
HMA 1934	Haager Abkommen betreffend die internationale Hinterlegung der gewerblichen Muster oder Modelle, revidiert in London am 2. Juni 1934, SR 0.232.121.1
HR	Handelsregister
HRRegV	Handelsregisterverordnung vom 7. Juni 1937, SR 221.411
Hrsg.	Herausgeber
IGE	Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
IGEG	Bundesgesetz vom 24. März 1995 über Statut und Aufgaben des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum, SR 172.010.31
IGE-GebO	Gebührenordnung des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum vom 28. April 1997, SR 232.148; ersetzt durch GebV-IGE vom 14. Juni 2016
IIC	The International Review of Intellectual Property and Competition Law
Ingres	Institut für gewerblichen Rechtsschutz
Ingres-Data	Urteilsdatenbank des Institutes für gewerblichen Rechtsschutz; Aktualisierung eingestellt im Jahre 2001

Ingres-News	Periodisch erscheinende Publikation des Institutes für gewerblichen Rechtsschutz (Ingres)
insb.	insbesondere
Institut	Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
InTeR	Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht, SR 291
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JZ	(Deutsche) Juristen Zeitung
KG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz), SR 251
kg	Kilogramm
KGer	Kantonsgericht
KreisGer	Kreisgericht
KSG	Konkordat vom 27. März 1969 über die Schiedsgerichtsbarkeit
£	Englische Pfund
lit.	litera
LMG	Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz), SR 817.0
LMV	Lebensmittelverordnung vom 1. März 1995, SR 817.02
Locarno-Abkommen	Abkommen von Locarno vom 8. Oktober 1968 zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle, SR 0.232.121.3
Locarno-Klassifikation	Klassifikation von Designs gemäss dem Abkommen von Locarno vom 8. Oktober 1968 zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle, SR 0.232.121.3
LU	Luzern
LugÜ	Übereinkommen vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen), SR 0.275.11
Mitt.	Schweizerische Mitteilungen über Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
MMG	Bundesgesetz vom 30. März 1900 betreffend die gewerblichen Muster und Modelle (ersetzt durch das DesG im Jahre 2002)
MMV	Verordnung vom 27. Juli 1900 über die gewerblichen Muster und Modelle (ersetzt durch die DesV im Jahre 2002)

Abkürzungsverzeichnis

mod. dép.	Schweizerisches Designblatt, Fortsetzung des Schweizerischen Patent-, Muster- und Markenblattes, herausgegeben vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum
MPI-Entwurf	Entwurf einer Arbeitsgruppe des Max-Planck-Instituts von 1989: GRUR Int. 1990, S. 565 ff.
MSchG	Bundesgesetz vom 28. August 1992 über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz), SR 232.11
MSchV	Markenschutzverordnung vom 23. Dezember 1992, SR 232.111
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
N	Note bzw. Randnote
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
OAMI	Oficina de Armonización del Mercado Interior (Marcas, Dibujos y Modelos; HABM)
OAPI	Organisation Africaine de la Propriété Intellectuelle
OG	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (Bundesrechtspflegegesetz), SR 173.110
OGer	Obergericht
OHIM	Office of the European Union (Trade Marks and Designs; HABM)
OHMI	Office de l'Union Européenne (Marques, Dessins et Modèles; HABM)
OMPI	Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht), SR 220
OW	Obwalden
PAG	Bundesgesetz vom 20. März 2009 Bundesgesetz über die Patentanwältinnen und Patentanwälte (Patentanwaltsgesetz), SR 935.62
PatG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1954 über die Erfindungspatente (Patentgesetz), SR 232.14
PatV	Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Erfindungspatente (Patentverordnung), SR 232.141
PCT	Patent Cooperation Treaty; Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom 19. Juni 1970, in Kraft für die Schweiz seit 24. Januar 1978, SR 0.232.141.1
PMMBI	Schweizerisches Patent-, Muster- und Markenblatt
Pra	Die Praxis, Bundesgericht / EVG / EGMR, Übersetzungen / unveröffentlichte Entscheide / Kommentare zu Leitentscheiden

Prioritätsgesetz	Bundesgesetz betreffend die Prioritätsrechte an Erfindungspatenten und gewerblichen Mustern und Modellen von 1914 (nicht mehr in Kraft)
Prüfungsrichtlinie	Prüfungsrichtlinien zum Gemeinschaftsgeschmacksmuster, Beilage zum Beschluss Nr. EX-03-9 des Präsidenten des Amtes vom 9. Dezember 2003
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883; aktuellste, für die Schweiz gültige Stockholmer Fassung von 1967, SR 0.232.04
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 9. September 1886; aktuellste, für die Schweiz gültige Pariser Fassung von 1971, SR 0.231.15
Recht	Recht, Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis
REP	Repertorio di Giurisprudenza Patria
resp.	respektive
Rotkreuzgesetz	Bundesgesetz vom 25. März 1954 betreffend den Schutz des Zeichens und des Namens des Roten Kreuzes, SR 232.22
RZ	Randziffer
\$	US Dollar
s.	section
S.	Seite
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs, SR 281.1
SchlT	Schlusstitel
SCT	Standing Committee on the Law of Trademarks, Industrial Designs and Geographical Indications
SDA	Swiss Design Association
SG	St. Gallen
SGGV	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
SHAB	Schweizerisches Handelsamtsblatt
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht
SIWR	Schweizerisches Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SMI	Schweizerische Mitteilungen über Immaterialgüterrecht
SO	Solothurn
sog.	sogenannt(e/er/es)
SoSchG	Bundesgesetz vom 20. März 1975 über den Schutz von Pflanzenzüchtungen (Sortenschutzgesetz), SR 232.16
SoSchV	Sortenschutzverordnung vom 11. Mai 1977, SR 232.161

Abkürzungsverzeichnis

SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SR	Ständerat
Staff Working Document	Extended Impact Assessment of the Proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 98/71/EC on the Legal Protection of Designs – SEC (2004) 1097
Sten. Bull.	Stenografisches Bulletin
StrGer	Strafgericht
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, SR 311.0
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin
ToG	Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über den Schutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen (Topographiengesetz), SR 231.2
ToV	Verordnung vom 26. April 1993 über den Schutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen (Topographienverordnung), SR 231.21
Trib.	Tribunale (italienisch) bzw. tribunal (französisch)
TRIPS	Trade-related aspects of intellectual property rights (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum), Anhang IC zum Abkommen vom 15. April 1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation, SR 0.632.20
u.a.	unter anderem / unter anderen
UAMI	Ufficio dell'Unione Europea (Marchi, Disegni e Modelli; HABM)
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
URG	Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz), SR 231.1
UrhG	deutsches Urheberrechtsgesetz
URV	Verordnung vom 26. April 1993 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsverordnung), 231.11
US	United States
UWG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb, SR 241
VD	Waadt
VE 1997	Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Mustern und Modellen vom Januar 1997
VG	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz), SR 170.32

VGG	Bundesgesetz über das Verwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz), SR 173.32
vgl.	vergleiche
VKEV	Verordnung vom 10. September 1969 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren, SR 172.041.0
V/MRL 2004	Richtlinienvorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/71/EG über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen, KOM (2004) 582 endg.
V/MRL 1996	Geänderter Vorschlag für Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsschutz von Mustern, ABl. EG Nr. C 142/7 vom 14. Mai 1996
V/MRL 1993	Richtlinienvorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsschutz von Mustern, ABl. EG Nr. C 345/14 vom 23. Dezember 1993
V/MVO 1993	Vorschlag für eine Verordnung des Parlaments und des Rates über ein Gemeinschaftsgeschmacksmuster, ABl. Nr. C 19/32 vom 31. Januar 1994
Vol.	Volume
Vor	Vorbemerkungen
Vorbem.	Vorbemerkungen
VORORT	Schweizerischer Handels- und Industrieverein (heute Economiesuisse)
VRSK	Verordnung vom 3. Februar 1993 über Organisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen, SR 173.31
VS	Wallis
vs.	versus
VVAG	Verordnung des BGer vom 17. Januar 1923 über die Pfändung und Verwertung von Anteilen an Gemeinschaftsvermögen; 281.41
VV HMA	Verwaltungsvorschriften zum Haager Abkommen über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (Administrative Instructions for the application of the Hague Agreement) vom 1. April 2004
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz), SR 172.021
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
WSchG	Bundesgesetz vom 21. Juni 2013 über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen (Wappenschutzgesetz), SR 232.21

WSchV	Verordnung vom 2. September 2015 über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen (Wappenschutzverordnung), SR 232.211
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZertES	Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (Bundesgesetz über die elektronische Signatur), SR 943.03
ZG	Zollgesetz vom 1. Oktober 1925, SR 631.0
ZG	Zug
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, SR 210
ZH	Zürich
Ziff.	Ziffer
zit.	Zitiert
ZivGer	Zivilgericht
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung, SR 272
ZR	Blätter für zürcherische Rechtsprechung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, Film und Recht
ZV	Verordnung vom 10. Juli 1926 zum Zollgesetz, SR 631.01

Teil A: Grundlagen

Inhaltsübersicht	Seite
I. Aufbau des Kommentars.....	1
II. Geschichte des Designs.....	2
III. Suche nach einem adäquaten Rechtsschutz für Design.....	5
IV. Internationale Abkommen mit Auswirkungen auf das DesG.....	6
A. Haager Musterabkommen (HMA).....	6
B. Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ).....	7
C. TRIPS.....	8
D. Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ).....	9
V. Rechtsvereinheitlichung des Designschutzes in der Europäischen Union.....	11
VI. Entstehung des DesG.....	13
A. Die Ursprünge.....	13
B. Das revidierte Muster- und Modellgesetz von 1900.....	13
C. Antrag auf Totalrevision des MMG.....	14
D. Bundesrätlicher Entwurf zum DesG.....	15
E. Zielsetzung der Revision.....	15
VII. Verhältnis des DesG zu anderen Gesetzen.....	16
A. Einleitung.....	16
B. Keine Hierarchie zwischen den verschiedenen Immaterialgüter- rechtsgesetzen.....	16
C. URG.....	18
D. MSchG.....	28
E. PatG.....	42
F. UWG.....	43

I. Aufbau des Kommentars

Das Bundesgesetz über den Schutz von Design (DesG) ist am 1. Juli 2002 in Kraft getreten und hat das Bundesgesetz betreffend die gewerblichen Muster und Modelle von 1900 (MMG) ersetzt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich in den letzten hundert Jahren vor dem Inkrafttreten des DesG grundlegend geändert und die Bedeutung des Designschutzes war erheblich gewachsen. Im Rahmen der Totalrevision galt es daher dem geänderten Bedürfnis nach einem effizienten, ausgebauten Schutz von Formgebungen Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund gilt es in **Teil A** dieses Kommentars zunächst die Entstehungsgeschichte und den Anwendungsbereich des DesG darzustellen. Dazu zählen insbesondere die Ausführungen über die Entwicklung des Designbegriffes und die Suche nach einem adäquaten Rechtsschutz für das Design. Ferner werden in diesem Teil das Verhältnis des DesG zu den anderen Immaterialgüterrechtsgesetzen einerseits sowie eine Übersicht der internationalen Abkommen mit Auswirkungen auf den schweizerischen Designschutz andererseits erläutert. Seit dem Inkrafttreten des DesG hat sich Einiges getan, so sind zahlreiche interessante Entscheidungen ergan-

1

gen und Publikationen erschienen, welchen im Rahmen dieser Zweitaufgabe Rechnung getragen werden. Seit dem Erscheinen der Erstauflage dieses Kommentars wurden zudem gewisse Bestimmungen des DesG geändert oder gestrichen und mit der Revision zahlreicher Gesetze erschien das Bedürfnis nach einer aktualisierten Auflage als gegeben.

- 2 In **Teil B** werden die einzelnen Bestimmungen des DesG kommentiert. Dabei wird bei jedem Artikel zwischen einem *allgemeinen* und einem *besonderen Teil* unterschieden. Innerhalb des allgemeinen Teils finden sich jeweils einleitende Bemerkungen zur entsprechenden Norm, Hinweise zu den Änderungen gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf sowie ein Vergleich mit dem MMG und mit anderen Immaterialgüterrechtsgesetzen. Ferner wird im allgemeinen Teil jeweils punktuell auf die entsprechenden Bestimmungen der internationalen Abkommen und der EU-Gesetzgebung Bezug genommen. Im besonderen Teil folgt dann die Analyse der einzelnen Tatbestandselemente. Aufgrund der Bedeutung der EU-Gesetzgebung und des Haager Abkommens über die internationale Hinterlegung der gewerblichen Muster und Modelle (HMA) wird auf diese Regelwerke in diesem Kommentar jeweils Bezug genommen. Bezüglich Zitierweise von Entscheiden wird differenziert: Ist erst der Name des Entscheids, anschliessend die Fundstelle aufgeführt (bspw. *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014, in: sic! 2014, S. 545), handelt es sich um einen Entscheid von Schweizer Behörden in immaterialgüterrechtlichen Angelegenheiten, welcher im Entscheidregister aufgeführt ist. Ist demgegenüber zuerst die Fundstelle, danach der Name zitiert, handelt es sich um Entscheide ausländischer bzw. internationaler Behörden oder um Entscheide von Schweizer Behörden ohne (grösseren) Bezug zum Immaterialgüterrecht (bspw. Entscheid des EuGH vom 18. November 2015, T-813/14, *Cases for Portable Computers*), die nicht separat aufgelistet wurden.
- 3 In den **Anhängen** schliesslich sind einige der wichtigsten Erlasse und internationalen Abkommen in den aktuell geltenden Fassungen wiedergegeben.

II. Geschichte des Designs

- 4 Der Begriff «Design» stammt aus dem Angelsächsischen, wo er erstmals im Jahre 1588 im Oxford English Dictionary erwähnt und beschrieben wurde (BÜRDEK, S. 12 f.). Dasselbe Wörterbuch definiert in seiner Ausgabe von 1989 Design als «Entwurf» eines beliebigen Gegenstandes, in zwei- oder dreidimensionaler Form, im Hinblick auf die nachfolgende Umsetzung. Design («to design») wird somit als eine der Herstellung eines Produktes vorgelagerte, selbstständige Tätigkeit umschrieben. Diese Definition widerspiegelt die industrielle Revolution und die damit verbundene personelle Arbeitsteilung, in der sich der Beruf der Designerin – ausgehend von Grossbritannien – erst entwickeln konnte. Während beim ursprünglichen Arbeitsprozess der Manufaktur Entwurf und Ausführung noch eine Einheit bildeten, führte die Industrialisierung zu einer

Trennung dieser beiden Tätigkeitsbereiche. Die Entwurfsarbeit kann zwar bis zu den Dombauhütten des Mittelalters zurückverfolgt werden, doch präzierte sich das Berufsbild der Designerin erst mit der modernen Produktionsweise des Industriezeitalters (SELLE, S. 10 und S. 12). Mit der Erfindung der Dampfmaschine konnte die teure Handarbeit durch eine preiswerte, maschinelle Herstellungsweise ersetzt werden, was die Massenproduktion erst ermöglichte. Damit erklärt sich auch das während langer Zeit vorherrschende Verständnis von Design als Gestaltung von industriell reproduzierbaren Gebrauchsgegenständen.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich der Beruf der Designerin einschneidend verändert und mit ihm die vielfältigen Erscheinungsformen der Produktgestaltung. Zu Beginn der Industrialisierung stand die Suche nach einfach reproduzierbaren Formen im Mittelpunkt. Es galt die wachsende Nachfrage nach Produkten des täglichen Bedarfs zu decken, was angesichts der anfänglich noch fehlenden Tradition der Massenproduktion zu einem Stilgemisch führte, da sich die Hersteller von Gebrauchsgegenständen weitgehend auf das Zitieren von Stilen vergangener Epochen beschränkten. Die Produkte waren zudem oftmals von sehr schlechter Qualität, weil das Schwergewicht auf die rasche, möglichst kostengünstige Serienfertigung gelegt wurde. Als Gegenreaktion auf diese als Historismus bezeichnete Epoche entwickelten sich um die vorletzte Jahrhundertwende etliche Reformbewegungen, die etwa im Jugendstil, im Werkbund und im Bauhaus ihren Ausdruck fanden. Im Zentrum der Bestrebungen der Reformisten stand die Suche nach einer qualitativen Verbesserung der Produkte und einer für die Massenfertigung eigenen Produktesprache, welche sich nicht auf Stilizitate beschränken sollte. Dabei fanden zunehmend auch neue Materialien wie Stahl und Kunststoff Eingang in den Fertigungsprozess. Die Früchte dieser Bewegungen zeigen sich etwa in den bekannten frei schwingenden Stahlrohrstühlen von Mart Stam und Marcel Breuer, den kubischen Sesseln von Le Corbusier, entstanden in Zusammenarbeit mit Pierre Jeanneret und Charlotte Perriand, den organischen Kunststoffstühlen von Charles und Ray Eames oder denjenigen von Eero Saarinen. Diese als Moderne bezeichnete Epoche stand in der Tradition der vom Architekten Louis H. Sullivan geprägten Funktionalismus-Doktrin «form follows function» (zit. bei WIED, S. 174). Daraus entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg die Schule der «Guten Form», welche sich – wie etwa die Ulmer Hochschule für Gestaltung – der Schönheit des Einfachen und Nützlichen verschrieben hatte. Die Ergonomie der Form prägte das gute Design.

Zu einem Paradigmenwechsel kam es – ausgehend von den Entwicklungen in Italien – erst in den sechziger Jahren. Das Design löste sich vom Funktionalismusdiktat und wurde zum Träger gesellschaftskritischer Werte. Dabei standen vor allem der ewige Kreislauf von Produktion und Konsum im Zentrum der Kritik. Parallel zur konventionellen Industrieproduktion entstand in jener Zeit eine subversive Designkultur, die aufrüttelte und irritierte, das so genannte «Radical Design» (NEUMANN C., S. 72). Das Design emanzipierte sich damit in spielerisch-ironischer Weise von der Pflicht zur reinen Brauchbarkeit (BÜRDEK, S. 41 und

S. 59 ff.). Im Rahmen der damaligen Experimentierfreudigkeit wurde «form follows fun» zum Dogma der Formgebung; es galt der Grundsatz «anything goes» (FEYERABEND, S. 30). Damit hatte sich das Design weit von seiner ursprünglichen Bedeutung entfernt (PESCE zit. bei GSÖLLPOINTNER/HAREITER/ORTNER, S. 299).

- 7 Die Entwicklung des Designs zu seiner heutigen Ausprägung lässt sich somit in vier zentrale Abschnitte unterteilen: Während die erste Phase – als Resultat der industriellen Revolution – neue Verwendungsformen des Naturmaterials und die Entwicklung des Designberufs erlaubte, etwa durch die Bugholzstühle der Gebrüder Thonet repräsentiert, wurde in der zweiten Phase dem Designgegenstand angesichts der Anforderungen durch die Massenproduktion unter Verwendung neuer Materialien eine neue Formsprache verliehen, wie sich etwa an den Stahlrohrstühlen des Bauhauses zeigt. In der dritten Phase wurde das Massenprodukt wieder zum Künstler-Unikat (SELLE, S. 324), was vor allem das italienische Design der 60er-Jahre demonstriert. Die vierte und damit aktuelle Phase schliesslich wird geprägt durch eine Durchdringung des täglichen Lebens mit Designs unterschiedlichster Erscheinungsformen, wobei sich nach durchlebter Postmoderne eine gewisse Orientierungslosigkeit zeigt: Das Industriedesign nimmt ständig neue Technologien in sich auf und sucht neue Ausdrucksformen, wobei alle schon durchlebten Designepochen zitiert werden.
- 8 In Anbetracht dieser Entwicklung und dem Stellenwert, den die Formgebung von Gebrauchsgegenständen heute einnimmt, ist es nicht vermessen, Design als eines der bedeutendsten Kulturphänomene des vergangenen Jahrhunderts zu bezeichnen. Die Bandbreite an Aufgaben, die das Design zu erfüllen hat, ist im Vergleich zu seinen Anfängen erheblich erweitert worden. Gleichzeitig ist die Frage nach einer Eingrenzung des Begriffes erschwert worden. Die Gestaltung von langlebigen Massenprodukten, welche hohen technischen Anforderungen genügen müssen, zählen ebenso zum Design wie jene kunsthandwerklichen Unikate, für welche die Funktionalität von sekundärer Bedeutung ist: Verselbständigte ästhetische Objekte, die sich nicht mehr auf ihre materiellen Eigenschaften reduzieren lassen (WICHMANN, Italien, S. 25). Die Anforderungen an einen zeitgemässen Designbegriff sind zudem in den letzten Jahren stetig gewachsen, denn längst fällt nicht mehr nur die Gestaltung von Erzeugnissen darunter. Unter Design wird – so etwa die Definition gemäss Swiss Design Association (SDA) – ein Entwicklungs- und Gestaltungsprozess verstanden, der sich auf Dienstleistungen, Produkte, Räume, Systeme und Prozesse wertschöpfend und kulturschaffend auswirkt. Design ist mithin ein Prozess, nicht ein Resultat, und für alle Bereiche des menschlichen Tuns relevant. So ist der Designbegriff attraktiv und umfassend wie noch nie und damit kaum mehr zu greifen. Da gibt es neben dem klassischen Produkt-Design etwa das Communication Design, das Service Design, das User Experience Design oder die Methode des Design Thinking. Alles ist Design und jede eine Designerin, jeder ein Designer. Dessen ungeachtet darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, welche Absicht der Gesetzgeber mit dem Designgesetz verfolgte: Es galt das Resultat des Designprozesses als Materialisierung der kreativen Idee davor zu schüt-

zen, dass es durch Dritte beliebig reproduziert werden darf. Rechtlich gesehen steht somit die Gestaltung des Produktes im Mittelpunkt des Designgesetzes, auch wenn der Designbegriff (ausserhalb der Gesetzgebung) sehr viel weiter zu fassen ist.

III. Suche nach einem adäquaten Rechtsschutz für Design

Da das Design sowohl künstlerische als auch technische Aspekte miteinander vereint, ist der Rechtsschutz irgendwo zwischen Urheber- und Patentrecht anzusiedeln. Design hat zu gefallen und zugleich praktisch zu sein: Ausstellungsobjekt für die Einen, blosser Gebrauchsgegenstand für die Anderen. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Suche nach einer geeigneten «Schublade» für die rechtliche Qualifikation dieses Hybriden (COHEN, Hybriden, S. 687 ff.; COHEN, Comparative study, S. 77 ff.). Im Grunde genommen passt das Design in keines der gängigen Raster des Immaterialgüterrechts und wurde wohl gerade deshalb von den Gesetzgebern bis Ende des letzten Jahrhunderts sträflich vernachlässigt. Dies erklärt, weshalb zuweilen auch vom «Stiefkind» oder dem «enfant terrible» des Immaterialgüterrechts die Rede war (BEIER, Gewerblicher Rechtsschutz, S. 604; BEIER, Zukunft, S. 683; KUR, TRIPS Designschutz, S. 185; TROLLER A., enfant terrible, S. 717). Obgleich in den meisten Ländern ein spezialgesetzlicher Schutz für das Design existiert, sind die Auffassungen darüber, ob ein Design eher dem Künstlerischen oder dem Technischen zugehörig ist und damit auch die rechtlichen Ausgestaltungen des Designschutzes äusserst vielfältig: Der Schutz erfolgt etwa durch das Urheber-, Geschmacks- oder Gebrauchsmusterrecht, abhängig oder unabhängig von einer allfälligen Registrierung, mit und ohne Anspruch auf Schutzkumulation durch die verschiedenen Gesetze (vgl. hierzu etwa LEVIN, S. 713 ff.). Bei keinem anderen Immaterialgut präsentiert sich ein solcher Pluralismus an Rechtsschutzmöglichkeiten und -ausgestaltungen.

Eine besondere Bedeutung nimmt dabei das Verhältnis zwischen dem spezialgesetzlichen Designschutz und dem Urheberrecht ein, da sich grundsätzlich beide Gesetze mit dem Schutz der äusseren Formgebung eines Gegenstandes im weiteren Sinne befassen und dadurch in gewissem Sinne in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. In diesem «Wettstreit der Immaterialgüterrechtsgesetze» liegen die Vorteile des Urheberrechts klar auf der Hand: Ein viel länger andauerndes, meist kostenloses Monopolrecht mit weitem Schutzzumfang, welches ohne Formalitäten entsteht und dank gut funktionierenden internationalen Konventionen in den meisten Ländern durchgesetzt werden kann (vgl. auch COHEN, Hybriden, S. 696; COHEN, Cumulative Protection, S. 83). Dabei kommt dem Design für den Urheberrechtsschutz der Umstand entgegen, dass sich im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts langsam das Bewusstsein durchgesetzt hat, dass das Urheberrecht nicht mehr nur zum Schutz der «Schönen Künste» dient. Der Katalog urheberrechtlich schutzfähiger Werke wurde in vielen Ländern gemäss den geänderten Wertvorstellungen sukzessive ausgedehnt. So fanden beispielsweise auch in der Schweiz im Rahmen der Urheberrechtsrevision im Jahre 1922 Werke der angewandten Kunst Eingang ins Gesetz. Damit wuchs jedoch die Schwierigkeit, das Verhältnis zwi-

schen den verschiedenen Immaterialgüterrechten dogmatisch zu bestimmen (vgl. dazu nachfolgend N 41 ff.). Weiter erschwert wird diese Aufgabe durch den Umstand, dass die Markenschutzgesetze der meisten Industriestaaten seit nunmehr vielen Jahren dreidimensionale Zeichen in ihren Schutzbereich einbeziehen. Dreidimensionale Designs werden zunehmend auch als Formmarken hinterlegt, wodurch sie bei entsprechender Schutzverlängerung für eine unbeschränkte Dauer geschützt werden können. Dieser Aspekt steigerte die Attraktivität des Markenrechts erheblich (vgl. dazu nachfolgend N 57 ff.); und weil die Registerbehörden richtiggehend überschwemmt wurden mit Eintragungsgesuchen für Formmarken, kam es wohl aus dem Bedürfnis einer Abgrenzung dazu, dass die Anforderungen an die Eintragungsfähigkeit «nicht konventioneller Marken», zu denen auch die Formmarken zählen, in den meisten Ländern stetig erhöht wurden.

IV. Internationale Abkommen mit Auswirkungen auf das DesG

- 11 Im Bereich des Designschutzes sind für die Schweiz folgende internationale Abkommen von Bedeutung (einen Überblick über die internationalen Abkommen liefert etwa MAUGUÉ, S. 3 ff.):
- 12 Das Haager Abkommen über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (**HMA**, letztmals revidiert in Genf am 2. Juli 1999, die aktuellste Fassung ist für die Schweiz am 23. Dezember 2003 in Kraft getreten, SR 0.232.121.4).
- 13 Das Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (**TRIPS-Abkommen**, Anlage 1 C zum Abkommen zur Errichtung der WTO vom 15. April 1994, SR 0.632.20).
- 14 Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (**PVÜ**, letztmals revidiert in Lissabon am 31. Oktober 1958, in Kraft getreten in dieser Fassung für die Schweiz am 17. Februar 1963, SR 0.232.03).
- 15 Die Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (**RBÜ**, letztmals revidiert in Paris am 24. Juli 1971, in dieser Fassung für die Schweiz am 25. September 1993 in Kraft getreten, SR 0.231.15).

A. Haager Musterabkommen (HMA)

- 16 **Entstehung und Inhalt.** Das Haager Musterabkommen ist 1928 in Kraft getreten und stellt ein Sonderabkommen zur PVÜ dar, weshalb es nur den entsprechenden Mitgliedstaaten offen steht. Das HMA begründet kein einheitliches Designrecht, sondern erleichtert nur das Verfahren der internationalen Hinterlegung. Eine einzige Designanmeldung beim Internationalen Büro der World Intellectual Property Organisation (WIPO) in Genf dient als Antrag auf Erteilung des Designschutzes in einem oder mehreren Mitgliedstaaten. Dieser Schutz ist jedoch rein

national und unterliegt den Bedingungen der Gesetzgebung jener Staaten, die in der Hinterlegung benannt werden (Botschaft, BBl 2000, S. 2735, mit einer Liste der entsprechenden Mitgliedstaaten). Die Wirkungen eines international hinterlegten Designs und auch deren Schutzvoraussetzungen werden daher nach nationalem Recht beurteilt (siehe etwa *Johnson's Baby*, RKGE vom 14. Februar 2000: sic! 2000, S. 313 f.). DesG 29 räumt einem international mit Benennung Schweiz hinterlegten Design denselben Schutz ein wie einem solchen, das direkt in der Schweiz hinterlegt wird (vgl. dazu N 15 zu DesG 29). Auf die einzelnen Bestimmungen des HMA wird primär im Zusammenhang mit der Kommentierung von DesG 29 (N 1 ff. zu DesG 29) eingegangen.

Revisionen. Das HMA wurde bereits drei Mal einer Totalrevision unterzogen, einmal in London im Jahre 1934 (nachfolgend «HMA 1934»), dann in Den Haag im Jahre 1960 (nachfolgend «HMA 1960»; erst am 1. August 1984 in Kraft getreten) und schliesslich in Genf im Jahre 1999 (nachfolgend «Genfer Akte»). Das Inkrafttreten der aktuellsten Fassung setzte gemäss Genfer Akte 28 die Ratifikation durch eine Mindestanzahl Vertragsstaaten voraus, welche zudem ein minimales Jahresvolumen an Designanmeldungen aufweisen mussten. Die entsprechenden Voraussetzungen wurden durch den Beitritt Spaniens am 23. September 2003 erfüllt, weshalb die Genfer Akte am 23. Dezember 2003 in Kraft getreten ist (Information Notice WIPO No. 12/2003). Aufgrund der Tatsache, dass das Haager System mit der gleichzeitigen Anwendung von drei verschiedenen Rechtsakten in seiner Handhabung sehr komplex geworden war, beschlossen die Vertragsparteien der Londoner Akte anlässlich einer ausserordentlichen Tagung im September 2009, die Anwendung der Londoner Fassung mit Wirkung ab Januar 2010 einzufrieren. Das «HMA 1934» gelangt somit seit dem 18. Oktober 2016 nicht mehr zur Anwendung, weshalb nur noch die beiden jüngeren Fassungen des HMA in Kraft stehen (vgl. dazu auch N 23 ff. zu DesG 29). Zur Ermittlung des im konkreten Fall anwendbaren Vertrages ist darauf abzustellen, welche Fassung in dem Staat gilt, von welchem die Hinterlegerin eines Designs ihr Recht zur Anmeldung ableitet bzw. für welchen der Schutz beantragt wird.

17

B. Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)

Die Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ) ist die älteste internationale Konvention auf dem Gebiet des Immaterialgüterrechts. Sie ist bereits am 7. Juli 1884 in Kraft getreten. Ihr gehören zwischenzeitlich rund hundertvierzig Staaten an, darunter auch die Schweiz. Der Begriff des gewerblichen Eigentums umfasst gemäss PVÜ 1 Abs. 2 auch gewerbliche Muster und Modelle. Von besonderer Bedeutung für den Designschutz ist PVÜ 5^{quinquies}: Demnach besteht in allen Verbandsländern grundsätzlich die Verpflichtung, Muster und Modelle zu schützen. Es wird jedoch nicht vorgeschrieben, in welcher Form ein Mitgliedstaat diesem Erfordernis zu genügen hat (vgl. KUR, TRIPS Designschutz, S. 186). PVÜ 5^{quinquies} enthält weiter keinerlei Anhaltspunkte, aus welchen sich ein Mindeststandard für

18

den Schutz des Designs ableiten lässt, weshalb sich die materiellen Schutzvoraussetzungen ausschliesslich nach nationalem Recht richten. Von Relevanz für den Designschutz in der Schweiz sind im Besonderen die Bestimmungen zu den Prioritätsfristen und zur Ausstellungsimmunität (PVÜ 4 und PVÜ 11, vgl. dazu N 10 sowie N 12 zu DesG 3 und N 8 ff. zu DesG 22; ferner Botschaft, BBl 2000, S. 2779). Ferner gilt es zu beachten, dass der Schutz gemäss PVÜ 5 B wegen unterlassener Ausübung und Einfuhr von Gegenständen, die mit den geschützten Designs übereinstimmen, nicht durch Verfall beeinträchtigt werden darf (vgl. dazu BODENHAUSEN, S. 61 f.). Anders als im Markenrecht besteht somit kein Benutzungszwang für Designs, weshalb der unterlassene Gebrauch nicht zu einem Untergang des Schutzes führen kann (vgl. N 18 zu DesG 4 und N 41 zu DesG 5). Zudem ist gemäss PVÜ 5 D für die Anerkennung des Rechts die Anbringung eines Zeichens oder Vermerks über die Hinterlegung des Musters oder Modells auf dem Erzeugnis nicht erforderlich und gemäss PVÜ 5^{bis} haben die Vertragsstaaten eine Nachfrist für die Zahlung von Aufrechterhaltungsgebühren von mindestens 6 Monaten zu gewähren.

C. TRIPS

- 19 **Entstehung.** Das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) – für die Schweiz am 1. Juli 1995 in Kraft getreten – umfasst mit dem TRIPS-Abkommen auch das geistige Eigentum. Bei diesem für die Mitgliedstaaten verbindlichen Handelsübereinkommen handelt es sich um die bisher umfassendste Konvention zum Schutz des geistigen Eigentums auf weltweiter Ebene (vgl. hierzu KATZENBERGER, S. 447 ff.; STAEHELIN, S. 1 ff.; DREIER, S. 205 ff.; DREXL, S. 777 ff.; CHRISTIAN, S. 1 ff.). Von Bedeutung für den Immaterialgüterrechtsschutz ist dabei in erster Linie die in TRIPS 2 Abs. 1 vorgesehene Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die materiellen Bestimmungen der PVÜ (Stockholmer Fassung) zu befolgen.
- 20 Der Designschutz hat im TRIPS-Abkommen nur eine bescheidene Regelung erfahren: TRIPS 25 und TRIPS 26 legen lediglich einen Mindeststandard fest, der von den Mitgliedstaaten nicht unterschritten werden darf, ohne jedoch etwa die Form vorzuschreiben, in welcher der Rechtsschutz gewährt werden soll. So kann ein Mitgliedstaat diesen Anforderungen selbst ohne Erlass eines speziellen Designgesetzes genügen, indem der Schutz ausschliesslich über das Urheberrecht gewährt wird (so etwa in Griechenland bis 1997 der Fall). TRIPS 25 Abs. 2 enthält im Übrigen eine Sonderbestimmung für den Schutz von Textilmustern (vgl. dazu KUR, TRIPS Designschutz, S. 191). Auf die beiden Bestimmungen, welche sich mit den Schutzvoraussetzungen und dem Schutz des Designs befassen, wird an entsprechender Stelle im Kommentar näher eingegangen (vgl. N 9 zu DesG 2, N 10 zu DesG 8 sowie N 5 zu DesG 9).

Anpassungen des schweizerischen Rechts. Den durch die Unterzeichnung des TRIPS-Abkommens erforderlich gewordenen Anpassungen der nationalen Gesetzgebung hat die Schweiz bereits unter der Herrschaft des MMG Rechnung getragen und die entsprechenden Änderungen per 1. Juli 1995 in Kraft gesetzt (BBl 1994, S. 950 ff.). Hinsichtlich der materiellen Schutzvoraussetzungen sah der schweizerische Gesetzgeber keinen Handlungsbedarf (vgl. etwa auch WANG, S. 104 f.).

21

D. Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ)

Entstehung. Im Jahre 1883 wurde in Bern auf Initiative der «Association littéraire et artistique internationale» (ALAI, 1878 in Paris unter der Präsidentschaft von Victor Hugo gegründet) ein Kongress durchgeführt, anlässlich welchem der Entwurf einer multilateralen Konvention zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst verabschiedet wurde. Dieser Konventionsentwurf gipfelte dann in der 1886 verabschiedeten Berner Übereinkunft, welche im Jahre 1908 total revidiert wurde und seither als Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ) bezeichnet wird.

22

Primäre Anliegen. Die RBÜ verfolgt zwei *primäre Anliegen*: Zum einen soll die Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Urhebern gewährleistet werden. Gemäss dem in RBÜ 5 statuierten Grundsatz der *Inländerbehandlung* sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Angehörigen eines Verbandslandes denselben Schutz einzuräumen, den sie den eigenen Staatsangehörigen gewähren (vgl. MASOUYÉ, S. 31 ff.; JOOS/MOUFANG, S. 887 f.; siehe dazu ferner etwa die Entscheide *Le Corbusier*, Oberster Gerichtshof von Österreich vom 5. November 1991: GRUR Int. 1992, S. 675; *Eileen Gray*, OLG Karlsruhe vom 22. September 1993: GRUR 1994, S. 284; *Mackintosh*, OLG Frankfurt vom 4. März 1993: GRUR Int. 1993, S. 965). Im Weiteren werden in der RBÜ gewisse *Mindeststandards* festgeschrieben, auf die sich jede Urheberin und jeder Urheber berufen kann (siehe dazu etwa die Entscheide *Le Corbusier*, Oberster Gerichtshof Österreich vom 5. November 1991: GRUR Int. 1992, S. 675; OLG Frankfurt vom 19. Juni 1992: GRUR Int. 1993, S. 335). Das Design kann als Werk der angewandten Kunst ebenfalls in den Genuss des Urheberrechtsschutzes gelangen. Deshalb ist zu untersuchen, welche Bedeutung der RBÜ für den Designschutz zukommt.

23

Werke der angewandten Kunst. Während der ersten Jahre des Bestehens der RBÜ gab es noch erhebliche Unterschiede zwischen den nationalen Gesetzen der Verbandsstaaten betreffend den Schutz von *Werken der angewandten Kunst* (RICKETSON, S. 267 ff.). Den extremsten Ansatz verfolgte Frankreich, wo getreu dem Grundsatz der «*unité de l'art*» kein Unterschied zwischen so genannter «reiner Kunst» und Werken der angewandten Kunst gemacht wurde; beide Kategorien waren gleichermaßen durch das Urheberrecht geschützt. Demgegenüber zeigten Länder wie etwa Italien, Deutschland und Grossbritannien mehr Zurückhaltung und gewährten Werken der angewandten Kunst den Urheberrechtsschutz nur sehr restriktiv. Es erstaunt daher kaum, dass der anlässlich der Revisionskonferenz von Ber-

24

lin gemachte Vorschlag, die Erzeugnisse des Kunsthandwerkes ausnahmslos den Kunstwerken gleichzustellen, zu heftigen Diskussionen Anlass bot. So setzte sich etwa die Schweiz mit dem Argument, es stehe hierfür der Muster- und Modellschutz zur Verfügung, gegen die Aufnahme von Werken der angewandten Kunst in die RBÜ zur Wehr (vgl. DAVID, Berner Übereinkunft, S. 183 f.). Die Revisionskonferenz von Berlin 1908 führte zu folgendem Ergebnis: Die Möglichkeit des Schutzes von Werken der angewandten Kunst wurde in einem separaten Artikel zwar vorgesehen, doch sollte den Erzeugnissen des Kunsthandwerks der Schutz nur so weit gewährt werden, als die Gesetzgebung eines jeden Landes dies gestattete. Immerhin wurde aufgrund des in RBÜ 2 Abs. 4 verankerten Grundsatzes der Inländerbehandlung Schweizer Design in denjenigen Mitgliedstaaten, welche das Kunsthandwerk in ihrem Katalog urheberrechtlich geschützter Werke aufführten, grundsätzlich ebenfalls Urheberrechtsschutz gewährt. Eine Ausnahme galt für jene Länder, welche wie Frankreich einen entsprechenden Vorbehalt anbrachten. Die Werke der angewandten Kunst wurden erst anlässlich der Revisionskonferenz von Brüssel im Jahre 1948 in das Verzeichnis der geschützten Werke von RBÜ 2 Abs. 1 aufgenommen. Doch auch hier kam es wiederum zu Einwendungen, diesmal von Seiten von Italien, Grossbritannien und Japan. Im Sinne eines Kompromisses wurde deshalb den Verbandsländern die Möglichkeit eingeräumt, die Schutzdauer für diese Werkkategorie in den nationalen Gesetzen zu kürzen (DAVID, Berner Übereinkunft, S. 186). Erst seit der Stockholmer Fassung von 1967 haben die Mitgliedstaaten den Werken der angewandten Kunst gemäss RBÜ 7 Abs. 4 einen Schutz von wenigstens 25 Jahren zu gewähren.

- 25 **Schutz der Werke der angewandten Kunst durch die einzelnen Verbandsländer.** Wegen der Vielfalt künstlerischer Leistungen, welche unter den Begriff der angewandten Kunst subsumiert werden können, sind die Verbandsländer gestützt auf RBÜ 2 Abs. 7 grundsätzlich frei zu bestimmen, in welcher Form und gestützt auf welche Voraussetzungen Werke der angewandten Kunst und gewerbliche Muster und Modelle geschützt sind (vgl. NORDEMANN/NORDEMANN/CZYCHOWSKI, S. 119 ff.; MASOUYÉ, S. 13). Die RBÜ knüpft bei der Existenz eines spezialgesetzlichen Schutzes an: Werke, die im Ursprungsland nur als gewerbliche Muster und Modelle sondergesetzlich geschützt werden, gelangen in einem anderen Verbandsland ebenfalls nur in den Genuss des Sonderschutzes. RBÜ 2 Abs. 7 sieht somit eine Abweichung vom Grundsatz der Inländerbehandlung vor (siehe dazu etwa *Eileen Gray*, OLG Frankfurt vom 22. September 1993: GRUR 1994, S. 284). Dies hat zur Folge, dass ein beispielsweise in Italien vom Urheberrechtsschutz ausgeschlossenes Geschmacksmuster auch in Deutschland oder Frankreich keinen Urheberrechtsschutz geniessen kann, obgleich in Frankreich alle Muster und Modelle grundsätzlich auch urheberrechtlich geschützt sind (vgl. KAHLENBERG, S. 68; NORDEMANN/NORDEMANN/CZYCHOWSKI, S. 122 f.).
- 26 Ein in der Schweiz nur gemäss DesG geschütztes Design kann sich somit in keinem anderen RBÜ-Land gestützt auf die RBÜ auf Urheberrechtsschutz berufen (OROU, S. 230). RBÜ 2 Abs. 7 hat allerdings seit dem Urteil des EuGH vom 20. Oktober

1993 in Sachen *Phil Collins* innerhalb der EU an Bedeutung verloren, da aufgrund des im EG-Vertrag statuierten Diskriminierungsverbotes jeder Urheber unmittelbar den Schutz verlangen kann, der einem inländischen Urheber vorbehalten ist (vgl. LORENZEN, S. 17 f.; KAHLLENBERG, S. 69; KARNELL, S. 733). Zudem führte der in der EU verankerte Grundsatz der Schutzkumulation (EU-MRL Erwägung 8) zu einer gewissen Rechtsvereinheitlichung zwischen Urheberrechts- und Designschutz (vgl. nachfolgend N 56).

Da RBÜ 2 Abs. 7 den Verbandsländern einen sehr grossen Freiraum belässt und die nationalen Gerichte den Schutz des Designs gemäss ihren landesspezifischen Kriterien beurteilen, wurde das erklärte Ziel, einen international gültigen Mindeststandard für den Schutz von Werken der Literatur und Kunst zu schaffen, für Werke der angewandten Kunst nicht realisiert. Der nationale Wildwuchs bleibt, mit Ausnahme der Regelungen innerhalb der EU, weiterhin bestehen.

27

V. Rechtsvereinheitlichung des Designschutzes in der Europäischen Union

Die grossen Unterschiede in der dogmatischen Erfassung des Designs und damit auch in den Ausgestaltungen der nationalen Designschutzgesetze stellten ein Hindernis im internationalen Warenhandel dar. So gelangte eine Studie für die EU bereits 1962 zum Schluss, dass die Schaffung eines einheitlichen Designgesetzes notwendig sei, um einen funktionierenden Binnenmarkt zu gewährleisten (KUR, Zukunft, S. 353). Dennoch liessen die Harmonisierungsbestrebungen etliche Jahre auf sich warten, denn im Mittelpunkt der Vereinheitlichungsbestrebungen standen während langer Zeit das Patent- und das Markenrecht. Gerade aufgrund des Umstandes, dass sich der Designschutz als eine hybride Rechtsfigur mit teilweise stark divergierenden Lösungsansätzen präsentierte (vgl. oben N 10 f.), musste sich eine Rechtsvereinheitlichung als äusserst schwierig erweisen.

28

Die Arbeiten für ein europäisches Designrecht gehen zurück auf den Entwurf einer Arbeitsgruppe des Max-Planck-Instituts, welcher im Jahre 1989 veröffentlicht wurde (nachfolgend *MPI-Entwurf*). Dieser folgte einem sui-generis-Konzept und löste sich bewusst von einem patent- oder urheberrechtlichen Ansatz. Damit sollten die grundlegenden konzeptuellen Unterschiede in den einzelnen Mitgliedstaaten überwunden und das Design als Marketinginstrument mit einer eigenständigen Konzeption geschützt werden. Durch diesen so genannten «Design approach» sollte die bisher in vielen nationalen Gesetzen vorherrschende Abgrenzung zwischen funktionalem und ästhetischem Design überflüssig werden. Jede sich vom vorbekannten Formenschatz unterscheidende Gestaltung sollte grundsätzlich dem Designschutz zugänglich sein (vgl. dazu VEELKEN, S. 345 ff.; BEIER, Ersatzteile, S. 717; LORENZEN, S. 96 f.). Basierend auf diesem Entwurf nahm die EU-Kommission ihre Arbeiten zur Schaffung einheitlicher Designrechtsbestimmungen wieder auf und am 13. Oktober 1998 konnte schliesslich eine Richtlinie über den rechtlichen Schutz von Mustern und Mo-

29

dellen verabschiedet werden (Richtlinie 98/71/EG, nachfolgend *EU-MRL*). Darin verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten, ihre nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bis zum 28. Oktober 2001 entsprechend den Regelungen dieser Richtlinie anzupassen. Ferner wurde auch die Schaffung einer Verordnung an die Hand genommen, womit die Möglichkeit geschaffen werden sollte, einen Designschutz (analog zum Markenschutz) im gesamten Binnenmarkt über ein einziges und kostengünstiges Registrierungsverfahren beim Harmonisierungsamt in Alicante zu erlangen. Die Verordnung über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster wurde am 12. Dezember 2001 verabschiedet und trat am 6. März 2002 in Kraft (Verordnung Nr. 6/2002, nachfolgend *EU-GGMVO*). Seit dem 1. Januar 2003 ist es möglich, EU-Gemeinschaftsgeschmacksmuster (mit Wirkung ab 1. April 2003) beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), vormals Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM), zu hinterlegen. Zwischenzeitlich wurde die *GGMVO* mehrfach revidiert. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung ist die Zahl der EU-Mitgliedstaaten vorübergehend auf 28 gestiegen (nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sind es nun wieder nur noch 27), weshalb sie angepasst werden musste, um den einheitlichen Charakter der Gemeinschaftsgeschmacksmuster zu gewährleisten. Geschmacksmuster, die nach dem 1. Juli 2013 (Datum der letzten Erweiterung der EU) entstanden sind, geniessen in allen Mitgliedstaaten Schutz. Der Schutz von Gemeinschaftsgeschmacksmustern, die bereits vor dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten geschützt waren, wurde mit dem Datum des Beitritts automatisch und ohne zusätzliche Kosten auf das gesamte neue Gebiet der Mitgliedstaaten erstreckt. Im Jahr 2008 ist die EU ausserdem dem HMA beigetreten. Die Vereinigung der EU mit dem HMA ermöglicht es, die Vorteile beider Systeme zu kombinieren. Insbesondere die Verwaltung grosser Designportfolios wird dadurch vereinfacht. Demgegenüber bereitet(e) der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU («Brexit») gewisse Schwierigkeiten. Im Gegensatz zum Ablauf bei Beitritt neuer Mitgliedstaaten in die EU, enthält die *GGMVO* keine Bestimmungen für den Fall des Austritts eines Mitgliedstaates. Seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU muss für europäische Designanmeldestrategien nun jeweils geprüft werden, ob anstatt des Weges über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster vielmehr eine internationale Hinterlegung nach dem HMA vorgenommen werden soll, unter gleichzeitiger Beanspruchung des Schutzes für die EU und für das Vereinigte Königreich (zum Ganzen etwa auch *HASSELBLATT*, S. 7 ff.).

- 30 Der schweizerische Gesetzgeber orientierte sich bei der Redaktion des *DesG* an den Texten und Entwürfen der EU-Gesetzgebung, um die Europakompatibilität sicherzustellen (Botschaft, *BBl* 2000, S. 2781). Deshalb sind bei der Auslegung der einzelnen nationalen Bestimmungen auch die entsprechenden Bestimmungen des EU-Gemeinschaftsgeschmacksmusterrechts zu beachten. Im Rahmen der vorliegenden Kommentierung wird auf die einzelnen Bestimmungen der EU-Gemeinschaftsgesetzgebung jeweils bei den entsprechenden Artikeln des *DesG* näher eingegangen.

VI. Entstehung des DesG

A. Die Ursprünge

Das erste Muster- und Modellgesetz der Schweiz datiert vom 21. Dezember 1888 (nachfolgend aMMG) und trat am 1. Juni 1889 in Kraft. Da es etliche Unzulänglichkeiten aufwies, drängte sich schon bald eine erste Revision auf. Dabei ging es im Wesentlichen um die Bereinigung formeller Fragen der Hinterlegung. Obschon im Rahmen dieser Revisionsarbeiten festgehalten wurde, die gesamte schweizerische Industrie sei an einer guten Gesetzgebung zum Muster- und Modellschutz interessiert (vgl. RICHARD, französischer Berichterstatter der ständerätlichen Kommission, Sten. Bull. SR 1900, S. 169), waren es vornehmlich Vertreter der Stickerei- und Uhrenindustrie, der aargauischen Strohindustrie, der Seidenindustrie und der Jacquard Webereien, welche sich an der Ausarbeitung des neuen Gesetzes beteiligten (vgl. WILD, deutscher Berichterstatter der nationalrätlichen Kommission, Sten. Bull. NR 1900, S. 98). Dies verdeutlicht, welche Industriezweige mit dem Muster- und Modellgesetz geschützt werden sollten und an welchen Bedürfnissen das Gesetz sich primär orientierte.

31

B. Das revidierte Muster- und Modellgesetz von 1900

Im Muster- und Modellgesetz vom 30. März 1900 (nachfolgend MMG) hat der Gesetzgeber eine positive Definition des geschützten Musters und Modells vorgesehen. Gemäss MMG 2 sollte eine «*äussere Formgebung*» – in der französischen Fassung «*toute disposition de lignes ou toute forme plastique*» – geschützt werden. Obschon sich die Formulierungen unterschieden, vertrat die Mehrheit der Räte die Ansicht, die deutsche Definition umfasse sowohl die Anordnung von Linien als auch die plastische Form. Das Muster oder Modell musste zudem einer gewerblichen Verwertung als Vorbild dienen. Damit schien dem Gesetzgeber die Grenzziehung zu den künstlerischen Werken klar zu sein; solche sollten nicht unter das MMG fallen (vgl. WILD, Sten. Bull. NR 1900, S. 104).

32

Das MMG hat während seinem über hundertjährigen Bestehen nur unwesentliche Änderungen erfahren. Es handelt sich dabei in erster Linie um Anpassungen an überarbeitete internationale Übereinkommen, denen die Schweiz im Laufe der Zeit beigetreten ist, so etwa die PVÜ, das HMA sowie das TRIPS-Abkommen (Botschaft, BBl 2000, S. 2732). Aufgrund der seit dem Erlass des MMG grundlegend veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bereich der industriellen Produktgestaltung wurde Anfang der neunziger Jahre die Forderung nach einer vollständigen Überarbeitung des MMG laut. Die von der Economiesuisse (vormals Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein VORORT) im Jahr 1993 durchgeführte Befragung der Handelskammern und Fachverbände bestätigte die Notwendigkeit einer grundlegenden Überarbeitung. Ein zentraler Kritikpunkt bestand darin, dass der Schutzzumfang eines hinterlegten Musters oder Modells als zu gering

33

eingeschätzt wurde, da bereits kleine Abweichungen bei einer teilweise sogar offensichtlichen Reproduktion als ausreichend erachtet wurden, um eine Verletzung der Rechte am Original zu verneinen (zum Schutzzumfang vgl. die Ausführungen zu DesG 8). Die in der Praxis vorherrschende Überzeugung, gegen eine Nachahmerin ohnehin nicht erfolgreich vorgehen zu können, war mitunter auch einer der Gründe, weshalb viele Formgebungen in der Praxis gar nicht erst hinterlegt wurden.

C. Antrag auf Totalrevision des MMG

- 34 Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern interessierter Wirtschaftsverbände, erarbeitete die Leitlinien zu einem neuen Designgesetz, welche Bundesrat Arnold Koller mit dem Anliegen vorgelegt wurden, das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum (damals noch Bundesamt für Geistiges Eigentum, BAGE) mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen. Im Januar 1997 legte das IGE den ersten Vorentwurf zu einem neuen *Bundesgesetz über den Schutz von Mustern und Modellen* (nachfolgend VE 1997) vor. Dieser wurde den Wirtschaftsverbänden zur Stellungnahme unterbreitet, worauf es zu einigen substantziellen Änderungen kam, auf welche im Rahmen der Diskussion der einzelnen Bestimmungen im DesG zurückzukommen sein wird. Im Zentrum der Kritik standen dabei das doppelte Schutzkriterium von Neuheit und Eigenart sowie die veraltete Terminologie, zumal im VE 1997 noch immer von Mustern und Modellen die Rede war. Der überarbeitete Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom Juli 1998 übernahm den Änderungsvorschlag betreffend einer angepassten Terminologie, weshalb von da an vom *Designschutzgesetz* die Rede war (nachfolgend E/DSchG).
- 35 Aufgrund der angeblich breit abgestützten Einigung über die wesentlichen Neuerungen des Gesetzes und der bereits durchgeführten informellen Konsultationen wurde auf die Durchführung eines *formellen Vernehmlassungsverfahrens* verzichtet, obschon ausnahmslos Interessenvertreter der Wirtschaft auf die Vorarbeiten Einfluss genommen hatten. Zudem vertrat der Bundesrat in der Botschaft die Ansicht, dass es sich bei der Revision des MMG um ein politisch und rechtlich kaum umstrittenes Vorhaben handle (BB1 2000, S. 2733). Diese Vorgehensweise darf grundsätzlich als problematisch angesehen werden, zumal die nicht bzw. schlecht organisierten Designerinnen nicht am Gesetzgebungsverfahren beteiligt waren. Dass vor diesem Hintergrund kontroverse Diskussionen weitgehend ausblieben, ist leicht nachvollziehbar, erlaubt jedoch keine Rückschlüsse auf die Tragweite der im neuen Designgesetz vorgesehenen Regelungen.
- 36 Im Rahmen der internen Ämterkonsultation kam es zu marginalen Änderungen des E/DSchG, welche jedoch nichts an den materiellen Schutzvoraussetzungen änderten.

D. Bundesrätlicher Entwurf zum DesG

Der definitive Entwurf zum Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 16. Februar 2000 (E/DesG, BBl 2000, S. 2784) wurde im Frühjahr 2000 fertig gestellt und noch im selben Jahr vom Bundesrat dem Parlament vorgelegt. In der Frühjahrssession 2001 stimmte der Nationalrat als Erstrat dem Entwurf zu und führte dabei DesG 37 nachträglich ins Gesetz ein. Die in der Frühjahrssession 2001 im Tessin von Nationalrat Marc F. Suter vorgebrachten Änderungsanträge bezüglich E/DesG 34 und OR 332, welchen in der Ratsdebatte kein Erfolg beschieden war (vgl. dazu N 181 zu DesG 35, sowie N 51 zu DesG 7), wurden vom IGE jedoch zum Anlass genommen, bei der Economiesuisse ein Hearing – wiederum ausschliesslich mit Interessenvertretern der Wirtschaft – über die Akzeptanz der Gesetzesvorlage durchzuführen. Dabei kam es noch zu einigen Korrekturen, welche in der Rechtskommission des Ständerates vollumfänglich durchdrangen. Hierzu wird im Rahmen der Besprechung der relevanten Bestimmungen im Einzelnen einzugehen sein. Der Ständerat stimmte der Vorlage in der Juni-Session 2001 kommentarlos zu; die Meinung der Designerinnen und Designer und deren Verbände blieb weitgehend ungehört (vgl. BEUTLER/STUTZ, Revision, S. 17; LOCHER A., S. 20 f.). Nachdem der Nationalrat im Differenzbereinungsverfahren den Beschlüssen des Ständerates folgte, kam es zu keinen Änderungen mehr. In der vorliegenden Fassung trat das Designgesetz am 1. Juli 2002 in Kraft (AS 2002, S. 1456).

37

E. Zielsetzung der Revision

Zentrales Anliegen der Revision des MMG war der Ausbau des Designschutzes. Dabei ging es vor allem um die Verlängerung der Schutzdauer auf 25 Jahre und die Ausdehnung des Schutzzumfanges, da der Schutz nicht auf das Verbot der sklavischen Nachahmung beschränkt bleiben sollte. Zudem stand die Umschreibung der Schutzvoraussetzungen zur Diskussion, da deren Beurteilung durch die Gerichte bislang mit erheblicher Rechtsunsicherheit verbunden war. Insbesondere das durch die Rechtsprechung eingeführte Kriterium der Originalität sowie der Schutzausschluss technisch bedingter Formgebungen wurden selbst für optisch ansprechende Designs wiederholt zum Stolperstein (vgl. RITSCHER, Gedanken, S. 496). Das geltende Designgesetz sieht nunmehr einen Schutz für alle Formgebungen vor, welche kumulativ oder alternativ funktionale und/oder ästhetische Bedürfnisse zu befriedigen vermögen, unabhängig von ihrer Produktionsweise oder -menge.

38

Im Rahmen der Revision wurde auch den internationalen Abkommen, insbesondere den Vorschriften des TRIPS-Abkommens, der Genfer Akte sowie der EU-Gesetzgebung, Rechnung getragen. Trotz Berücksichtigung der Entwicklungen in der Europäischen Union sieht das DesG jedoch – entgegen der Lösung in der EU – keinen formlosen Designschutz vor.

39

VII. Verhältnis des DesG zu anderen Gesetzen

A. Einleitung

40 Das Designgesetz schützt wie alle übrigen Immaterialgüterrechtsgesetze eine bestimmte geistige Leistung durch Einräumung gewisser Exklusivrechte. Beim Designgesetz besteht die schutzwürdige Leistung in der *Gestaltung eines Erzeugnisses*. Schutzgegenstand bildet entsprechend nicht das Erzeugnis selbst, sondern einzig das in diesem Erzeugnis verkörperte Immaterialgut: die optisch wahrnehmbare Gestaltung bzw. – gemäss verschiedentlich verwendeter Terminologie des Bundesgerichtes – das Aussehen des Erzeugnisses (vgl. etwa *Surya*, BGer vom 2. Mai 2017: sic! 2017, S. 570, vgl. dazu die Abbildungen in N 103; ausführlich zum Ganzen N 1 sowie N 13 ff. zu DesG 1). Ein Erzeugnis ist das Ergebnis verschiedener geistiger Leistungen, welche etwa dessen Entstehung, optische Wirkung und Funktion beschlagen. Daher finden sich an einem einzigen Erzeugnis unter Umständen eine Vielzahl immaterialgüterrechtlich schutzfähiger Leistungen. So kann die Bemusterung eines Stoffes mit einem neu erdachten Fabelwesen unter Umständen gleichzeitig eine Grafik darstellen, welche als urheberrechtlich schutzfähiges Werk der bildenden Kunst qualifiziert (vgl. nachfolgend N 43 ff.). Wenn dieses Fabelwesen geeignet ist, unternehmerische Leistungen zu individualisieren und von denjenigen der Konkurrenz abzugrenzen, fällt auch der Schutz als Marke in Betracht (vgl. nachfolgend N 57 ff.). Zudem kann das Design sowohl ästhetische als auch technische Aspekte miteinander vereinen: Die Formgebung eines Erzeugnisses ist selten bloss Selbstzweck, sondern erfüllt oftmals auch eine (technische) Funktion. Die Technizität kann etwa darin liegen, dass sich ein gewisser optischer Effekt, der massgeblich für die Gestaltung eines Erzeugnisses ist, nur über bestimmte Verfahren realisieren lässt, welche wiederum auf einer patentwürdigen Erfindung beruhen können. Daher bestehen auch Berührungspunkte zum Patentgesetz. Die Suche nach einer geeigneten «Schublade» für die rechtliche Qualifikation des Hybriden Design gestaltet sich entsprechend als Herausforderung (vgl. oben N 10 f.).

B. Keine Hierarchie zwischen den verschiedenen Immaterialgüterrechtsgesetzen

41 Zwischen den verschiedenen Immaterialgüterrechtsgesetzen besteht keinerlei Hierarchie. Deshalb genießt keine immaterialgüterrechtlich geschützte geistige Leistung Vorrang gegenüber einer anderen (gl.M. etwa *CELLI/STAUB*, Kommentar, Einleitung N 14; *RITSCHER, Lego*, S. 902; *RITSCHER, Gedanken*, S. 496; *MARBACH, SIWR*, S. 16). Das Bestehen einer Hierarchie unter den Immaterialgüterrechtsgesetzen würde eine Wertung hinsichtlich Qualität oder Wichtigkeit der unterschiedlichen kreativen Leistungen erforderlich machen: Was verdient eher

den gesetzlichen Schutz, die Leistung der Erfinderin, des Künstlers oder der Industrial-Designerin? Für die Zulässigkeit einer Favorisierung einzelner innovativer Leistungen fehlt in den Immaterialgüterrechtsgesetzen jeglicher Anhaltspunkt. In der Lehre wird mitunter trotzdem die Ansicht vertreten, es bestehe eine Hierarchie unter den Immaterialgüterrechten, wobei dem Patentrecht gegenüber den anderen Rechten ein Vorrang zukomme (HEINRICH, Kommentar DesG, N 0.45: «Das Technische geht somit vor dem Ästhetischen»). Der Vorrang des Patentrechts gegenüber dem Schutz von Formen wird damit begründet, dass technisch bedingte Formen vom Designschutz ausgenommen sind (DesG 4 lit. c), ästhetisch relevante Formen dagegen prinzipiell patentfähig sind. Diese Ansicht ist abzulehnen, da der Schutzausschluss in beiden Richtungen gleichermaßen wirkt: Was ausschliesslich technisch bedingt ist, kann gemäss DesG 4 lit. c nicht Gegenstand des Designschutzes sein, da es bei diesem um den Schutz der Formgebung geht; was jedoch ausschliesslich ästhetisch motiviert ist, kann gemäss EPÜ 52 Abs. 2 lit. b ebenfalls nicht Gegenstand eines Patentes sein, da es an der Technizität fehlt (vgl. dazu nachfolgend N 90). Dieser gegenseitige Schutzausschluss ist nicht Ausdruck einer Wertung, sondern bloss der Versuch des Gesetzgebers, die einzelnen Schutzgegenstände von DesG und PatG zu definieren bzw. ihr gegenseitiges Verhältnis zu bestimmen. Dadurch wird weder eine Hierarchie unter den Immaterialgüterrechten geschaffen noch eine Überschneidung dieser Rechte ausgeschlossen. In der Lehre wird vereinzelt etwa der Ansatz vertreten, es sei darauf abzustellen, welche Funktion beim Design dominiere. Steht die technische oder die ästhetische Funktion im Vordergrund? Entsprechend könnte man versucht sein, den Designschutz nur dann zu gewähren, wenn die ästhetische Funktion bei einem Design überwiegt (so DESSEMONTET, CR-PI, N 8 zu DesG 1). Ein solcher Ansatz ist jedoch klar abzulehnen, denn damit wäre eine Wertung der einzelnen Beiträge im Designschaffungsprozess verbunden. Eine solche Wertung ist jedoch nicht sachgemäss: Es gilt alle Beiträge zusammen zu würdigen. Wenn die Voraussetzungen (z.B. Individualität, Eigenart) gemäss einem Immaterialgüterrechtsgesetz erfüllt sind, ist der Schutz auch zu gewähren, wenn bei einem Design möglicherweise gewisse technische oder künstlerische Aspekte stärker gewichtet werden könnten. Das Gleiche gilt auch für einen angeblichen Vorrang des Designschutzes gegenüber dem Markenschutz, denn Designschutzfähigkeit schliesst die Markenschutzfähigkeit keineswegs aus (so hingegen noch HEINRICH in der ersten Auflage seines Designkommentars [Kommentar DesG, N 0.49]; in seiner neuen Auflage erwähnt HEINRICH denn auch diese Hierarchie nicht mehr, sondern betitelt den relevanten Abschnitt mit «Überschneidungen» [HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 58 ff. zu Einleitung]; ausführlich zum Verhältnis der einzelnen Schutzrechte vgl. nachfolgend N 61 f.; ferner STUTZ, S. 283 f.). So ist es auch möglich, eine Gestaltung sowohl als Design als auch als Formmarke eintragen zu lassen (gl.M. CELLI/STAUB, Kommentar, Einleitung N 14, für den Fall des Ablaufs des Designschutzes bei entsprechender Verkehrsdurchsetzung). Die Behauptung, die technische Funktion sei wichtiger als die Ästhetik und diese wiederum wichtiger als die Kennzeichnung (so HEINRICH in der ersten Auflage seines Designkommentars [Kommentar DesG, N 0.49]; nicht mehr

enthalten in der neuen Auflage: HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 59 zu Einleitung) entbehrt jeglicher Grundlage. Jeder kreative bzw. innovative Beitrag verdient gleichermaßen Schutz, wenn die entsprechenden Schutzvoraussetzungen erfüllt sind, egal ob der Beitrag in einer technischen oder einer ästhetischen Leistung besteht. In keinem Bereich bestehen per se grössere Variationsmöglichkeiten. Im Übrigen ist zu bemerken, dass auch die in den einzelnen Immaterialgüterrechtsgesetzen unterschiedlich bemessene Schutzdauer gegen einen allfälligen Vorrang des Patentrechts spricht. Ein Abstellen auf die Schutzdauer würde die Marke gegenüber dem Design und dieses wiederum gegenüber dem Patent favorisieren.

C. URG

42

Schutzgegenstand. Das schweizerische Urheberrechtsgesetz (nachfolgend URG, SR 231.1) führt im Katalog schutzfähiger Werke – in Übereinstimmung mit RBÜ 2 Abs. 1 und 7 – auch die Werke der angewandten Kunst auf (URG 2 Abs. 2 lit. f). So werden Designobjekte grundsätzlich sowohl vom URG als auch vom DesG erfasst, sofern die Schutzvoraussetzungen nach beiden Gesetzen erfüllt sind. Gleiches kann bei Werken der Baukunst (URG 2 Abs. 2 lit. e), der bildenden Kunst und der Grafik (URG 2 Abs. 2 lit. c), bei fotografischen und anderen visuellen oder audiovisuellen Werken (URG 2 Abs. 2 lit. g), aber auch bei Werken mit wissenschaftlichem oder technischem Inhalt wie etwa Zeichnungen und Plänen (URG 2 Abs. 2 lit. d) gelten. Daher stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Design- und Urheberrecht. Diesbezüglich sind die einzelnen nationalen Gesetzgeber unterschiedlichen Konzepten gefolgt (vgl. die Übersicht bei LEVIN, S. 721 ff.; COHEN, Comparative Study, S. 77; COHEN, Cumulation, S. 517; PENTHEROUDAKIS, S. 676 f.; ferner oben N 25 ff.). In der Schweiz findet sich weder im URG noch im DesG eine Regelung. In aURG 5 fand sich dagegen noch folgender Passus: *«Ein unter dieses Gesetz fallendes Werk, das in fertiger Form oder im Entwurfe als gewerbliches Muster oder Modell hinterlegt wird, ist dadurch nicht vom Schutze dieses Gesetzes ausgeschlossen.»* Mit dieser Formulierung hatte der Gesetzgeber die Schutzkumulation grundsätzlich bejaht, ohne jedoch Mustern und Modellen generell auch den Genuss des Urheberrechtsschutzes zuteil werden zu lassen. Das in Frankreich herrschende System des «cumul absolu», wonach alle Muster und Modelle gemäss der Theorie der «unité de l'art» automatisch auch durch das Urheberrechtsgesetz geschützt sind (vgl. dazu nachfolgend N 49; ferner FEHLBAUM, S. 74 f.), wurde vom Gesetzgeber ebenso abgelehnt wie das in Italien noch vor der Umsetzung der EU-Geschmacksmusterrichtlinie bestehende System des alternativen Rechtsschutzes, gemäss welchem das spezialgesetzlich geschützte Design grundsätzlich vom Urheberrechtsschutz ausgeschlossen war (vgl. dazu etwa BENUSSI, Italien, S. 403; BONASI-BENUCCI, S. 18; SCHIMANN/FRANZOSI, S. 472; insbesondere zur Anpassung des italienischen Rechts an die EU-Gesetzgebung vgl. AUTERI, S. 360; ferner oben N 25 ff.; seit Verabschiedung der EU-MRL ist der Ausschluss jeglicher Schutzkumulation nicht mehr zuläs-

sig). Da im Rahmen der Urheberrechtsrevision aURG 5 ersatzlos gestrichen wurde, fehlt es in der Schweiz nunmehr an einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung.

Unterschied zum Designschutz. Wesentliche Unterschiede zum Designschutz bestehen darin, dass der Urheberrechtsschutz an keinerlei Formvoraussetzungen geknüpft ist, sich dank gut funktionierenden internationalen Konventionen in den meisten Ländern durchsetzen lässt und eine erheblich längere Schutzdauer aufweist (STUTZ, S. 2 f.). Zudem sieht das Urheberrecht gewisse Persönlichkeitsrechte vor, welche im Designgesetz weitgehend fehlen (vgl. dazu N 21 f. zu DesG 9, ferner STUTZ/HOTTINGER, S. 471 ff.). Diese Vorzüge favorisieren den Urheberrechtsschutz erheblich, weshalb der Schutz von Formgebungen durch das Designgesetz im Vergleich dazu als zweite Wahl erscheinen muss (vgl. dazu nachfolgend N 55). Diese Unterschiede lassen sich mit der Entstehungsgeschichte von URG und DesG erklären, erlauben aber keineswegs den Schluss, dass die Schutzgegenstände dieser beiden Gesetze sich grundsätzlich unterscheiden. Im Gegenteil: Unter den Immaterialgüterrechten bestehen bezüglich des Schutzes von optisch wahrnehmbaren Formgebungen genau zwischen diesen beiden Gesetzen die grössten Überschneidungen. Mit anderen Worten: Es scheint in der Lehre Einigkeit darüber zu herrschen, dass es kein klares Abgrenzungskriterium gibt, welches eine Trennung des Anwendungsbereichs des Urheberrechts vom designrechtlichen Formenschutz erlauben würde (so ebenfalls WANG, SIWR, S. 26).

Wenn sich DesG und URG hinsichtlich des eingeräumten Rechtsschutzes zu stark voneinander unterscheiden, muss es unweigerlich zu Problemen kommen, wenn die Gestaltung von Erzeugnissen zur Beurteilung steht, welche nach beiden Gesetzen geschützt sind (vgl. dazu BEUTLER/STUTZ, Revision, S. 17; STUTZ/HOTTINGER, S. 471 f.). Daher ist bei der Auslegung des DesG ein besonderes Augenmerk auf die Regelungen im URG zu richten (a.A. CELLI/STAUB, Kommentar, N 15 zu Einleitung). Der Gesetzgeber wäre gehalten gewesen, de lege ferenda den Besonderheiten des URG Rechnung zu tragen und hinsichtlich Rechtsschutzes keine diametral davon abweichenden Regelungen ins DesG aufzunehmen (wie dies insbesondere hinsichtlich Arbeitnehmer-Designs nun der Fall ist, vgl. dazu BEUTLER/STUTZ, Revision, S. 17; N 51 zu DesG 7).

Schutzvoraussetzung der Individualität. Gemäss URG 2 Abs. 2 sind Werke der Literatur und Kunst geschützt, sofern sie über einen individuellen Charakter verfügen. Die Individualität ist dabei ausschliesslich im Werk selbst zu suchen; auf das «persönliche Gepräge» des Urhebers wird im Gegensatz zu früher nicht mehr abgestellt (Botschaft URG, Sonderdruck, S. 45; *Wachmann Meili II*, BGer vom 19. April 2004; sic! 2005, S. 15; *Arzneimittel-Kompendium*, BGE 134 III 166; *Guide Orange*, BGE 136 III 225; nicht zutreffend daher HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 74 und N 77 zu Einleitung). Unter der Herrschaft des aURG wurde von der Rechtsprechung die Schutzvoraussetzung der Originalität ins Urheberrecht eingeführt, welche auch unter dem Regime des neuen URG wahlweise teils kumulativ, teils alternativ zur Schutzvoraussetzung der Individualität hinzutritt (vgl. etwa BGE 125 III 328 und BGE 130 III 168). Aus der Rechtsprechung wird nicht

ersichtlich, inwiefern das Bundesgericht zwischen diesen beiden Begriffen einen Unterschied macht, doch legt die Untersuchung der Judikatur den Schluss nahe, dass die Prüfung des Originalitätserfordernisses regelmässig einem Werturteil gleichkommt (vgl. dazu STUTZ, S. 146 ff.). Vom Werk wird eine gewisse künstlerische oder literarische Güte verlangt und die RichterIn erhebt sich zur Kunstexpertin, die beurteilen muss, was über die notwendige Leistungshöhe verfügt, um in den Genuss des Urheberrechtsschutzes zu gelangen. Die Materialien zum URG zeigen jedoch, dass weder der Raum noch die Notwendigkeit besteht, den Urheberrechtsschutz vom Erreichen einer subjektiv zu beurteilenden Qualitätsschwelle abhängig zu machen (vgl. STUTZ, S. 163 ff.). In Anbetracht der Unsicherheit, die sich mit dem Begriff der Originalität verbindet, und unter Berücksichtigung der Legaldefinition im Gesetz sollte auf eine verwirrende Terminologie künftig verzichtet und Originalität nicht länger als Voraussetzung für den Urheberrechtsschutz verwendet werden (vgl. STUTZ, Design, S. 1 ff.; gl.M. CELLI, Kommentar, N 7 zu DesG 1). Allein massgeblich ist die Schutzvoraussetzung der Individualität, welche sich mit Einmaligkeit gleichsetzen lässt (a.A. BARRELET/EGLOFF, N 14 zu URG 2, sowie HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 74 und N 107 zu DesG 2, der in irreführender Weise nach wie vor von Originalität bzw. Geprägtheit von der Individualität des Urhebers spricht und dabei überholte Rechtsprechung zitiert; zur Schutzvoraussetzung der Individualität gemäss URG im Verhältnis zur Eigenart gemäss DesG siehe nachfolgend N 49 ff.). Die Individualität eines Werkes setzt im Sinne eines Neuheitserfordernisses das Vorliegen eines Mindestmasses an Elementen voraus, welche sich deutlich von denen früher ausgeführter Werke unterscheiden (gl.M. STRÖMHOLM, Spielraum, S. 531). In diesem Sinne lässt sich Individualität gleichsetzen mit objektiver Neuheit, welche sich vergleichbar mit der von KUMMER entwickelten These der statistischen Einmaligkeit beurteilt (a.A. CELLI, Kommentar, N 7 zu DesG 1). Allerdings ist die Beurteilung des virtuell Möglichen – wie von KUMMER bei der These der statistischen Einmaligkeit gefordert – bei Werken der Literatur und Kunst unpraktikabel. Das Kriterium des Nichtnaheiegens, die Suche nach einem Unterschied zu möglichen oder eben zu erwartenden Formen, erweist sich als inadäquat, da sich urheberrechtlich schutzfähiges Werk schaffen in der Regel nicht vorhersehen lässt und die Anwendung einer solchen Schutzvoraussetzung lediglich mit Rechtsunsicherheit verbunden ist (a.A. DESSEMONTET, N 171 ff. auf S. 121; KUMMER, S. 30). Im Sinne objektiver Neuheit wird ein deutlicher Unterschied zum vorbestehenden Formenschatz gefordert, wie er interessierten Bevölkerungskreisen bekannt ist. Zudem muss das Werk, um auch subjektiv neu zu sein, vom Urheber stammen, das Ergebnis seiner eigenen schöpferischen Leistung darstellen (gl.M. WANG, SIWR, S. 31; zur Individualität als Schutzvoraussetzung gemäss URG siehe STUTZ, S. 125 ff.; STUTZ, Design, S. 1 ff.).

- 46 **Veränderter Kunstbegriff.** Der Kunstbegriff hat sich in den letzten hundert Jahren stark gewandelt und entspricht nicht mehr den klassischen Vorstellungen des gehobenen Kulturbürgertums zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Eine Unterscheidung zwischen Werken der reinen Kunst einerseits und Gebrauchsgegenständen mit künstlerischem Charakter andererseits lässt sich daher nicht mehr aufrechterhalten (gl.M.

BENUSSI, S. 108). Was als Kunstwerk gelten soll, vermag eine Juristin nicht zu entscheiden, denn die Rechtswissenschaft kann nicht weiter sein als die Kunstwissenschaft und diese hält keine entsprechende Definition bereit (WANDTKE, Kommerzialisierung, S. 387). Das Recht hat sich den geänderten Wertvorstellungen anzupassen, weshalb sich die Rechtsprechung um eine Definition des Werkbegriffes zu bemühen hat, welche auch einfache und in ihrer Gestaltung eventuell sogar primär technische Arbeitsresultate mitberücksichtigt. Ansonsten läuft die im Rahmen der Totalrevision des URG neu ins Gesetz aufgenommene Legaldefinition des urheberrechtlich geschützten Werks Gefahr, zu eng zu werden. Die im Rahmen der Revision des URG im Parlament geführte Debatte hat gezeigt, dass das Urheberrecht nicht nur für jene Leute da ist, die anerkannte, elitäre Kunst schaffen; es soll auch die Werke der so genannten Subkultur schützen und dient damit nicht den Künstlerinnen und Künstlern allein, sondern bescheidener und umfassender den Urheberinnen und Urhebern (vgl. Ständerätin Josi Meier, Amtl. Bull. SR 1991, S. 96). Nur wenn ein Gebrauchsgegenstand in die Anonymität einer Werkstatt der Massenproduktion abtaucht und der kreative Schöpfungsakt durch die Funktionalität des Designs offenkundig degradiert wird, ist die Zugehörigkeit zu den Werken der Kunst zu verneinen (STUTZ, S. 115). Deshalb ist im Zweifelsfalle die Qualifikation eines Designobjektes als Werk der angewandten Kunst zu bejahen (a.A. HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 113 zu DesG 2). Es gibt keine Werke, welche generell vom Urheberrechtsschutz ausgeschlossen sind. Die bei HEINRICH wiedergegebene Liste (HEINRICH, Kommentar DesG, N 0.102 [alte Auflage]; HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 115 f. zu DesG 2) mutet daher eher seltsam an, denn bei den darin erwähnten «Beispielen zur Abgrenzung gegenüber dem URG» wird die Bejahung der Urheberrechtsschutzfähigkeit von der Existenz einer hinreichenden Gestaltungsfreiheit abhängig gemacht. Das Vorliegen eines gestalterischen Spielraums ist jedoch sowohl für die Begründung von Eigenart gemäss DesG als auch von Individualität gemäss URG massgeblich und dient daher nicht zur Abgrenzung der Schutzgegenstände.

Die Verwendung der Begriffe «Literatur und Kunst» darf nicht dazu führen, dass der Urheberrechtsschutz auf herkömmliche Mitteilungsträger beschränkt wird. Entsprechend ist auch der Bereich der industriellen und gewerblichen Formgebung nicht von vornherein vom Urheberrechtsschutz auszuschliessen. Angesichts des Werkkataloges in URG 2 fragt sich, ob die Begriffe «Literatur und Kunst» überhaupt noch zeitgemäss sind. Im Rahmen der URG-Revision von 1993 wurde deshalb von der Expertenkommission der Vorschlag gemacht, auf dieses Begriffspaar als Schutzvoraussetzung zu verzichten (STUTZ, S. 117). Dies wurde vom Parlament jedoch nicht unterstützt, weil durch die Verwendung der Begriffe Literatur und Kunst unterstrichen werden sollte, dass nur konkretisierte Werke schutzfähig sind, nicht jedoch blosser Ideen (STUTZ, S. 122). Damit beschränkt sich die Bedeutung des Kunstbegriffes im Sinne des Urheberrechtsgesetzes darauf, ein materialisiertes Werk zu fordern. Ob das besagte Werk dabei die übrigen Schutzvoraussetzungen gemäss URG erfüllt, ist damit jedoch noch nicht beantwortet.

47

- 48 **Kumulativer Rechtsschutz vs. Abgrenzung.** Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich langsam ein Bewusstsein durchgesetzt, wonach das Urheberrecht nicht mehr nur zum Schutz der «Schönen Künste» dient. Der Katalog urheberrechtlich schutzfähiger Werke wurde in vielen Ländern gemäss den geänderten Wertvorstellungen sukzessive ausgedehnt. Damit wuchs gleichzeitig die Schwierigkeit, das Verhältnis zwischen den verschiedenen Immaterialgüterrechten dogmatisch zu bestimmen. In Frankreich setzte sich schon früh die Überzeugung durch, dass zwischen den eher traditionellen Formen der Kunst einerseits und den Entwürfen für nützliche Gegenstände andererseits keine Trennlinie gezogen werden könne. Dieses Bewusstsein fand seinen Niederschlag in der Theorie der «*unité de l'art*», als deren Erfinder der Franzose Eugène Pouillet gilt. Als Folge des «*cumul absolu*» sind Designs in Frankreich automatisch auch durch das URG geschützt (vgl. dazu PLAISANT, angewandte Kunst, S. 11; FRANÇON, S. 79 ff.; GREFFE F., Einheit der Kunst, S. 605 ff.; PÉROT, System, S. 41 ff.; SCHLAEPLI, S. 76 ff.). Traditionelle Kunst und Gebrauchsgegenstände können, wie dies in Frankreich und den Benelux-Ländern der Fall ist (vgl. COHEN, Hybriden, S. 688; COHEN, S. 77; COHEN, Green Paper, S. 77), auch in der Schweiz gleichermassen Schutz gemäss beiden Gesetzen geniessen. Zwar werden in der Schweiz registrierte Designs nicht automatisch durch DesG und URG geschützt, doch wird ein kumulativer Rechtsschutz durch beide Gesetze in Lehre und Rechtsprechung grundsätzlich bejaht (vgl. etwa RITSCHER, S. 72; TROLLER A., S. 399 f.; ARNET, S. 178; WANG, S. 397 ff.; dies folgt auch aus den Materialien zu DesG 1, Protokoll Rechtskommission NR vom 22. Januar 2001, S. 9, wonach zwischen DesG und URG eine Schnittstelle besteht). Es besteht allerdings Uneinigkeit darüber, wo eine mögliche Grenze zwischen diesen beiden Gesetzen verläuft, insbesondere wann ein Industrie-Design auch als Werk der angewandten Kunst zu qualifizieren ist. Im Rahmen der Beurteilung eines Besteckmodells erachtete es das Bundesgericht als nötig, den Anwendungsbereich von URG und MMG abzugrenzen, da im Rahmen der Revision des Urheberrechtsgesetzes das Muster- und Modellgesetz nicht aufgehoben, sondern auf dieses ausdrücklich verwiesen worden sei (*Besteckmodell*, BGE 75 II 357). In der Folge hat sich das Bundesgericht wiederholt darum bemüht, entsprechende Abgrenzungskriterien zu finden. Dabei wurde zum einen der Kunstbegriff derart eng ausgelegt, dass Designobjekte nicht darunterfielen. So schaffte unter der Ägide des aURG bis zum Bundesgerichtsentscheid betreffend verschiedene Sessel von Le Corbusier, Charlotte Perriand und Pierre Jeanneret (*Le Corbusier I*, BGE 113 II 190 ff.) kaum je ein Design den Sprung hinein in den erlauchten Bezirk der Kunst. Zum anderen wurden an die im URG geltenden Schutzvoraussetzungen der Individualität und Originalität bei Werken der angewandten Kunst dermassen überhöhte Anforderungen gestellt, dass der Urheberrechtsschutz kaum je gewährt werden konnte.
- 49 Die Differenzierung zwischen Kunst und Design, verbunden mit der Gewährung eines unterschiedlichen Rechtsschutzes, lässt sich nicht länger aufrechterhalten. «Design oder Kunst?» ist nicht länger eine Frage des «Entweder-Oder», denn die vermeintlich existierenden Grenzen haben sich längst aufgelöst (vgl. hierzu STUTZ,

S. 337 f.). Design ist die Gestaltung von Erzeugnissen, und damit Kunst und Gebrauchsgegenstand zugleich. Deshalb entfällt grundsätzlich auch die Notwendigkeit, nach einem graduellen Unterschied zwischen Design und Werken der angewandten Kunst zu suchen. Aufgrund der grossen gemeinsamen Schnittmenge zwischen dem Urheberrechts- und dem Designgesetz geht es nicht um die Frage, inwiefern sich der Schutz gemäss diesen beiden Gesetzen voneinander abgrenzen lässt. Vielmehr geht es um die Aufgabe, die *Schutzvoraussetzungen gemäss URG und DesG autonom zu prüfen*; wenn diese nach beiden Gesetzen erfüllt sind, ist der Schutz kumulativ zu gewähren (vgl. STUTZ, Design, S. 3 f.). Von einer Art «Abgrenzung» kann bestenfalls da die Rede sein, wo es zu beurteilen gilt, inwiefern sich allenfalls gleichnamige und/oder gleichartige Schutzvoraussetzungen gemäss DesG und URG unterscheiden. Die Verwendung von *Abgrenzungstheorien* (wie etwa dargestellt bei HEINRICH, OFK-DesG, N 88 ff. sowie N 107 ff. zu Einleitung) ist daher entbehrlich. Zu beurteilen ist ausschliesslich, worin sich die im Urheberrecht verwendete Schutzvoraussetzung der Individualität von der im DesG geltenden Schutzvoraussetzung der Eigenart unterscheidet (vgl. dazu N 22 ff. zu DesG 2). Auf den von HEINRICH (OFK-DesG/HMA, N 88 ff.) vertretenen, Ansatz zur Abgrenzung der Immaterialgüterrechtsgesetze ist lediglich insofern einzugehen, als sich daraus Erkenntnisse für die Definition der Schutzvoraussetzung der Individualität bzw. Eigenart gewinnen lassen.

Nach Ansicht von HEINRICH könnte ein Ansatz zur Abgrenzung darin bestehen, eine Form dann als urheberrechtlich schutzfähig zu erachten, wenn sie reich an Informationen ist, welche über den Gebrauchszweck hinausgehen (HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 97 f. zu Einleitung). Extrem arm an Informationen ist eine Gestaltung seiner Ansicht nach dann, wenn nur zwischen zwei Gestaltungsvarianten gewählt werden kann, etwa zwischen den Farben Schwarz und Weiss für die Gestaltung einer Oberfläche (HEINRICH, OFK-DesG, N 97 ff. zu Einleitung). Abgesehen davon, dass bereits bei diesem Beispiel nicht bloss zwischen schwarzer und weisser Oberfläche zu entscheiden ist, sondern eine schier unbestimmte Vielzahl von Farben zur Auswahl steht, scheint HEINRICH zu verkennen, dass eine Formgebung immer mehrere Entscheidungen bedingt, denn jeder noch so banale dreidimensionale Körper enthält nebst der Farbwahl mindestens noch Informationen hinsichtlich Länge, Höhe und Tiefe. Es fragt sich, ab welcher Menge an gestalterischen Entscheidungen eine Formgebung als «reich an Informationen» zu erachten ist. Im Übrigen lässt selbst die Bejahung eines Informationsreichtums keine Rückschlüsse über die Qualifikation des Werkes oder dessen Individualität zu: Ein filigraner, stark verästelter Kronleuchter, zusammengesetzt aus einer Vielzahl unterschiedlicher Figuren und Materialien ist unweigerlich sehr reich an Informationen. Ein Werk der abstrakten Malerei besteht hingegen unter Umständen nur gerade aus zwei übereinander geschobenen geometrischen, in Grundformen gehaltenen Figuren und ist somit ungleich ärmer an Informationen als der Kronleuchter. Auf den Leuchter eher das Urheberrechtsgesetz und auf das Gemälde das Designgesetz anzuwenden, ist wohl kaum sachgerecht. Zudem sagt der Informa-

50

tionsreichtum nichts über die Qualifikation der einzelnen Elemente aus. Diese können etwa beim Kronleuchter allesamt vorbekannt sein, ebenso wie das Werk als Ganzes, was dazu führen muss, dass es an der Individualität dieses Werkes mangelt (kritisch ebenfalls WANG, SIWR, S. 28, sowie FEHLBAUM, S. 75). Immerhin ist HEINRICH (OFK-DesG/HMA, N 101 zu Einleitung) insofern zuzustimmen, als die Wahrscheinlichkeit, dass ein Dritter eine identische Form in Unkenntnis des Originals schafft, mit zunehmender Informationsdichte abnimmt. Da vorliegend jedoch das Kriterium des Nichtnaheliegens für die Beurteilung der Individualität gemäss Urheberrecht als inadäquat erachtet wird (vgl. oben N 46), lässt sich aus der These des *Informationsreichtums* weder für die Beurteilung der Individualität noch für den Anwendungsbereich des URG etwas gewinnen. Dies gilt gleichermassen für die vor allem in Deutschland vertretene Theorie des *ästhetischen Überschusses*. Der ästhetische Überschuss lässt sich nicht messen, denn Kunst ist keine nach objektiven Gesichtspunkten messbare Grösse (gl.M. etwa NORDEMANN, S. 909; KUMMER, S. 27; RITSCHER, S. 98 ff.). Eine Untersuchung der Rechtsprechung hat gezeigt, dass qualitativ wertende Kriterien wie die des «ästhetischen Überschusses» nicht justiziabel sind (vgl. hierzu eingehend STUTZ, S. 149 ff.; beispielhaft dazu etwa obenstehende Abbildung, Szenografie «OÏPHORIQUE», Atelier Oi).



HEINRICH (OFK-DesG/HMA, N 103 zu Einleitung) sucht nach einer über die Gebrauchsform hinausgehenden ästhetischen Komponente, denn nur was losgelöst von seiner Funktion als Kunstwerk empfunden werde, könne in den Genuss des Urheberrechtsschutzes gelangen. Die Anwendung eines solchen Kriteriums impliziert die Existenz eines allgemein gültigen Kunstbegriffs, welcher jedoch nicht existiert (vgl. oben N 47).

- 51 **Kumulativer Rechtsschutz vs. Rechtssicherheit?** Die Gerichte werden auch zukünftig nicht umhinkommen, beurteilen zu müssen, inwiefern etwa ein «profaner» Gebrauchsgegenstand als Werk der angewandten Kunst zu qualifizieren ist (für eine umfassende Darstellung der Rechtsprechung siehe STUTZ, S. 78 ff.). Hierbei sind grundsätzlich die gleichen Massstäbe anzuwenden, wie dies bei den übrigen Werkkategorien der Fall ist. Weshalb sollten nämlich Computerprogramme (CJ GE vom 6. August 1986: SMI 1987, S. 217 ff.; Tribunal Cantonal VD vom 10. April 1987: SMI 1990, S. 81 ff.; OGer ZH vom 11. Oktober 1990: SMI 1992, S. 199 ff.; BGer vom 30. April 1997: sic! 1997, S. 382 ff.), Zahlentabellen (BGE 64 II 162), Piktogramme (OGer AG vom 18. Dezember 1984: SMI 1988, S. 128 ff.), Illustrationen (*Herrenmodezeichnungen*, BGE 57 I 62) oder Werke der

Werbefrafik (*Amazon*, OGer ZH vom 13. Juli 1993: unveröffentlicht – Akt. Nr. 920013.U/IZK92; *Mailings*, ZivGer BS vom 24. Januar 1995: SMI 1996, S. 67 ff.; Tribunale d’Appello TI vom 18. Juni 2001: sic! 2002, S. 509 ff.) dem Urheberrechtsschutz zugänglich sein, während dies für geistige Leistungen, die sich in einem Designobjekt materialisieren, nur mit Zurückhaltung gelten soll? Entsprechend gelangt auch FEHLBAUM nach Analyse der Entscheide *Geburtstagszug* (Urteil des BGH vom 13. November 2013, I ZR 143/12, sowie *Geburtstagszug II* vom Oberlandesgericht Schleswig-Holstein vom 11. September 2014, 6U 74/10) zum Schluss, dass die deutsche Rechtsprechung sich für eine Schutzkumulation ausspricht, und somit Gestaltungen sowohl den Schutz nach Urheber- als auch Designrecht zuteilwerden lässt (was den Vorteil der Kompatibilität mit der französischen Doktrin der «*unité de l’art*» mit sich bringt; vgl. FEHLBAUM, S. 78; ausführlich zum Ganzen auch RITSCHER/SCHRAMM). Auch in der EU wurde die Möglichkeit der Schutzkumulation ausdrücklich bejaht (vgl. dazu nachfolgend N 55). Die Tatsache, dass für Designleistungen ein spezialgesetzlicher Schutz zur Verfügung steht, vermag entsprechend eine urheberrechtliche Ungleichbehandlung nicht zu rechtfertigen, denn selbst für Werkleistungen, welche nicht als typische Werke der Literatur und Kunst gelten, bestehen Schutzalternativen. So kann etwa ein Computerprogramm ebenfalls in den Genuss des Patentschutzes gelangen (was aufgrund der aus den USA nach Europa exportierten Praxis zunehmend der Fall ist) und zweidimensionale grafische Arbeiten sind ebenfalls durch das Designgesetz schutzbar. Wieso sollten dann Designs auf den Schutz durch ein einziges Immaterialgüterrechtsgesetz beschränkt sein?

Das Designgesetz schützt nicht mehr nur Formgebungen, welche als Vorbild für die gewerbliche Reproduktion dienen, sondern die «Gestaltung von Erzeugnissen» aller Art (vgl. dazu N 1 zu DesG 1). Damit entfällt das Kriterium des gewerblichen bzw. industriellen Charakters eines Designs, welches lange Zeit zur Rechtfertigung der Abgrenzung gegenüber dem Urheberrecht diente (vgl. dazu N 5 zu DesG 1). Nach Ansicht von KUMMER lieferte das Gebrauchskriterium allein «festen Boden», um Kunst, Kunsthandwerk und angewandte Kunst zu unterscheiden; für ihn galt Zweckfreiheit als durchgehende Eigenschaft des urheberrechtlich Schutzfähigen, denn nur eine «zwecklose Hervorbringung» verdiente seiner Ansicht nach urheberrechtlichen Werkschutz (KUMMER, S. 74; KUMMER, Unlösbarer Aufgabe, S. 712; KUMMER, Entgrenzung, S. 114). Bereits im *Corbusier*-Entscheid (BGE 113 II 197) wurde KUMMERS These jedoch klar verworfen, indem das Bundesgericht festlegte, dass der *Gebrauchszweck dem Schutz eines Gegenstandes, der individuellen Charakter aufweist, nicht entgegensteht*. Eine Zweckbestimmung beeinträchtigt den urheberrechtlichen Schutz daher nicht (gl.M. TROLLER A., S. 365). Damit ist ein praktikables Unterscheidungskriterium für die Grenzziehung zwischen Werken der Literatur und Kunst einerseits und den ausschliesslich einem Gebrauchszweck dienenden Designs andererseits hinfällig geworden, und der während Jahren praktizierten und in der Lehre propagierten Trennung zwischen Kunst und Design wurde mit dem neuen Designgesetz der Boden entzogen (vgl. dazu eingehend STUTZ, S. 238).

52

- 53 Die im Zusammenhang mit der Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Immaterialgüterrechtsgesetzen bestehenden dogmatischen Probleme lassen sich nicht dadurch beheben, Überschneidungen weitestgehend zu negieren. Es ist eine Realität, dass zwei- und dreidimensionale Formgebungen sowohl unter den Schutzgegenstand des DesG als auch des URG fallen (gl.M. CELLI, Kommentar, N 7 zu DesG 1). Die gemeinsame Schnittmenge ist beachtlich; viele hinterlegte Designs qualifizieren auch als Werke der angewandten Kunst und können deshalb unter der Voraussetzung, dass sie genügend Individualität aufweisen, auch in den Genuss des Urheberrechtsschutzes gelangen (a.A. HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 68 zu Einleitung, der davon ausgeht, dass vom Schutz gemäss URG seiner Ansicht nach nur 1 bis 3% aller Designs profitieren). Mit der Revision des Urheberrechtsgesetzes hat eine Vielzahl zusätzlicher geistiger Leistungen unter dem Dach der «Literatur und Kunst» Platz gefunden. Die Existenz eines spezialgesetzlichen Designschutzes kann den Ausschluss von selbst funktionalen Formgebungen vom Urheberrechtsschutz nicht rechtfertigen. Das Urheberrecht vermag grundsätzlich jede unter dem Katalog von URG 2 Abs. 2 aufgeführte, optisch oder auditiv wahrnehmbare geistige Leistung zu schützen, welche die Schutzvoraussetzung der Individualität erfüllt. Der Katalog geschützter Werke ist nicht abschliessend und bewusst sehr weit gehalten, weshalb es zu vereinfachend wäre, das Urheberrecht auf die Rolle zu beschränken, konventionelle Kunst zu schützen. Das neue Designgesetz befreit damit das Urheberrecht (und auch das Markenrecht) nicht von der Last, eine seinem «Wesen nicht entsprechende Rolle» beim Schutz von Warenformen spielen zu müssen (so etwa HEINRICH, Kommentar DesG, S. 42), da es längst nicht mehr möglich ist, für das Urheberrecht eine entsprechende Rolle zu definieren (vgl. STUTZ, S. 65 ff.).
- 54 **Bedeutung des Designschutzes trotz bestehendem Urheberrechtsschutz.** Der Umstand, dass viele der hinterlegten Designs auch unter den Schutzgegenstand des Urheberrechtsgesetzes fallen und die Schutzvoraussetzungen der Individualität zu erfüllen vermögen, ändert nichts am Stellenwert des Designgesetzes, denn der Urheberrechtsschutz wird von den Gerichten trotz revidiertem URG nur mit grosser Zurückhaltung gewährt (vgl. dazu STUTZ, S. 136 ff.). Der Formalakt der Hinterlegung eines Designs ist zudem mit gewissen Vorteilen verbunden: Nach erfolgter Anmeldung erhält die Designerin eine Hinterlegungsbescheinigung, welche einerseits bei Vertragsverhandlungen mit Produzentinnen oder Händlern vorgelegt werden und andererseits das Vorgehen gegen allfällige Verletzer erleichtern kann. Die Registrierung bietet zwar keine Gewähr für den tatsächlichen Bestand des geltend gemachten Rechts, doch begründet sie gemäss DesG 21 die Rechtsvermutung der Neuheit und Eigenart und auch der Berechtigung zur Hinterlegung (vgl. die Ausführungen zu DesG 21). Das stärkt die Ausgangsposition der Designrechtsinhaberin beträchtlich und hat auf mögliche Nachahmerinnen eine abschreckende Wirkung. Die Vornahme einer Designhinterlegung ist daher grundsätzlich unabhängig von einem allfälligen Urheberrechtsschutz zu empfehlen. Zudem sind die Voraussetzungen des spezialgesetzlichen Designschutzes einfacher zu erfüllen und der Urheberrechtsschutz wird in der Praxis oft mit der

Bemerkung abgelehnt, der Urheber hätte die Möglichkeit gehabt, eine Designhinterlegung vorzunehmen. Aus diesem Grund erscheint die Berufung auf das URG nach Ansicht der Gerichte oftmals geradezu als rechtsmissbräuchlich. Angesichts der geringen Kosten, welche mit einer Designhinterlegung verbunden sind, ist das Risiko, sich ausschliesslich auf das Urheberrecht abstützen zu wollen, in der Regel zu gross.

Rechtslage in der EU. In der EU-Musterrichtlinie wird in Erwägung 8 der Grundsatz der Schutzkumulation verankert (vgl. hierzu einlässlich COHAN, Comparative Study, S. 77 ff.; COHAN, Hybriden, S. 687 ff.; COHAN, Cumulation, S. 514 ff.; COHAN, Cumulative Protection, S. 83 ff.). Damit soll ausgeschlossen werden, dass einem Werk der angewandten Kunst der Urheberrechtsschutz in einem Mitgliedstaat allein deswegen verweigert wird, weil es zugleich den spezialgesetzlichen Designschutz genießt (KUR, Zukunft, S. 358). Den EU-Mitgliedstaaten bleibt es hingegen gemäss EU-MRL 17 freigestellt, den Umfang und die Voraussetzungen des urheberrechtlichen Schutzes festzulegen. Somit bleibt es weitgehend dem nationalen Recht überlassen, das Nebeneinander von URG und DesG, insbesondere den Grad der Überschneidungen, zu regeln. In einer Entscheidung des Gerichtshofes der Europäischen Union i.S. *Cofemel gegen G-Star Raw* (Urteil vom 12. September 2019, Rechtssache C-683/17), wurde die Möglichkeit des kumulativen Rechtsschutzes als Design zum einen und nach dem Urheberrecht zum anderen unter Hinweis auf die RBÜ explizite bestätigt (Urteil Rn. 45). Im Urteil *Brompton Bicycle gegen Chedech* (Urteil vom 11. Juni 2020, Rechtssache C-833/18) wurde darauf hingewiesen, dass der Gemeinschaftsgeschmacksmusterschutz nicht an Erscheinungsmerkmalen eines Erzeugnisses besteht, die ausschliesslich durch dessen technische Funktion bedingt sind. Unter Bezugnahme auf den *Cofemel*-Entscheid hielt der Gerichtshof der Europäischen Union im *Brompton* Entscheid fest, dass ein Werk im Sinne des Urheberrechtes (gemäss InfoSoc-RL) eine geistige Schöpfung seines Urhebers sein muss. Wenn die Schaffung eines Gegenstandes durch technische Erwägungen, durch Regeln oder durch andere Zwänge bestimmt wurde, die der Ausübung künstlerischer Freiheit keinen Raum gelassen haben, kann gemäss Gerichtshof nicht davon ausgegangen werden, dass dieser Gegenstand die für die Einstufung als Werk erforderliche Originalität aufweist und folglich urheberrechtlich geschützt ist (*Cofemel*, Rn. 31; *Brompton*, Rn. 24). Der Gerichtshof kommt demnach zum Schluss, es sei Aufgabe des nationalen Gerichts zu prüfen, ob der Urheber mit der Wahl der Form des Erzeugnisses seine schöpferische Fähigkeit in eigenständiger Weise zum Ausdruck bringt. Der Umstand, dass andere mögliche Formen existieren, mit denen das gleiche technische Ergebnis erreicht werden kann, lasse zumindest darauf schliessen, dass eine Wahlmöglichkeit besteht (*Brompton*, Rn. 34–38). Wenn mithin die Erscheinungsform des zur Diskussion stehenden Faltrahrs nicht oder nur teilweise dazu erforderlich ist, ein bestimmtes technisches Ergebnis zu erreichen, ist somit Urheberrechtsschutz möglich.

55

D. MSchG

56

Schutzgegenstand. Gemäss schweizerischem Markenschutzgesetz (nachfolgend MSchG, SR 232.11) handelt es sich bei einer Marke um «ein Zeichen, das geeignet ist, Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von solchen anderer Unternehmen zu unterscheiden» (MSchG 1 Abs. 1). Auf den ersten Blick scheint demnach der Gesetzgeber von einem Zeichen lediglich ein Unterscheidungspotenzial (respektive eine Unterscheidungseignung) zu verlangen, damit es als Marke geschützt werden kann. Deshalb wird verschiedentlich die *Unterscheidungsfunktion* als Hauptfunktion der Marke betrachtet (vgl. DAVID, Marketing, S. 27 f.; SCHLUEP, S. 18; TROLLER A., S. 212; MARBACH, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, N 567; MARBACH, SIWR III/1, N 104 ff. und N 169 ff.). Auch das Bundesgericht erwähnt die Unterscheidungsfunktion, doch verknüpft es diese mit der Herkunftsfunktion; es erachtet Erstere als grundsätzlich beeinträchtigt, wenn zu befürchten ist, dass die massgeblichen Verkehrskreise sich durch die Ähnlichkeit der Marken irreführen lassen und Waren der falschen Markeninhaberin zurechnen (*Kamillosan*, BGE 122 III 382). Offen bleibt aber, in welcher Hinsicht die Marke unterscheiden soll (z.B. Qualität, Wettbewerb oder eben Herkunft), denn jedes Kennzeichen – ob Firma, Enseigne, Piktogramm oder Strichcode – unterscheidet aktiv auf seine eigene Art und Weise (in diesem Sinne auch WILLI, Kommentar, N 10 zu MSchG 1). Durch die Voraussetzung, dass eine Marke die Produkte eines Unternehmens von denjenigen eines anderen Unternehmens unterscheiden muss, wird das reine Unterscheidungspotenzial mit einem Unternehmen und somit mit einer Herkunft verknüpft (INEICHEN, S. 194; in diesem Sinne auch RIEHLE, Funktion, S. 338). Die Marke soll dem Konsumenten helfen, ein von ihm geschätztes Produkt im Angebot wiederzufinden und die Markeninhaberin soll davor geschützt werden, dass diese Nachfrage in die falschen Bahnen geleitet wird. Dies wird namentlich durch die Konzeption der relativen Ausschlussgründe unterstrichen: Eine Markenverletzung liegt demnach grundsätzlich immer vor, wenn die Abnehmerin die Produkte aufgrund des Kennzeichens dem Leistungserbringer nicht mehr richtig zuzuordnen vermag; sei es, weil sie sich über den Anbieter selber oder über dessen wirtschaftlichen Verflechtungen täuscht, wobei die bloss entfernte Möglichkeit von Fehlzurechnungen noch nicht genügt (sog. unmittelbare oder mittelbare Verwechslungsgefahr; vgl. dazu *Kamillosan*, BGE 122 III 383). Dabei ist es nicht nötig, dass das hinter der Marke stehende Unternehmen namentlich bekannt ist. Entscheidend ist, dass der Konsument in einer Marke das Zeichen sieht, mit dem ein ihm namentlich nicht näher bekanntes Unternehmen den Ursprung des Produktes angibt und damit auch die Verantwortung für die Qualität des Produktes übernimmt (vgl. dazu auch WILLI, Kommentar, N 9 zu MSchG 1; RIEHLE, S. 339).

57

Dreidimensionale Formen als Marken. Als Marken kommen gemäss MSchG 1 Abs. 2 nicht nur Buchstaben, Wörter, Zahlen, bildliche Darstellungen und Kombinationen davon in Frage, sondern auch dreidimensionale Formen. Dabei lassen sich die dreidimensionalen Marken wie folgt einteilen:

- dreidimensionale Marken im engeren Sinne (Formmarke), bestehend aus Warenformen oder Verpackungen: Zeichen und Kennzeichnungsgegenstand fallen zusammen (z.B. Toblerone Schokolade);
- dreidimensionale Marken im weiteren Sinne: Formen, die physisch selbständig und vom gekennzeichneten Produkt körperlich abtrennbar sind (z.B. der Mercedes-Stern); auch Dienstleistungsformmarken fallen darunter.

In der Lehre finden sich teilweise auch abweichende Einteilungen (vgl. etwa INEICHEN, S. 196). So kann je nach Produkt, das gekennzeichnet werden soll, ein und dieselbe Form eine dreidimensionale Marke im weiteren (z.B. die Form einer Flasche für Dienstleistungen oder Software) oder im engeren Sinne sein (z.B. die Form einer Flasche für Flaschen oder Mineralwasser; vgl. INEICHEN, S. 196; CELLI, Kommentar, N 9 zu DesG 1). Ausserdem unterliegen auch (Bild-)Zeichen, die sich in der Abbildung der gekennzeichneten Ware oder deren Verpackung erschöpfen, grundsätzlich den gleichen Eintragungsvoraussetzungen wie dreidimensionale Zeichen im engeren Sinne.

58

Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung dienen Warenformen primär anderen Funktionen als dem Hinweis auf eine betriebliche Herkunft. Produkt- und Verpackungsformen von Waren des Massenkonsums deuten in den Augen des massgeblichen Publikums normalerweise lediglich auf die ästhetische und funktionale Beschaffenheit der Verpackung hin, nicht jedoch auf ihre betriebliche Herkunft (*Wellenverpackung*, BGE 137 III 403, E. 3.3.5: sic! 2011, S. 664). In bestimmten Produktsegmenten anerkennt das Bundesgericht aber zurecht, dass Waren- und Verpackungsformen als herkunftshinweisende Zeichen dienen. Das Bundesgericht verlangt von einer Warenform, um als Herkunftshinweis im Sinne des Markenrechts verstanden zu werden, dass diese sich von sämtlichen im beanspruchten Warensegment im Zeitpunkt des Eintragungsentscheides üblichen Formen auffällig unterscheidet (vgl. *Wellenverpackung*, BGE 137 III 403, E. 3.3.5: sic! 2011, S. 663). So schafft die ästhetische Gestaltung bei Produkten, welche in sehr vielfältigen Formen erhältlich sind, dann Kennzeichnungskraft, wenn diese vom Gewohnten und Erwarteten derart abweicht, dass sie als Herkunftshinweis verstanden wird (vgl. *Hund | Pelzfigur | Elfe II*, BGer vom 6. Januar 2020: sic! 2020, S. 415 f.). Auch bei dreidimensionalen Marken liegt die Kernfunktion darin, dem (potenziellen) Konsumenten die *Ursprungsidentität* des gekennzeichneten Produktes zu garantieren. Würde das dreidimensionale Zeichen diese Funktion nicht erfüllen und vom Konsumenten etwa lediglich als gefällige Produktgestaltung angesehen, läge keine Marke, sondern eben ein Design im Sinne des DesG vor. Damit ist klar, dass das Markenrecht keinen *Produktschutz* gewährleisten soll. Der Zweck des Markenrechts unterscheidet sich grundsätzlich von demjenigen des Designrechts: Während das MSchG die Verbindung von Produkt und Unternehmen schützt, gewährt das DesG der Hinterlegerin ein Exklusivrecht an der Gestaltung eines Erzeugnisses, mithin dessen Erscheinungsbild. Im Gegensatz zum Design schützt das Markenrecht mit dreidimensionalen Marken nicht das Produkt selber, sondern immer nur die ordnende Funktion der Marke, die in einer bestimmten Form oder Verpackung

59

gesehen wird. Da aber grundsätzlich auch ein Designobjekt eine unternehmerische Leistung zu individualisieren vermag (vgl. auch WILLI, Kommentar, N 121 ff. zu MSchG 2; dem Grundsatz nach wohl gl.M. HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 73 und N 133 zu Einleitung), kann dasselbe Objekt sowohl marken- als auch designrechtlich geschützt sein (vgl. *The Original*, BGE 120 II 310, E. 3a).

- 60 **Kumulativer Rechtsschutz.** Das DesG und das MSchG verfolgen einen unterschiedlichen Schutzzweck; erfüllt eine zwei- oder dreidimensionale Form die Schutzvoraussetzungen beider Gesetze, gelangt der Schutz kumulativ zur Anwendung (vgl. *Panton-Stuhl II*, BGE 134 III 549; gl.M. WILLI, Kommentar, N 53 zu MSchG Vor 1; STÄDELI, BSK-MSchG/WSchG, N 51 zu MSchG 1; Protokoll Rechtskommission NR vom 22. Januar 2001, S. 9), denn das Bestehen des Designschutzes schliesst einen ergänzenden Schutz der durch die Form zum Ausdruck gebrachten Kennzeichnungswirkung durch das MSchG keineswegs aus (gl.M. WILLI, Kommentar, N 199 zu MSchG 2); vielmehr ist von einem sich teilweise überlagernden Schutz von Marke und Design auszugehen (vgl. auch CELLI, Kommentar, N 10 zu DesG 1; ferner oben N 41).
- 61 Eine Kumulation von Urheber-, Design- und Markenschutz ist im schweizerischen Recht nicht ausgeschlossen, jedoch indiziert ein Urheber- und/oder Designrechtsschutz nicht automatisch eine markenrechtliche Unterscheidungskraft (vgl. *Panton-Stuhl II*, BGE 134 III 547 ff.). HEINRICH scheint unter dem Konzept der «schlanken Immaterialgüterrechte» grundsätzlich nach wie vor die verschiedenen Rechtsinstitute gegeneinander ausspielen zu wollen (wobei er jedoch selber anmerkt, dass die Zeit dafür zweifellos nicht reif sei, vgl. OFK-DesG/HMA, N 72 f. i.V.m. N 65 ff. zu Einleitung). Dieser Ansicht ist aber ohnehin klar zu widersprechen (vgl. auch oben N 41), zumal nicht ersichtlich ist, wieso unterscheidungskräftigen Werken der angewandten Kunst der Markenschutz versagt bleiben soll, währenddem er Gebrauchsgegenständen, denen die Qualifikation als Werke im Sinne des URG abgesprochen wird, grundsätzlich offensteht. Auch die Tatsache, dass für Raumformen ein Schutz durch das URG und das DesG besteht, rechtfertigt keine Ungleichbehandlung der Formmarken gegenüber den übrigen Marken, zumal beispielsweise auch Grafiken als Kunstwerke und als zweidimensionale Designs Schutz geniessen können. Der Gesetzgeber hat keinen Handlungsbedarf gesehen, den hinzutretenden Markenschutz für solche zweidimensionale Werke auszuschliessen. Da sich für einen solchen Schutzausschluss von zweidimensionalen Designs weder im Gesetz noch in der Botschaft entsprechende Anhaltspunkte finden, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass eine Schutzkumulation zwischen URG, DesG und MSchG möglich ist (so explizite VON BÜREN, Überschneidungen, S. 26 – mit einer Kritik am JPS-Entscheid, AppHof BE vom 7. März 1979; ferner MARBACH, SIWR, S. 15 f.; TROLLER A., S. 399 f.; CHERPILLOD, SIWR, S. 18 ff.; ARNET, S. 178 und S. 181; ferner oben N 41 ff.). Die Möglichkeit der Schutzkumulation zwischen MSchG und DesG (bzw. MMG) wurde bereits in der Botschaft zum revidierten Markenschutzgesetz explizit erwähnt (Botschaft MSchG, Sonderdruck, S. 20 f.) und ist in der Zwischenzeit vom Bundesgericht mehrfach bestätigt

worden (vgl. etwa *Wellenverpackung*, BGE 137 III 410 ff.; *Panton-Stuhl II*, BGE 134 III 549 ff.).

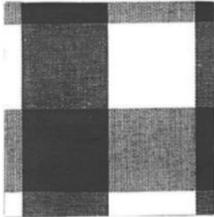
Absolute Schutzausschlussgründe und Verkehrsdurchsetzung. MSchG 2, welcher die absoluten Schutzausschlussgründe nennt, wird in Lehre und Rechtsprechung als massgebliche Norm für die Beurteilung des Verhältnisses vom Markenzum Designschutz erachtet. Eine nähere Untersuchung dieser Bestimmung drängt sich daher an dieser Stelle auf. 62

Gemäss MSchG 2 lit. a sind Zeichen des *Gemeinguts* vom Markenschutz ausgeschlossen (vgl. nachfolgend N 65 f.), es sei denn, sie haben sich als Marke für die Waren oder Dienstleistungen durchgesetzt, für welche sie beansprucht werden. 63

Es besteht die Möglichkeit, dass ein Zeichen trotz Vorliegens eines absoluten Schutzausschlussgrundes gemäss MSchG 2 lit. a aufgrund erfolgter Verkehrsdurchsetzung nachträglich die Funktion einer Marke wahrnehmen kann. Die Möglichkeit der Verkehrsdurchsetzung entfällt allerdings, wenn ein absolutes Freihaltebedürfnis besteht (vgl. auch ARNET, Markenschutz, S. 831). So gilt es für Formmarken den in MSchG 2 lit. b speziell statuierten Schutzausschluss zu beachten. Demnach sind Formen, die das *Wesen der Ware* ausmachen oder *technisch notwendig* sind, grundsätzlich vom Markenschutz ausgenommen. MSchG 2 lit. b konkretisiert den Kern der absoluten Freihaltebedürftigkeit für Formmarken und hat gegenüber dem allgemeinen Schutzausschlussgrund nach MSchG 2 lit. a insofern eine selbständige Bedeutung, als dass eine absolut Freihaltebedürftige Warenform sich auch nicht im Verkehr durchsetzen kann (vgl. diesbezüglich *Nespresso – Ethical Coffee Group*, BGER 4A_61/2021 vom 7. September 2021, E. 6.1). Scheitert der Schutz einer Marke gemäss MSchG 2 lit. b daran, dass die Form das *Wesen der Ware* ausmacht oder die Form der Ware oder Verpackung *technisch notwendig* ist, entfällt folglich die Möglichkeit der Verkehrsdurchsetzung. Ein solcher Mangel lässt sich grundsätzlich nicht heilen, weshalb dieser spezielle Schutzausschlussgrund für dreidimensionale Zeichen von grosser Tragweite ist und nur mit Zurückhaltung angewendet werden sollte (gl.M. WILLI, Kommentar, N 201 zu MSchG 2). 64

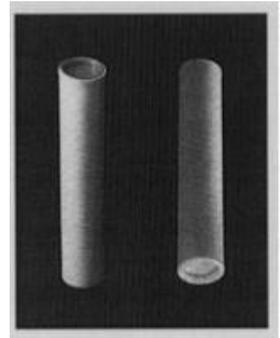
Schutzausschluss gemäss MSchG 2 lit. a (1): Allgemeines. *Zeichen des Gemeinguts* sind vom Markenschutz ausgeschlossen, wozu namentlich beschreibende Angaben sowie elementare Zeichen zählen. Bei dreidimensionalen Zeichen geht es dabei etwa um triviale Formen wie Quader, Würfel, Kugel, Kegel oder Zylinder. Der Begriff «Gemeingut» ist mithin nur eine sprachliche Verkürzung und kann aufgeteilt werden in *Freihaltebedürfnis* und *fehlende Unterscheidungskraft* (vgl. ARNET, Markenschutz, S. 830; ASCHMANN, SHK-MSchG, N 1 ff. zu MSchG 2 lit. a). 65

- 66 **Schutzausschluss gemäss MSchG 2 lit. a (2): Freihaltebedürftige Zeichen.** Als freihaltebedürftig gelten Zeichen, welche für den Wirtschaftsverkehr wesentlich oder gar unentbehrlich sind (absolut freihaltebedürftig) und daher nicht zu Gunsten eines einzelnen Wettbewerbers monopolisiert werden dürfen (z.B. die Quaderform im Nahrungsmittelbereich – *Buttermödeli*, RKGE vom 7. Dezember 1999: sic! 2000, S. 101). In diesem Sinne verweigerte etwa die Rekurskommission einem ge-



wobenen banalen Karomuster für Möbel und Textilien den Markenschutz (*Karomuster*, RKGE vom 15. Oktober 2004: sic! 2005, S. 280). Eine zylinderförmige Verpackung wurde vom Bundesgericht nicht als absolut freihaltebedürftig bezeichnet. Die Proportionen dieser geometrischen Grundform können – anders als etwa bei einer Kugel oder einem Kubus – in

verschiedener Weise variieren. Deshalb sei es nicht nötig, dass eine zylindrische Form mit ganz bestimmten Proportionen allen Anbietern von Süswaren zur Verfügung stehen müsse (*Smarties*, BGE 131 III 121). Hingegen verweigerte das Bundesverwaltungsgericht einer Hundefigur in Verbindung mit Spielzeugen den Markenschutz gestützt auf ein Freihaltebedürfnis, da das «Motiv eines Hundes als beliebtes Haustier im gesamten Spielzeuggbereich derart üblich und verbreitet» ist (*Hund | Pelzfigur | Elfe I*, BVGer vom 27. August 2019, B-6389/2018, E. 6.2).



- 67 **Schutzausschluss gemäss MSchG 2 lit. a (3): Fehlende Unterscheidungskraft.**

Die Unterscheidungskraft setzt voraus, dass ein Zeichen vom Gewohnten und Erwarteten abweichen muss, um im Gedächtnis der Abnehmerinnen als Marke haften zu bleiben. Dies wurde etwa für eine Quaderform für Waschmitteltabletten verneint (*Waschmitteltablette 2*, RKGE vom 18. Februar 2003: sic! 2003, S. 498; vgl. ferner WILLI, Kommentar, N 34 ff. zu MSchG 2). Die Unterscheidungskraft fehlt folglich bei Formen, die aufgrund ihres Erscheinungsbilds oder ihres sachlichen respektive beschreibenden Gehalts die markenspezifische Unterscheidungsfunktion nicht erfüllen können.



Für die Bejahung der Unterscheidungskraft braucht ein Zeichen als betrieblicher Herkunftshinweis zu taugen, was nach höchstrichterlicher Rechtsprechung insbesondere bei grosser Gestaltungsvielfalt im beanspruchten Warenssegment regelmässig zu verneinen ist, sofern sich das als Marke beanspruchte dreidimensionale Zeichen nicht deutlich von den üblicherweise verwendeten Formen abhebt (vgl. *Hund | Pelzfigur | Elfe II*, BGer vom 6. Januar 2020: sic! 2020, S. 415 f.).

Da bei einem Stuhl die Grundformen von Fuss, Sitzgelegenheit und Lehne als solche und in ihrer Kombination fast unbeschränkt gestaltbar und in entsprechend vielfältigen Abwandlungen auch im Markt vorhanden sind, erachtete das Bundesgericht eine Formmarke, die sich in der Abbildung einer Stuhlform erschöpft, als markenrechtlich nicht originär unterscheidungskräftig. Es stellte fest, dass die massgeblichen Verkehrskreise in der (von der Vorinstanz als überraschend qualifizierten) Fussform des zu beurteilenden Stuhles in Kombination mit den weiteren Elementen im Gesamteindruck – auch in der längerfristigen Erinnerung – keinen Hinweis auf ein bestimmtes Unternehmen wahrnehmen würden (*Panton-Stuhl II*, BGE 134 III 549; die Formmarke wurde anschliessend nach Rückweisung durch das Bundesgericht vom Bundesverwaltungsgericht als durchgesetzte Marke zum Schutz zugelassen, vgl. *Panton-Stuhl II*, BGE 134 III 549 sowie *Panton-Stuhl III*, BVGer vom 3. Dezember 2010: sic! 2011, S. 312).



68

Im Falle einer Verpackungsform u.a. für Fische (Klasse 28) – die eine Wölbung einer transparenten Oberfläche aufweist, welche sich aus der gegenläufigen Anordnung der (ansonsten identischen) Seitenwände ergibt – hielt das Bundesgericht fest, dass diese im Gesamteindruck vom durchschnittlich aufmerksamen Endverbraucher als ansprechend gestaltete Fischverpackung, nicht aber als Marke wahrgenommen werde. Auch wenn die Seitenwände Assoziationen mit einer Wellenbewegung bzw. mit zwei (gegenverkehrt angeordneten) Fischen wachrufen sollten, so bringt der Konsument diese Formelemente mit der verpackten Ware in Verbindung. Die Verpackung hebt sich von den für die beanspruchten Waren üblichen Verpackungen nicht in einer Weise ab, dass sie in Alleinstellung (ohne Wort- oder Bildelemente) als Hinweis auf ein bestimmtes Unternehmen wahrgenommen würde. Das Gericht liess dabei offen, ob sich die erwähnten Überlegungen ohne Weiteres auch auf die beanspruchten Gastronomiedienstleistungen der Klasse 43 übertragen liessen (vgl. *Wellenverpackung*, BGE 137 III 403).



69

Das Bundesverwaltungsgericht bejahte die Unterscheidungskraft einer Pelzfigur, die gemäss IGE grosse Ähnlichkeit zu Spielzeug in Igelform aufweist, für Waren der Klasse 28 mit der Begründung, dass die gewählten Gestaltungsmerkmale für Kinderspielzeuge unerwartet düster sind und dem Zeichen, selbst unter Berücksichtigung der grossen Form- und Gestaltungsvielfalt auf dem Spielzeugmarkt, Originalität verleihen (vgl. *Hund | Pelzfigur | Elfe I*, BVGer vom 27. August 2019, B-6389/2018, E. 6.2). Hingegen verneinte es im gleichen Entscheid die Unterscheidungskraft einer «verfremdete[n] Darstellung eines Hundes beziehungsweise einer Elfe» (vgl. auch oben



70

Das Bundesverwaltungsgericht bejahte die Unterscheidungskraft einer Pelzfigur, die gemäss IGE grosse Ähnlichkeit zu Spielzeug in Igelform aufweist, für Waren der Klasse 28 mit der Begründung, dass die gewählten Gestaltungsmerkmale für Kinderspielzeuge unerwartet düster sind und dem Zeichen, selbst unter Berücksichtigung der grossen Form- und Gestaltungsvielfalt auf dem Spielzeugmarkt, Originalität verleihen (vgl. *Hund | Pelzfigur | Elfe I*, BVGer vom 27. August 2019, B-6389/2018, E. 6.2). Hingegen verneinte es im gleichen Entscheid die Unterscheidungskraft einer «verfremdete[n] Darstellung eines Hundes beziehungsweise einer Elfe» (vgl. auch oben



N 67). Das Bundesgericht schützt diesen Entscheid, da die beanspruchten Figuren vom Gewohnten und Erwarteten nicht derart abweichen, dass sie als Herkunftshinweise verstanden werden. Die ästhetische Gestaltung allein schafft gemäss Bundesgericht noch keine Kennzeichnungskraft (*Hund | Pelzfigur | Elfe II*, BGer vom 6. Januar 2020: sic! 2020, S. 415 f.).

- 71 Eine bildhafte Darstellung eines Nussknackermännchens wurde vom Bundesverwaltungsgericht als eine für Confiseriewaren schutzfähige Formmarke erachtet: Dies, da die Darstellung des zweidimensionalen Elementes des Bildes eines Nussknackermännchens weit über die blossе Wiedergabe der Warenform hinausgeht. Jedoch hielt das Gericht fest, dass stehende Menschen bei Schokoladenprodukten grundsätzlich eine typische Waren- und Verpackungsform darstellen, weshalb der dreidimensionalen Form als solches die erforderliche Unterscheidungskraft fehlt. Da das vorliegende Bildelement des Nussknackers jedoch für die beanspruchten Confiseriewaren weder beschreibend noch banal ist, wird es als unterscheidungskräftig angesehen. Die bildhafte Darstellung des Nussknackermännchens geht weit über die blossе Wiedergabe der Warenform hinaus, wirkt individualisierend und macht die Marke insgesamt unterscheidungskräftig (*Nussknackermännchen (3D)*, BVGer vom 7. August 2018: sic! 2019, S. 93).



- 72 In einem weiteren Entscheid hat das Bundesverwaltungsgericht einem Bildzeichen – bestehend aus einem schwarz umrandeten Kreis in dessen Mitte ein abgerundetes Quadrat abgebildet ist, wobei die schwarze Ausmalung zur linken Seite hin farblich abgestuft ist –, welches ein mögliches Bedienelement von tragbaren digitalen Geräten darstellt, die Unterscheidungskraft nicht zugestanden. Es begründete dies damit, dass sich das Zeichen aus einfachen geometrischen Formen zusammensetzt, welche im Zusammenhang mit den beanspruchten Waren die Abbildung einer Taste (als möglicher Bestandteil der beanspruchten Ware) erkennen lassen: «Kombinationen einfacher geometrischer Formen kommen auf den beanspruchten Waren [u.a. Handhelds] häufig vor, was für den Gemeingutcharakter des Zeichens spricht». Als Darstellung eines möglichen Bestandteils der hinterlegten Waren, welche sich ausserdem auch in der Summe der verwendeten Elemente nicht von den üblichen Gestaltungen eines Funktionssymbols abhebt, rechnete das Bundesverwaltungsgericht das strittige Zeichen dem Gemeingut zu (*Bouton*, BVGer vom 17. Februar 2016: sic! 2016, S. 347).



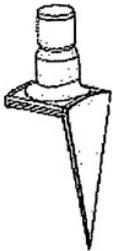
- 73 Bei Medikamenten ist die Form einer Kapsel banal und wirkt auch dann nicht unterscheidungskräftig, wenn sie für Medikamente zur Behandlung einer bestimmten Krankheit bisher nicht gebräuchlich war (*Kapsel (3D)*, BVGer vom 14. September 2016: sic! 2017, S. 20).



Bei Mischgeräten zur Verwendung mit Abgabeeinrichtungen für Zweikomponentenmischungen für zahnmedizinische Zwecke ist die Formenvielfalt im beanspruchten Warenssegment klein. Eine beanspruchte Form, die sich überwiegend aus funktionalen bzw. naheliegenden Elementen zusammensetzt, weicht im Gesamteindruck nicht auffällig vom üblichen Formenschatz (vom Erwarteten und Gewohnten) ab. Selbst eine monochrome Einfärbung des Grundkörpers ist im betroffenen Warenssegment üblich, wobei auch ein Farbanspruch nichts daran ändert, dass das Zeichen im Gesamteindruck nicht unterscheidungskräftig ist: «Die Tatsache allein, dass die Beschwerdeführerin eine ästhetisch ansprechende Version hinterlegt hat, ändert nichts daran, dass die Kombination gesamthaft einer Variante der üblichen Form darstellt» (*Mischgeräte (3D)*, BVGer vom 5. Februar 2014: sic! 2014, S. 373).



74



Im Zusammenhang mit beanspruchten Waren der Klasse 33 (Wein) ist ein Flaschenhals, respektive eine um den Flaschenhals angebrachte Flaschenkapsel, rein funktional. Die den Zylinder umgebenden Rillen sind als erwartet und damit banal zu qualifizieren. Auf Grund seiner Grösse prägt zwar ein gleichschenkliges Dreieck die Marke im Gesamteindruck am meisten. Dabei handelt es sich einerseits um eine geometrische Grundform und andererseits um einen spitz zulaufenden Flaschen-Umhänger respektive eine von der «Flaschenschulter» ausgehende reliefartige Gravur in Dreiecksform am Flaschenbauch.

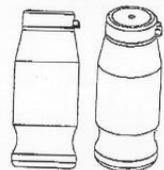
Da das breite Publikum im Bereich von Flaschen für alkoholische Getränke an eine Vielzahl von Reliefs sowie Etiketten gewöhnt ist, und die Form des Reliefs respektive der Etikette nichts zur Unterscheidungskraft beitragen kann, entspricht auch dieses Element dem Gewohnten und Erwarteten und der Marke fehlt es folglich an der erforderlichen konkreten Unterscheidungskraft (*Flaschenhals (3D)*, BVGer vom 1. September 2011: sic! 2012, S. 114).

75

Bei einem Käse in Blumenform wurde die Markenschutzfähigkeit von der ehemaligen Rekurskommission bejaht, da die zur Diskussion stehende Marke zwar aus einer Kombination von einfachen geometrischen Elementen bestehe (runder flacher Zylinder, der mit sechs Kreisausschnitten umgeben ist), welche je für sich nicht schützbar seien, doch ergebe die Kombination eine Einheit, welche das Aussehen einer Blume habe, was für Käse weder üblich noch gebräuchlich sei und vom Erwarteten und Gewohnten abweiche (*Saint-Albray*, RGKE vom 7. Februar 2002: sic! 2002, S. 345).



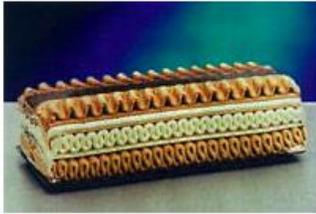
76



Die Rekurskommission gelangte bei der Beurteilung der «Originalität» einer als Marke hinterlegten Flaschenform zum Schluss, dass diese kein einzelnes Element enthalte, das im erforderlichen Ausmass prägend sei, um ihr Unterscheidungskraft zu verleihen (*Milchgetränkflasche*, RKGE vom 30. August 2002: sic! 2003, S. 38 f.).

77

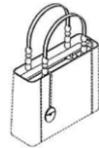
78



Im Rahmen der Beurteilung der Form einer Glacé-torte bejahte die RKGE das Vorliegen eines überraschenden Kombinationseffekts und damit das Vorliegen einer schutzfähigen Marke, gebildet aus einer horizontalen Anordnung von mehreren übereinander liegenden, wellenförmigen und flachen Glacé-Schichten (*Glacé-torte*, RKGE vom 24. Juni 2003: sic! 2004, S. 502).

79

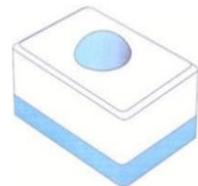
Den Griffen einer Handtasche wurde die Unterscheidungskraft abgesprochen, da die bei der Gestaltung der Traggriffe eingesetzten ästhetischen Stilmittel vom Käufer nicht als Hinweis auf die betriebliche Herkunft der Taschen aufgefasst würden (*Dior-Traggriffe*, RKGE vom 4. September 2003: sic! 2004, S. 98).



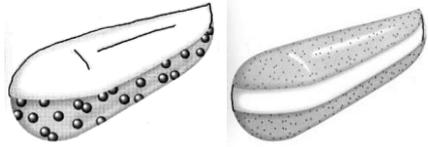
80

Bereits vier verschiedene Waschmitteltabletten wurden bislang hinsichtlich ihrer markenrechtlichen Schutzfähigkeit beurteilt. Im ersten Urteil wurde der Markenschutz verneint, wobei das Bundesgericht ausführte, bei einer aus gemeinfreien Elementen zusammengesetzten Marke müsse die Originalität zumindest in der Verbindung der einzelnen Elemente liegen (*Waschmitteltablette 1*, BGer vom 14. Oktober 1999: sic! 2000, S. 286). Beim zweiten zu beurteilenden Zeichen wurde die Quaderform als alltäglich und jeglicher Unterscheidungskraft entbehrend bezeichnet, was auch durch die Farbkombination blau-weiss nicht geändert werde (*Waschmitteltablette 2*, RKGE vom 18. Februar 2003: sic! 2003, S. 498). Erfolgreich waren demgegenüber die dritte und vierte Waschmitteltablette: Der markenrechtliche Schutz dieser sehr ähnlichen Formen wurde bejaht, da in der

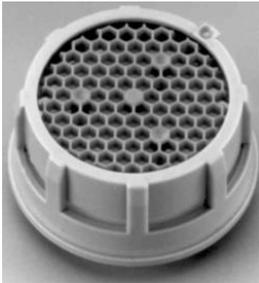
Oberfläche der beiden Tabletten eine gut sichtbare Kugel eingelassen ist, welche Form, Farbe und Glanz einer Perle aufweise und der Markenform ein Erscheinungsbild verleihe, welches vom Gewohnten und Erwarteten abweicht (*Waschmitteltablette 3*, RKGE vom 18. November 2003: sic! 2004, S. 405; *Waschmitteltablette 4*, RKGE vom 2. November 2004: sic! 2005, S. 287). Ebenfalls um ein Waschmittel ging es im Entscheid *Eiform*. Die Eiform ist nicht geometrisch und wurde daher, anders als eine Kugel, ein Zylinder oder ein Quader, als nicht zum Gemeingut gehörig bezeichnet; es liege eine für Waschmittel unübliche Form vor. In Kombination mit einem Farbanspruch komme der Eiform deshalb für Waschmittel, Reinigungsmittel, Deodorants, Seifen und Badesalze Unterscheidungskraft zu (RKGE vom 18. Februar 2004: sic! 2004, S. 674).



In zwei Fällen wurde der Markenschutz von Zahnpasträngen verneint: Die aus einer Tube gedrückte Form eines Stranges sei üblich und nicht geeignet, um auf die Herkunft aus einem bestimmten Betrieb hinzuweisen; daran ändere auch der Umstand nichts, dass unterschiedliche Farben verwendet würden, zumal diese vom Publikum gar nicht als Unterscheidungsmerkmal wahrgenommen würden (*Zahnpasta 1*, RKGE vom 30. April 2003: sic! 2003, S. 805; *Zahnpasta 2*, RKGE vom 10. November 2004: unveröffentlicht – Aktenzeichen MA-AA 02/04, Urteilszusammenfassung publiziert in Ingres-News 1/2005).



81

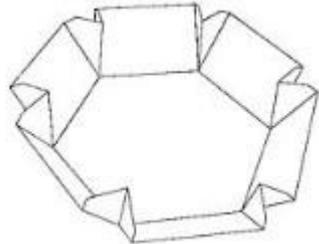


Im Rahmen der Beurteilung von Strahlreglern wurde der Markenschutz mit der Begründung verneint, die wabenförmige Struktur sei zwar nicht technisch notwendig und stelle auch nicht das Wesen der Ware dar, doch handle es sich um Gemeingut; es liege keine überraschende Zusammensetzung gemeinfreier Formelemente vor. Von der Rekurskommission wurden unerwartete und ungewöhnliche Unterschiede gegenüber Konkurrenzprodukten verlangt (*Wabenstruktur*, RKGE vom 15. Dezember 2004: sic! 2005, S. 470).

82

Ebenfalls vom Markenschutz ausgeschlossen wurde eine Confiserieverpackung in der Grundform eines regelmässigen Sechsecks mit schräg aufgestellten Seitenwänden, wobei jede dieser Seitenwände mit den benachbarten Seitenwänden durch nach innen gefaltete, leicht abgeschrägte Innenwände verbunden ist. Die Unterscheidungskraft wurde der Form abgesprochen, da sechs- und achteckige Verpackungen bei Schokolade- und Confiserieprodukten oft auf dem Markt zu finden seien und die schräg gestellten Seitenwände ein häufiges Gestaltungsmerkmal solcher Verpackungen darstellen würden (*Confiserieverpackung*, RKGE vom 16. Dezember 2004: sic! 2005, S. 472).

83



Schutzausschluss gemäss MSchG 2 lit. b (1): Wesen der Ware. Formen, die das *Wesen der Ware* ausmachen, sind schutzunfähig, weil sie das Publikum aufgrund der Funktion eines Produkts voraussetzt. Zum Wesen der Ware gehören jene Merkmale, die ein generisches Produkt einer bestimmten Warenkategorie aufweist, so etwa Deckel und Behältnis einer verschliessbaren Flasche, nicht hingegen die ästhetische Ausgestaltung dieser Grundelemente (vgl. etwa WILLI, Kommentar, N 212 zu MSchG 2; als Beispiel nennt er Gehäuse, Zifferblatt, Zeiger, Abdeckung und Armband einer Armbanduhr). Diesbezüglich gilt es aber zu beachten, dass Verpackungen nicht das Wesen der Ware ausmachen können (vgl. etwa NOTH, SHK-MSchG, N 42 zu MSchG 2 lit. b), ausser die Verpackung als solches stellt

84

das Schutzobjekt dar. Entsprechend ist vorliegend entscheidend, ob die Marke in Verbindung mit einer Flasche beispielsweise in Klasse 21 oder aber in Verbindung mit Getränken (u.a. in den Klassen 32 f.) beansprucht würde. Während sich die allgemeinen Wesensmerkmale eines Produktes abstrakt relativ einfach beschreiben lassen (zu einer Armbanduhr gehört ein Armband und ein Gehäuse), bereitet die Frage, wann ein konkretes Merkmal in seiner konkreten Form als wesensbedingt zu erachten ist (z.B. Aussehen des Armbandes und des Gehäuses), schon eher Kopfzerbrechen. Die Verwendung eines gestalterischen Merkmals, welches bei einer bestimmten Produktkategorie nicht absolut notwendig ist bzw. vom massgeblichen Publikum nicht als absolut notwendig vorausgesetzt wird, hat zur Folge, dass die fragliche Formgebung als Ganzes nicht das Wesen der Ware ausmacht (in diesem Sinne etwa *MARBACH, SIWR*, S. 159 ff.; *NOTH, SHK-MSchG*, N 40 zu *MSchG 2 lit. b*). Wenn ein gestalterisches Element für eine spezifische Ware absolut notwendig ist, wie etwa das Zifferblatt und der Zeiger einer Uhr, jedoch die konkrete Gestaltung dieses generischen Formelementes sich in der Betrachtung der massgeblichen Abnehmerinnen vom objektiv erwarteten Erscheinungsbild eines herkömmlichen solchen Produktes unterscheidet, greift der Schutzausschlussgrund von *MSchG 2 lit. b* nicht (vgl. etwa *NOTH, SHK-MSchG*, N 40 zu *MSchG 2 lit. b*).

85

Als Beispiel für zum Wesen der Ware gehörende Formen wird in der Lehre oftmals die Kategorie der *Waren ohne Gebrauchszweck* genannt, da bei Kunstwerken und Ziergegenständen die Form das Wesen der Ware ausmache (vgl. *ARNET*, S. 83 und S. 87; *ARNET*, *Markenschutz*, S. 839). Diese Unterscheidung geht von der Existenz einer Trennlinie zwischen Kunstwerken mit und ohne Gebrauchszweck aus, was problematisch ist und den Umstand ausser Acht lässt, dass auch Formgebungen ohne Nutzfunktion geeignet sind, vom Publikum als Kennzeichen aufgefasst zu werden (gl.M. *GUBLER*, S. 108; *NOTH, SHK-MSchG*, N 38 zu *MSchG 2 lit. b*). Gemäss Wortlaut der Botschaft zum *MSchG* sollte mit diesem Schutzausschluss lediglich vermieden werden, dass Warenformen als Marken monopolisiert werden, die sich «aufgrund der Art, Bestimmung, Verwendungsweise usw. der betreffenden Waren geradezu aufdrängen» (Botschaft *MSchG*, Sonderdruck, S. 20). Der Schutzausschluss gemäss *MSchG 2 lit. b* darf nicht dazu führen, dass bestimmte dreidimensionale Warenformen grundsätzlich als Kennzeichen ausscheiden (so etwa von *JENE-BOLLAG*, S. 115, gefordert), nur weil sie (auch) eine ästhetische Funktion aufweisen. Es darf nicht zu einem generellen Schutzausschluss von Warenformen kommen, bei welchen die Ästhetik von zentraler Bedeutung ist oder als wesensmässiges Merkmal einer Formgebung auftritt, was allgemein bei dauerhaften Konsumgütern der Fall sein dürfte (so etwa *BECCHIO*, S. 65 und S. 69; *TROLLER A.*, S. 445; *ZIHLMANN*, S. 357 f.). Selbst wenn die Ästhetik eine massgebliche Funktion einer Form erfüllt, kann diese zur Kennzeichnung einer unternehmerischen Leistung dienen, auch wenn das Erscheinungsbild der Ware oder das Warenäussere das Wesen der Ware mitbestimmt (vgl. *GUBLER*, S. 108 ff.; a.A. *ARNET*, *Markenschutz*, S. 833, welche einen «kennzeichenmässigen Überschuss» fordert und den Markenschutz gestützt auf *MSchG 2 lit. b* dann grundsätzlich aus-

schliesst, wenn die Veränderung der Form auch zu einer Veränderung der Ware führt, was bei Ziergegenständen immer der Fall sei).

Bei der Beurteilung einer Tablette für pharmazeutische und medizinische Präparate gelangte die RKGE zum Schluss, dass die Form trotz bescheidener Originalität der Tablette nicht das Wesen der Ware ausmache, da sich die optimale Wirkung einer Tablette durch verschiedene Formgebungen realisieren lasse: «Eine pharmazeutische bzw. medizinische Tablette wirkt in erster Linie aufgrund ihrer Ingredienzien. Die Form hat einzig indirekt Einfluss auf die Wirkung, indem sie die Auflösung der Tablette im Mund oder Magen begünstigt oder verzögert» (*Fünfeckige Tablette*, RKGE vom 22. Februar 2000: sic! 2000, S. 299 f.).

Im Rahmen der Beurteilung eines Swatch-Uhrenarmbandes wurde es als unbestritten erachtet, dass die konkrete Form nicht vom Schutzausschlussgrund von MSchG 2 lit. b erfasst werde, da sie weder technisch notwendig sei noch das Wesen der Ware ausmache; der Markenschutz wurde jedoch gestützt auf MSchG 2 lit. a verneint (*Swatch Uhrenarmband II*, BGer vom 24. Februar 2004: sic! 2004, S. 569).



Der Formmarkenschutz eines Katalysators für die Reinigung von Kontaktlinsen wurde vom Bundesgericht mit der Begründung bejaht, dass eine Form nur dann «das Wesen der Ware ausmache», wenn sie vom Publikum aus funktionalen oder ästhetischen Gründen als notwendig erwartet werde. Da jedoch eine Zahnradform des Katalysators weder funktional noch ästhetisch notwendig sei, werde eine Erwartung des Publikums an die Form nicht vom Wesen der Ware bestimmt. Die Kennzeichnungskraft wurde entsprechend bejaht (*Katalysatorring II*, BGer vom 26. April 2004: sic! 2004, S. 676).

Im Rahmen der Beurteilung der Markenschutzfähigkeit von Spielbausteinen hat das Bundesgericht in einem ersten Schritt geprüft, ob die Form der Bausteine dem *Wesen der Ware* gemäss MSchG 2 lit. b entspricht. Damit diese Frage verneint werden kann, bedarf es laut Gericht «einer Differenz zwischen den vom Publikum funktional oder ästhetisch erwarteten Elementen einer Ware und ihrer tatsächlichen Form». Gestützt auf diese Feststellung teilt das Gericht zwar die Auffassung der Vorinstanz, wonach die Quaderform den Erwartungen des Publikums an einen Spielbaustein entspricht. Hingegen gehöre die gegenseitige Fixierbarkeit der Bausteine nicht zum Wesen der Ware der beanspruchten Spielbausteine; die die Klemmwirkung erzielende Form könne daher zur Individualisierung dienen (*Lego 3 II*, BGE 129 III 521).

Entscheidend dürfte in diesem Zusammenhang jedoch die Frage sein, was als massgebliche Referenz für die Beurteilung von absolut notwendigen Gestaltungsmerkmalen bei einer Warengattung herangezogen werden muss. Dabei ist die Auslegung des Begriffes *Ware* in MSchG 2 lit. b entscheidend: Wenn für die Beurteilung der Form, welche das Wesen der Ware ausmacht, lediglich auf die von der zu be-

urteilenden Marke im Warenverzeichnis *beanspruchte Ware* abgestellt wird, dann kann dies zum nicht sachgerechten Ergebnis führen, dass das Kriterium der absoluten Notwendigkeit bei einem Oberbegriff nicht erfüllt ist, während es bei einer unter diesen Oberbegriff fallenden Ware hingegen tatsächlich das Wesen dieser Ware beschreibt (vgl. NOTH, SHK-MSchG, N 38 zu MSchG 2 lit. b).

- 91 Im Rahmen der Beurteilung des Formmarkenschutzes eines Zylinders hat das Bundesgericht festgestellt, dass auch Verpackungsformen ausnahmsweise unter den Schutzausschluss von MSchG 2 lit. b fallen können. Dies jedoch nur, wenn die Verpackungsform mit der Ware in einem derart engen funktionalen Zusammenhang stehe, dass Erstere für die Verwendung oder den Verbrauch der Ware unabdingbar sei (*Smarties*, BGE 131 III 121, E. 3.2, zur Abbildung vgl. N 66 hiervor; vgl. auch NOTH, SHK-MSchG, N 42 zu MSchG 2 lit. b, der den Ausschlussgrund «*das Wesen der Ware ausmachend*» nur für Waren und nicht für Verpackungen gelten lässt, mit einer Ausnahme für Verpackungen, denen eine zusätzliche Funktion zukommt, die ebenso wichtig ist wie der Inhalt dieser Verpackungen. Dies ist z.B. bei Feuerlöschern der Fall).
- 92 **Schutzausschluss gemäss MSchG 2 lit. b (2): Technisch notwendige Form.** Eine technisch notwendige Form ist gegeben, wenn dem Konkurrenten für ein Produkt der betreffenden Art (technisch) überhaupt *keine alternative Form* zur Verfügung steht oder ihm im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs *nicht zugezählt* werden kann, eine andere Form zu wählen (*Lego 3 II*, BGE 129 III 519). Ist eine Form zur Erreichung einer technischen Wirkung unabdingbar, weil die Gestaltung durch produktspezifische Sachzwänge vorgegeben ist, so dass gar keine oder aus wirtschaftlicher Sicht keine zumutbaren Formalternativen bestehen, scheidet der Markenschutz aus (gl.M. WILLI, Kommentar, N 209 zu MSchG 2). Von entscheidender Bedeutung ist dabei, ob ein angestrebter technischer Zweck durch andere zumutbare Gestaltungsmöglichkeiten erreicht werden kann. An solchen Gestaltungsmöglichkeiten mangelt es, wenn die Konkurrenten eine weniger praktische, eine weniger solide oder eine mit grösseren Herstellungskosten verbundene Lösung wählen müssten (*Lego 3 II*, BGE 129 III 523 f.). Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit möglicher Alternativformen rechtfertigt es sich nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung im Hinblick auf die wettbewerbliche Gleichbehandlung einen strengen Prüfungsmassstab anzulegen (*Lego IV*, BGer vom 3. Juli 2012: sic! 2012, S. 811, E. 3.2). Wenn die Herstellung alternativer Formen mit Mehrkosten verbunden ist, so führt dies auch bei geringfügigen Kostenunterschieden zur Unzumutbarkeit der entsprechenden Wahl einer anderen Warenform. Dabei ist dem Konkurrenten, im Sinne der Gleichbehandlung im funktionierenden Wettbewerb, eine gleichwertige Ausgangslage zu erhalten (*Lego IV*, BGer vom 3. Juli 2012: sic! 2012, S. 811, E. 3.2; vgl. zum Ganzen auch *Nespresso – Ethical Coffee Group*, BGer 4A_61/2021 vom 7. September 2021, E. 6.2.1).
- 93 Bloss *technisch bedingte* Formen, welche durch den Verwendungszweck bestimmt werden, ohne dass sie jedoch technisch notwendig sind, fallen nicht unter MSchG 2

lit. b; ihnen fehlt jedoch – unter Vorbehalt der Verkehrsdurchsetzung – regelmässig die Unterscheidungskraft (*Lego 3 II*, BGE 129 III 519).

Die *technisch mitbeeinflussten* Formen sind technisch nützlich, aber nicht technisch bestimmt und somit grundsätzlich schutzfähig (*Lego 3 II*, BGE 129 III 519).

Die Rekurskommission verneinte etwa die technische Notwendigkeit der Form eines Parfumflakons, da weder der Flaschenkörper noch der Druckkopf durch produktspezifische Sachzwänge vorgegeben waren und eine Fülle alternativer Formen zur Verfügung standen (*Parfümflasche*, RKGE vom 24. März 1998: sic! 1998, S. 401). Anderen Flakons wurde der Formmarkenschutz von der Rekurskommission hingegen abgesprochen (*Parfümflasche II*, RKGE vom 30. Dezember 1998: sic! 1999, S. 131).

Bei der Prüfung des Schutzausschlusses technisch notwendiger Formen gelangte das Bundesgericht im *Lego 3 II* Entscheid zum Schluss, dass zur Verklebung einzelner Bausteine eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Vorinstanz hätte daher abschliessend beurteilen müssen, ob die Wahl einer anderen technischen Möglichkeit zur Erreichung des stabilen Ineinandergreifens für Konkurrenten zumutbar ist (*Lego 3 II*, BGE 129 III 524). Nach Ansicht des Bundesgerichtes gehört die Form der Lego-Bausteine zum Gemeingut; deren Form ist technisch bedingt und nicht originell, weshalb die Bausteine nur schutzfähig sind, wenn sie sich im Verkehr durchgesetzt haben. Da die Verkehrsdurchsetzung von der Vorinstanz nicht geprüft wurde, wies das Bundesgericht die Sache zur Beurteilung dieser Frage an die Vorinstanz zurück (*Lego 3 II*, BGE 129 III 525).

Eine zylinderförmige Verpackungsform wurde vom Bundesgericht nicht als technisch notwendig bezeichnet. Den Konkurrenten stünden eine Vielzahl anderer Verpackungsformen zur Verfügung, unter anderem auch zylinderförmige Formen mit anderen Proportionen (*Smarties*, BGE 131 III 121, zur Abbildung vgl. N 66 hiavor).

Das Handelsgericht St. Gallen bejahte die technische Notwendigkeit von einzelnen Bestandteilen einer als Gesamtform markenrechtlich geschützten, mittlerweile jedoch gelöschten, Kaffeekapselform für ein spezifisches Kaffeesystem und verneinte das Vorhandensein einer zumutbaren Alternative (vgl. dazu nebenstehende Abbildungen; die streitgegenständliche Marke [Strichzeichnungen] und die beklagtische Denner-Kapsel [Fotografie]). So sei davon auszugehen, dass Kapseln ohne umlaufenden Flansch (ringförmige Verbreiterung am Ende des Zylinders) in den entsprechenden Kaffeemaschinen gar nicht eingeführt und nach dem Brühprozess der Maschine entnommen werden können. Die Form eines einfachen Kegelstumpfes erachtete das Gericht als trivial und folglich dem Gemeingut zugehörig. Da aber u.a. die konische Form mit einem Kegelstumpf nicht technisch notwendig ist, ging es von einer schutzfähigen Formmarke aus. Jedoch verneinte das Gericht eine Rechtsverletzung



durch eine Kapselform der Konkurrenz aufgrund mangelnder Verwechslungsgefahr (*Nespresso – Denner Marke*, HGer SG vom 21. Mai 2013: sic! 2013, S. 759). Das Bundesgericht hingegen erachtete die gesamte Formmarke für Kapseln, die mit dem entsprechenden Kaffee-System kompatibel sind, als technisch notwendig und verweigerte der entsprechenden Marke den Schutz gestützt auf MSchG 2 lit. b (vgl. *Nespresso – Ethical Coffee Group*, BGer 4A_61/2021 vom 7. September 2021; diesem Ergebnis gegenüber kritisch BURNIER/SCHÄFFLER).

E. PatG

99

Schutzgegenstand. Das schweizerische Bundesgesetz über die Erfindungspatente (nachfolgend PatG, SR 232.14) schützt neue gewerblich anwendbare Erfindungen. Bei den patentwürdigen Erfindungen handelt es sich um für Fachpersonen nicht nahe liegende wiederholbare technische Regeln bzw. Lehren zur Benützung von Naturkräften und/oder Naturstoffen im Hinblick auf einen bestimmten Erfolg (vgl. BLUM/PEDRAZZINI, Anm. 8 zu PatG 1; HEINRICH, Kommentar PatG, N 1.03; MARBACH, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, N 19 f.). Der patentrechtliche Erfindungsbegriff setzt eine gewisse Technizität voraus. Technisch ist eine Erfindung, wenn sie ein physisches Erzeugnis hervorbringt und dieses nicht auf dem vom Patentschutz ausgeschlossenen Gebiet liegt (vgl. anstatt Vieler: *Beatmungsgerät*, BGE 146 III 403 zur Bejahung der Technizität von animierten Informationsdarstellungen; *Betonpflasterstein I*, HGer ZH vom 5. Februar 1997: sic! 1999, S. 54). Rein ästhetisch motivierte Formgebungen lassen sich daher patentrechtlich nicht schützen (so explizite EPÜ 52 Abs. 2 lit. b), denn hierfür stehen das Design- und das Urheberrecht zur Verfügung. Wenn sich eine Erfindung aufgrund einer Gesamtbetrachtung als eine Mischung von technischen und nicht technischen Merkmalen präsentiert, sich beispielsweise eine technische Innovation mit der Formgebung unlösbar verbindet, schliesst dies den Patentschutz aber nicht aus (vgl. anstatt Vieler HEINRICH, Kommentar PatG, N 12 ff. zu PatG 1). Eine solche Verbindung kann darin liegen, dass die ästhetische Aufgabe mit technischen Mitteln gelöst wird oder ein ästhetischer Effekt eine mittelbare Folge einer technischen Lösung ist. So wurde etwa eine Nichtigkeitsklage bezüglich eines an einem Pflastersteinsatz bestehenden Patentes vom Gericht mit der Begründung abgewiesen, der ästhetische Effekt (das natursteinähnliche Aussehen der Pflastersteine) werde durch technische Mittel bewirkt (*Betonpflasterstein I*, HGer ZH vom 5. Februar 1997: sic! 1999, S. 54 f., bestätigt in *Betonpflasterstein II*, BGer vom 9. Juli 1998: sic! 1999, S. 60 f.; ferner *Beatmungsgerät*, BGE 146 III 403). In den Prüfungsrichtlinien des Europäischen Patentamts (www.epo.org) wird zum Schutzausschluss ästhetischer Formschöpfungen im Sinne von EPÜ 52 Abs. 2 ausgeführt, der ästhetische Effekt selbst sei zwar nicht patentierbar, jedoch könnten in Fällen, in denen durch eine technische Anordnung oder andere technische Mittel ein ästhetischer Effekt erzielt werde, zwar nicht der ästhetische Effekt selbst, aber das Mittel zu dessen Erzielung patentierbar sein (Richtlinien Teil G, Kapitel II, Ziff. 3.4). Als

Beispiele werden in der Prüfungsrichtlinie etwa aufgeführt: Ein attraktiv gestaltetes Gewebe mit einer spezifischen patentierbaren Schichtstruktur; ein Buch, welches durch eine patentierbare Technik des Bindens bzw. Broschierens entstanden ist; das patentierbare Verfahren zur Herstellung eines Diamanten; die neuartige Drucktechnik zur Herstellung eines Buches, mit welcher eine besondere ästhetische Wirkung verbunden ist. Ebenso können etwa auch Lampen, Vasen oder Aschenbecher auf einer patentierbaren Herstellungsweise beruhen oder es verbindet sich eine technische Wirkung mit der neuen Form eines Gebrauchsgegenstandes des täglichen Bedarfs.

Kumulativer Rechtsschutz. DesG 4 lit. c schliesst Merkmale eines Designs, welche ausschliesslich durch die technische Funktion eines Erzeugnisses bedingt sind, vom Designschutz aus. Nur was ausschliesslich technisch bedingt ist, fällt jedoch für den Designschutz ausser Betracht (vgl. N 25 ff. zu DesG 4). Es besteht somit eine gewisse Überschneidung zwischen DesG und PatG, zumal sich mit einer Formgebung sowohl ein ästhetischer als auch ein technischer Effekt verbinden kann (vgl. oben N 41; *Betonpflasterstein I*, HGer ZH vom 5. Februar 1997: sic! 1999, S. 54 f.; bestätigt in *Betonpflasterstein II*, BGer vom 9. Juli 1998: sic! 1999, S. 60; ferner HEINRICH, OFK-DesG/HMA, N 185 zu Einleitung, sieht wenig Raum für Überschneidungen; HEINRICH, Kommentar PatG, N 193 zu PatG 1, schliesst Überschneidungen von der Sache her nicht aus, ist aber der Meinung, dass sowohl PatG als auch DesG so konzipiert seien, dass der Schutz je exklusiv bleibt, um Überschneidungen zu vermeiden). Beide Gesetze gelangen zur Anwendung, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind (vgl. BLUM/PEDRAZZINI, Anm. 59 zu PatG 1, S. 180, mit Hinweisen auf BGE 69 II 427 ff.; BGE 75 II 355 ff.; *Insektenschutzspray*, OGer TG vom 29. August 2011: Ingres-News 4/12). Der Patentschutz beschränkt sich jedoch grundsätzlich auf die entsprechende technische Funktion, während sich der Designschutz nicht auf den technischen Erfindungsgedanken erstreckt (so etwa *Strumpfhose 2 I*, HGer ZH vom 16. März 1987: SMI 1988, S. 207).

Mit dem unter der Herrschaft des MMG strikte geltenden Schutzausschluss von so genannten Gebrauchsmustern gemäss MMG 3 bestanden weit weniger Überschneidungen zum PatG, zumal sich der Musterschutz weder auf die Herstellungsweise noch auf den Nützlichkeitszweck oder die technische Wirkung des nach dem Muster oder Modell hergestellten Gegenstandes erstreckte. So wurde etwa der Musterschutz für ein Gewebe verneint, welches als zwangsläufige Folge der Anwendung einer bestimmten Webart erachtet wurde (*Gewebemuster*, HGer ZH vom 3. Juli 1934: ZR 1935 Nr. 125, S. 262, E. 4).

F. UWG

Schutzgegenstand. Das schweizerische Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb (nachfolgend UWG, SR 241) bezweckt die Gewährleistung eines lautereren und unverfälschten Wettbewerbs. Gemäss UWG 2 (*Generalklausel*) gilt jedes

täuschende oder in anderer Weise gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstossende Verhalten oder Geschäftsgebaren, welches das Verhältnis zwischen Mitbewerbern oder zwischen Anbietern und Abnehmerinnen beeinflusst, als unlauter und damit widerrechtlich. Im UWG sind eine Reihe von Sondertatbeständen geregelt, welche beispielhafte Anwendungsfälle der Generalklausel darstellen (vgl. etwa HILTY, BSK-UWG, N 1 f. zu UWG 2). So verbietet etwa UWG 3 lit. d Handlungen, die geeignet sind, Verwechslungen mit Waren, Werken oder Leistungen anderer herbeizuführen, worunter bei Vorliegen besonderer Umstände insbesondere auch die Nachahmung einer Formgebung subsumiert werden kann. Unlauter ist ferner die unbefugte Verwertung einer fremden Leistung gemäss UWG 5, so etwa, wenn eine marktreife Leistung durch technische Reproduktionsverfahren unmittelbar übernommen wird oder, wenn Dritte ihnen anvertraute oder ihnen unbefugterweise überlassene Arbeitsergebnisse unerlaubt verwerten.

103

Verhältnis zum spezialgesetzlichen Schutz. Die Nachahmung fremder Leistungen stellt ein Kernelement eines funktionierenden Wettbewerbs dar und ist daher grundsätzlich erwünscht (vgl. etwa SCHLUEP, Punktationen, S. 360). Gemäss Lehre und Rechtsprechung ist darum die Nachahmung fremder Erzeugnisse unter dem Vorbehalt des UWG grundsätzlich erlaubt, soweit nicht patent-, urheber-, marken- oder designrechtliche Schutzansprüche dem entgegenstehen (vgl. Brauchbar BIRKHÄUSER, SHK-UWG, N 26 zu Einleitung; JENNY A., S. 173; *Maltesers/Kit Kat Pop Choc II*, BGE 135 III 446; *IWC-Ingenieur-Uhrenmodelle*, AppGer BS vom 26. Februar 2015: <https://rechtsprechung.gerichte.bs.ch>; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; *Insektenschutzspray*, OGer TG vom 29. August 2011: Ingres-News 4/2021; *Caramelköpfl*, HGer AG vom 16. Juni 2008: sic! 2009, S. 884; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Laufrad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 187; *Schmiermittel*, HGer ZH vom 18. August 1999: sic! 2001, S. 660; *Snapspot II*, BGer vom 21. Juni 1991: SMI 1991, S. 417; *Volvo-Kotflügel*, BGE 116 II 471). Grundsätzlich gilt, dass die Bestimmungen des UWG nicht dafür bestimmt sind, Waren und Leistungen einen weitergehenden Schutz als die einschlägigen immaterialgüterrechtlichen Normen zu verschaffen, weshalb Ähnlichkeit, die keine Designrechtsverletzung darstellt, nur dann lauterkeitsrechtlich untersagt werden kann, wenn zusätzlich qualifizierende Elemente hinzutreten (vgl. anstatt Vieler BGE 116 II 366; *IWC-Ingenieur-Uhrenmodelle*, AppGer BS vom 26. Februar 2015: <https://rechtsprechung.gerichte.bs.ch>). Ist das Vorliegen solcher qualifizierenden Elemente jedoch zu bejahen, so kann auch dann eine UWG-Verletzung vorliegen, wenn eine Designverletzung (oder allgemein eine Verletzung von Immaterialgüterrechtsgesetzen) zu verneinen ist (*Surya*, BGer vom 2. Mai 2017: sic! 2017, S. 570, wo das Gericht die Ähnlichkeit des Gesamteindrucks eines Designs zu beurteilen hatte; vgl. dazu nachfolgende Abbildungen [Strichzeichnung links klägerische Uhr, Fotografien rechts beklagtische Uhren]). Das Gericht kam zum Schluss, dass der Gesamteindruck der verglichenen Ware nicht derselbe sei und es keinen Hinweis darauf gäbe, dass der Urheber der beklagtischen Uhren den Eindruck erweckt hätte, dass die Waren der beiden Parteien aus demselben Unternehmen stammten. Eine



Verwechslungsgefahr wurde ausgeschlossen). Ein generelles Nachahmungsverbot lässt sich aus dem UWG nicht ableiten, da sonst über das Wettbewerbsrecht als widerrechtlich bezeichnet würde, was nach den Spezialgesetzen des gewerblichen Rechtsschutzes erlaubt ist (BGE 116 II 366; BGE 112 II 364; BGE 108 II 75, E. 2c; BGE 105 II 301, E. 4a; BGE 104 II 332, E. 5a; zur «Umwegtheorie» vgl. PAHUD, S. 804; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Laufrad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 187). Die Verletzung fremder Schutzrechte stellt aber ein Verhalten dar, das gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstösst und somit unlauter sein kann; zusätzlich zum spezialgesetzlichen Immaterialgüterrechtsschutz können daher auch Ansprüche aus UWG durchgesetzt werden (vgl. *Knoblauchpresse I*, OGer LU vom 5. Februar 2003: sic! 2003, S. 740; *Tripp Trapp I*, KGer SG vom 17. Mai 2000: sic! 2001, S. 491; *Breco.ch*, HGer SG vom 25. Juni 2002: sic! 2003, S. 347; *Boss*, HGer BE vom 22. Januar 1999: sic! 1999, S. 451; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; *Botox/Botoina*, BGer vom 7. Juli 2008: sic! 2008, 907; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Maltesers/Kit Kat Pop Choc II*, BGE 135 III 446; *Laufrad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 187; zur Möglichkeit der kumulativen Anwendung von UWG und MSchG siehe etwa *Toblerone/Swissone*, HGer BE vom 31. Dezember 2020: sic! 2021, S. 475; *Harry Potter / Harry Popper*, KGer SZ vom 17. August 2010: sic! 2011, S. 108; *Ferrari II*, KGer VD vom 14. Januar 2009: sic! 2009, S. 431; *Butterverpackung*, GP Bern-Laupen vom 18. April 1997: sic! 1997, S. 572; zum Verhältnis von UWG und Firmenrecht GP Bern-Laupen vom 12. September 1997: sic! 1998, S. 74). Denn das UWG kommt ergänzend und nicht subsidiär zu den immaterialgüterrechtlichen Erlassen zur Anwendung (vgl. etwa *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; *Laufrad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 192). Besteht der spezialgesetzliche Schutz gemäss DesG nicht oder nicht mehr, kann das UWG nur dann erfolgreich gegen Nachahmerinnen oder Händler von nachgeahmten Produkten verwendet werden, wenn deren Verhalten als unlauter zu qualifizieren ist, wofür der blosse Umstand der Nachahmung nicht ausreichend ist. Das Verwenden einer fremden Konstruktions- oder Gestaltungsidee oder die Nachahmung einer Formgebung verstösst daher erst dann gegen das Gebot des lautereren Wettbewerbes, wenn eine Wettbewerbsteilnehmerin sich bei der Nachahmung solcher Mittel bedient, die mit

den Grundsätzen von Treu und Glauben nicht mehr zu vereinbaren sind und falsche Vorstellungen über die Herkunft der Leistungen wecken (*Schmiermittel*, HGer ZH vom 18. August 1999: sic! 2001, S. 662). Ein richterlicher Eingriff erfolgt grundsätzlich nur dann, wenn ein Wettbewerbsverhalten sich geradezu als anstössig ausnimmt, als verwerflich bzw. sittenwidrig einzustufen ist und sich daher mit dem erforderlichen Mass an Fairness und Anstand nicht mehr vereinbaren lässt (vgl. MÜLLER J., *Lauterkeit*, S. 304). Zur Tatsache der Nachahmung müssen daher weitere qualifizierende Umstände hinzutreten, um das Verhalten der Nachahmerin als unlauter erscheinen zu lassen (so etwa *Surya*, BGer vom 2. Mai 2017: sic! 2017, S. 570; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; BGE 92 II 206, E. 6; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Lauf-rad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 193; *Lego*, HGer ZH vom 17. Dezember 2002: sic! 2003, S. 335). Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass bei der Anwendung von UWG einerseits und Immaterialgüterrechtsgesetzen andererseits jeweils der unterschiedlichen ratio legis dieser Gesetze Rechnung zu tragen und die Unterschiedlichkeit der anzuwendenden Tatbestandsmerkmale zu beachten ist. Dies wird exemplarisch anhand des Bundesgerichtsurteils *Surya* (BGer vom 2. Mai 2017: sic! 2017, S. 570) deutlich, wo unter anderem die Relevanz von auf Uhren(designs) angebrachten Marken zu beurteilen war: Ausgehend von den unterschiedlichen Anwendungsbereichen von DesG und UWG kam das Bundesgericht zum Schluss, dass die Marken für die Designfrage unwesentlich, für die UWG-Frage jedoch von entscheidender Bedeutung waren.

- 104 **Ausstattung.** Das aMSchG sah den Schutz der Formmarke grundsätzlich nicht vor. Um die unerlaubte Verwendung kennzeichnungskräftiger Warenformen durch die Konkurrenz dennoch verbieten zu können, wurden diese durch die Rechtsprechung gestützt auf UWG 3 lit. d als Ausstattung geschützt. Heute besteht ein anerkanntes Nebeneinander von UWG und MSchG – und auch DesG (vgl. etwa *Toblerone/Swissone*, HGer BE vom 31. Dezember 2020: sic! 2021, S. 475; *Getreideriegel*, HGer AG vom 8. September 2016: sic! 2017, S. 423; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014, sic! 2014, S. 545; *Caramelköpfl*, HGer AG vom 16. Juni 2008: sic! 2009, S. 884; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Beutelsuppen*, HGer AG vom 3. November 2008: sic! 2009, S. 419; *Lauf-rad*, HGer AG vom 15. Juli 2005: sic! 2006, S. 187). Der Begriff der Ausstattung wird im UWG nicht erwähnt, sondern ist dem deutschen Recht entnommen (vgl. DAVID, *Ausstattungsschutz*, S. 1501; EICHMANN, *Dreidimensionale Marke*, S. 126 f.). Die Ausstattung lässt sich als Gesamtheit aller visuell wahrnehmbaren, äusseren Merkmale einer Ware und ihrer Verpackung definieren (vgl. GUBLER, S. 41; BÜRGI/LANG, S. 246). Der Begriff bezieht sich auf Waren aller Art, einschliesslich Hilfswaren und Werbemittel (DAVID, *Ausstattungsschutz*, S. 1501). Mit der gesetzlichen Verankerung der Formmarke im MSchG wurde der Trennung von Kennzeichen und Ausstattung die Grundlage entzogen und damit das Wettbewerbsrecht aus seiner Lückenbüsserrolle für den ungenügenden Markenschutz entlassen (DAVID, *Ausstattungsschutz*, S. 1502 f.). Der einzige Unterschied zwischen Formmarke und Ausstattung besteht nunmehr im Formerfordernis der Hinterle-

gung. Um Doppeldeutigkeiten zu vermeiden wird darum empfohlen, den Ausdruck im schweizerischen Recht nicht mehr zu verwenden (RITSCHER, Markenschutz, S. 175 ff.). In der Praxis wird der Begriff jedoch nach wie vor gebraucht, weshalb bei den anschliessenden Ausführungen dieser Terminologie gefolgt wird.

Schutz vor Nachahmungen setzt Verwechslungsgefahr voraus. Die Nachahmung eines Designs lässt sich durch das UWG – unabhängig vom Bestand des spezialgesetzlichen Designschutzes – sowohl über die Generalklausel von UWG 2 als auch durch den Sondertatbestand von UWG 3 lit. d verbieten. In Lehre und Rechtsprechung werden diese beiden Bestimmungen fälschlicherweise oftmals nicht voneinander getrennt, sondern kumulativ zur Anwendung gebracht (*Insektenschutzspray*, OGer TG vom 29. August 2011: Ingres-News 4/12). Eine Voraussetzung für die Anwendbarkeit von UWG 3 lit. d ist das Bestehen einer *Verwechslungsgefahr* (statt Vierter BGE 116 II 365; *Surya*, BGer vom 2. Mai 2017: sic! 2017, S. 570). Eine solche Gefahr setzt grundsätzlich voraus, dass die nachgeahmte Form über *Kennzeichnungskraft* verfügt; sie muss geeignet sein, beim Käufer Rückschlüsse auf den Hersteller oder die Qualität des Produkts hervorzurufen (vgl. BAUDENBACHER, N 204; DAVID, UWG, N 67; BRAUCHBAR BIRKHÄUSER, SHK-UWG, N 6 zu UWG 3 Abs. 1 lit. d; *Rollmatte*, HGer AG vom 5. März 2014: sic! 2014, S. 545; *Caramelköpfl*, HGer AG vom 16. Juni 2008: sic! 2009, S. 884). Ohne Kennzeichnungskraft kann eine Verwechslungsgefahr wettbewerbsrechtlich von vornherein nicht relevant sein (*Caramelköpfl*, HGer AG vom 16. Juni 2008: sic! 2009, S. 884; *Plastic-Clogs 2*, KGer VD vom 18. September 2008: sic! 2009, S. 803; *Knoblauchpresse II*, BGer vom 14. Juli 2003: sic! 2004, S. 47). Je grösser hingegen die Kennzeichnungskraft, umso höher das Risiko der Verwechslungsgefahr und umso nahe liegender die Vermutung, dass ein Dritter das Produkt bewusst kopiert hat, um vom damit zusammenhängenden Image zu profitieren. Wenn das nachgeahmte Erzeugnis über eine phantasievolle Form verfügt, ist die Kennzeichnungskraft unter Umständen bereits zum Zeitpunkt der Markteinführung gegeben, ohne dass es zusätzlich einer Verkehrsdurchsetzung bedarf (*Epilady*, HGer ZH vom 20. Juni 1990: SMI 1991, S. 426). Weicht eine Formgebung hingegen kaum vom Vorbekanntem ab, kann sie in der Regel die Kennzeichnungskraft erst nach einer gewissen Zeit auf dem Markt erlangen

(DAVID, *Sklavische Nachahmung*, S. 16). Wenn sich eine Formgebung zu einem eigentlichen Stil durchgesetzt hat, welcher von vielen verschiedenen Herstellern verwendet wird, kann sich die einmal erlangte Kennzeichnungskraft auch wieder verlieren (so etwa *Chanel*, HGer ZH vom 26. August 1988: SMI 1991, S. 222). Nicht kennzeichnungskräftig ist die Ausstattung einer Ware jedoch etwa dann, wenn alle Erzeugnisse der betreffenden Art vollständig oder annähernd gleich aussehen, mithin die Ausstattung dem Publikum nichts über die Herkunft sagt; das gilt

